



59. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. Dezember 2015, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 4974

Regierungserklärung der Staatsministerin für
Umwelt und Verbraucherschutz
**"Auftrag Zukunft: Bayerische Klimapolitik für
das 21. Jahrhundert"**

Staatsministerin Ulrike Scharf..... 4974 4999
Markus Rinderspacher (SPD)..... 4979
Dr. Martin Huber (CSU)..... 4984
Benno Zierer (FREIE WÄHLER)..... 4987 4990
Sandro Kirchner (CSU)..... 4990
Martin Stümpfig (GRÜNE)..... 4991 4995 4997
Michael Hofmann (CSU)..... 4995
Gudrun Brendel-Fischer (CSU)..... 4995 4997
Markus Blume (CSU)..... 4998

Abstimmung
**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-
schäftsordnung nicht einzeln beraten werden**
(s. Anlage 1)

Beschluss..... 5000

Gesetzentwurf der Abgeordneten Thomas Kreu-
zer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. (CSU)
**zur Änderung des Bayerischen Mediengeset-
zes (Drs. 17/8065)**
- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/9174)

Beschluss..... 5000

Schlussabstimmung..... 5000

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
**Kurswechsel in der bayerischen Energiepolitik:
Spitzenplatz statt Abstieg in die Kohle-Liga**
(Drs. 17/9224)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u.
a. und Fraktion (SPD)
**Fortsetzung des Energiedialogs und Nachbes-
serung des Energieprogramms (Drs. 17/9253)**

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 5001 5002
5008
Erwin Huber (CSU)..... 5002 5012
Natascha Kohnen (SPD)..... 5003 5007
Sandro Kirchner (CSU) 5005 5006 5007 5008 5010
Martin Stümpfig (GRÜNE)..... 5008 5010
Staatsministerin Ilse Aigner..... 5010

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/9224..... 5013

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeits-
antrag 17/9253..... 5013

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/9253
(s. a. Anlage 2)..... 5021

**Aufhebung der Immunität
eines Mitglieds des Bayerischen Landtags**

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 17/9175)

Beschluss..... 5013

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi
Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

**Keine Ausnahmegenehmigung mehr für Gly-
phosat! (Drs. 17/9225)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.
a. und Fraktion (SPD)

**Glyphosateinsatz endlich effektiv einschrän-
ken! (Drs. 17/9254)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Glyphosat - auf belastbare Forschungsergeb-
nisse setzen und mögliche Alternativen entwi-
ckeln (Drs. 17/9255)**

Rosi Steinberger (GRÜNE)..... 5013 5018 5020
Harry Scheuenstuhl (SPD)..... 5014
Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER)..... 5016
Anton Kreitmair (CSU)..... 5017 5019
Staatsminister Helmut Brunner..... 5019 5020

Beschluss
zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/9225..... 5021

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/9254..... 5021

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/9255..... 5021

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas
Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer
u. a. und Fraktion (CSU)

**Kein übereilter Aktionismus bei EU-Feuerwaf-
ferrichtlinie (Drs. 17/9226)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr.
Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

**Änderung der EU-Feuerwaffenrichtlinie
(Drs. 17/9256)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
**Waffenrecht: Keine Verschärfung des legalen
Waffenbesitzes in Deutschland (Drs. 17/9257)**

Alexander Flierl (CSU)..... 5021 5024
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD) 5022 5025 5029
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 5025
Katharina Schulze (GRÜNE)..... 5027
Staatssekretär Gerhard Eck..... 5028
Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 5028 5030

Beschluss
zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/9226..... 5030

Beschluss
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/9256..... 5030

Beschluss
zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/9257..... 5030

Erklärung gem. § 133 Abs. 2 BayLTGesChO

Josef Zellmeier (CSU)..... 5030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Florian von Brunn, Isabell Zachari-
as u. a. und Fraktion (SPD)

**3. Startbahn: Klarheit für die Menschen - Ent-
scheidung jetzt! (Drs. 17/9227)**

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Landwirtschaft vor Preisdumping besser
schützen - Bundeskartellamt stärker in die Ver-
antwortung nehmen (Drs. 17/9228)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.
a. und Fraktion (SPD)

**Bayerische Lebensmittel sind mehr wert -
Dumpingpreise im Lebensmitteleinzelhandel
zum Schutz der mittelständischen Strukturen
dauerhaft verhindern! (Drs. 17/9258)**

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margare-
te Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Verschlechterte Sicherheitslage in Afghanistan
bei Abschiebungen und Verfahrensprüfungen
berücksichtigen (Drs. 17/9229)**

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 5030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunalfreundlich gestalten

(Drs. 17/9230)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Freiberufliche Struktur bei Architekten und Bauingenieuren erhalten (Drs. 17/9259)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Sonderprogramm "Freiwilliges Soziales Jahr mit Flüchtlingsbezug" schaffen (Drs. 17/9231)

Verweisung in den Sozialausschuss..... 5030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Transparente Offenlegung der gesamten Standardisierten Bewertung zum geplanten 2. S-Bahn Stammstreckentunnel (Drs. 17/9232)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Bernhard Roos u. a. und Fraktion (SPD)

Breitbandprogramm zukunftstauglich machen (Drs. 17/9233)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Breitbandförderung von Land und Bund sinnvoll ergänzen (Drs. 17/9260)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5030

Schluss der Sitzung..... 5031

(Beginn: 13.06 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 59. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde wie immer schon vorab erteilt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz
"Auftrag Zukunft: Bayerische Klimapolitik für das 21. Jahrhundert"

Ich bitte die Frau Staatsministerin ans Rednerpult für ihre Regierungserklärung. - Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis zum Abend war der 13. November 2015 für mich ein guter Tag. Ich war in Augsburg; ich hatte den Vorsitz der 85. Deutschen Umweltministerkonferenz. Alle Länder und der Bund – GRÜNEN-, SPD- und Unions-Minister – haben sich bei dieser Konferenz auf einen Beschluss zur Weltklimakonferenz geeinigt, in 15 Einzelpunkten einstimmig ohne Protokollerklärung. Ich sage mit Stolz: Das war ein Riesenerfolg, und ich freue mich, dass die Politiker ihre Verantwortung über die Parteigrenzen hinweg wahrgenommen haben.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Am Abend dann der Terror von Paris, ein Angriff der Barbarei auf die Humanität. Trotzdem sagen die Staatenlenker der Welt: Wir bleiben standhaft, wir setzen in Paris ein doppeltes Zeichen - für Klimaschutz und für Freiheit. Die Welt rückt zusammen. Wenn sie bedroht ist, zählen nicht mehr Nationen, Religionen und Kontinente, sondern dann zählt die gemeinsame globale Verantwortung. Das macht Hoffnung in einer Welt aus den Fugen; das schafft die Verbindung zwischen Verantwortung für unseren Planeten und den weltweit gültigen Menschenrechten auf Freiheit und auf Sicherheit.

Ich bin froh über diesen Mut. Klimapolitik ist Existenzpolitik, heute mehr denn je. Unser deutsches Mandat für Paris könnte stärker nicht sein. Wir nehmen den Auftrag Zukunft an, und bevor ich nächste Woche in der Delegation der Deutschen nach Paris mitreisen werde, möchte ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, über unsere Ziele für Paris informieren und eindringlich um Ihre Unterstützung bitten.

Wir fordern ein verbindliches, ambitioniertes und wirksames Klimaschutzabkommen in der Nachfolge des Kyoto-Protokolls. Wir bekennen uns zum Zwei-Grad-Ziel und zu den G-7-Beschlüssen von Elmau. Im Schulterschluss aller deutschen Umweltminister und gemeinsam mit dem Bund sagen wir: Wir unterstützen das EU-Ziel, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 im Vergleich zu 1990 um 80 bis 95 % zu reduzieren. Wir unterstützen die EU-Forderung nach einem Ambitionsmechanismus. Das heißt, ab 2025 wird alle fünf Jahre geprüft, ob wir uns beim Kampf gegen die Erderwärmung weiter steigern könnten. Das europäische Minderungsziel von mindestens 40 % bis 2030 ist ein starkes und richtiges Signal in diesem Sinne.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen auch das Ziel der kohlenstofffreien, dekarbonisierten Weltwirtschaft bis Ende dieses Jahrhunderts. Wir bekennen uns zur Generationengerechtigkeit und zu unserer Verantwortung für morgen.

Als Messlatte und als Ansporn für andere legen wir in Paris unsere bayerische Treibhausgasbilanz und unsere bayerischen Klimaziele vor: unter 2 Tonnen Treibhausgasemissionen pro Einwohner und Jahr bis 2050 und unter 5 Tonnen Treibhausgasemissionen pro Einwohner und Jahr bis 2030. Aktuell stehen wir trotz Wirtschaftswachstum und Abschaltung von Isar 1 bei etwa 6 Tonnen energiebedingten CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr. Das ist heute schon ein Drittel weniger als der Bundesdurchschnitt und nicht einmal die Hälfte von Nordrhein-Westfalen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war Anfang November in Rom beim Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden. Papst Franziskus sagt in seiner Umweltzyklika "Laudato si" zu Recht: Die Reduzierung von Treibhausgasen verlangt Ehrlichkeit, Mut und Verantwortlichkeit. Diesen Dreiklang bringen wir in Bayern auf. Ehrlichkeit, Mut und Verantwortlichkeit sind seit über 70 Jahren der CO₂-freie Treibstoff für den Erfolg unseres Landes. Wir läuten mit unserer Agenda eine neue Ära der Verantwortung ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das 21. Jahrhundert ist bisher ein Jahrhundert der Krisen und der Kriege. Die gute Nachricht aber ist: Das 21. Jahrhundert ist auch ein Jahrhundert des Bewusstseins der Staaten, der Politiker, aber auch der Bürgerinnen und Bürger selbst. Wir haben verstanden: Wir müssen Klimapolitik lokal, regional, aber auch global denken.

Meine Damen und Herren, Klimapolitik ist Welt-Innenpolitik. Uns kann nicht gleichgültig sein, wenn Millionen von Menschen in Afrika, in Teilen Asiens und sogar in Teilen Südeuropas ihre natürlichen Lebens-

grundlagen verlieren. Die Folgen treffen auch uns, und die Folgen sind ein Grund für Flucht und Migration. 200 Millionen Umweltmigranten wird es bis zum Jahr 2050 geben, und auch für Kriege sind Klimafaktoren ein Brandbeschleuniger. Kenner behaupten das für Syrien. Der Bürgerkrieg in Syrien begann im März 2011. Vorher litt das Land unter einer fünfjährigen Dürre, der schlimmsten seit hundert Jahren mit der klaren Folge von Landflucht und wirtschaftlicher Not, die auch die Mitursache des Bürgerkriegs sind. Die Bevölkerung antwortete mit einer der größten Massenfluchten seit dem Zweiten Weltkrieg.

Klimapolitik ist Welt-Innenpolitik. Die Menschen erkennen diese Dimension und geben der Politik einen klaren Handlungsauftrag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Oktober eine bayernweite Umfrage durchführen lassen. Sieben von zehn Befragten sagen Ja zu einer internationalen Klimapolitik, die Krieg, Armut und die Zerstörung von Lebensgrundlagen verhindern hilft. Sieben von zehn Befragten sagen Ja zu einem noch stärkeren Engagement des Freistaats für den internationalen Klimaschutz.

Kraftvoller kann unser Auftrag nicht sein. Wir sind als Bayern aktiv aus christlicher Verantwortung für unser gemeinsames Haus, unsere Schwester, Mutter Erde – so Papst Franziskus –, und wir sind aktiv mit dem klaren Mandat unserer Bürgerinnen und Bürger.

Internationaler Klimaschutz ist eine neue starke Säule der bayerischen Klimapolitik mit starken Initiativen. Ich nenne die Climate Group. Wir arbeiten in der Climate Group mit gleichgesinnten Regionen weltweit erfolgreich zusammen. Ich werde noch im Dezember Vertreter der Climate Group in New York sprechen, der Repräsentanz für Nordamerika.

Übrigens werde ich – Zukunftskontinent Afrika – auch mit dem Umweltminister von Ghana in Paris zu Diskussionen und Gesprächen zusammentreffen. Ich nenne unsere Initiative mit Israel für klimafreundliche Kältemittel, die im Rahmen der Weltklimakonferenz nächste Woche in Paris vorgestellt werden. Hier treffe ich auf den israelischen Umweltminister Gabai.

(Natascha Kohnen (SPD): Was sagen Sie da?)

Ich nenne die Alpenstrategie und die Alpenkonvention. Wir platzieren den Klimaschutz in der Alpenkonvention ganz vorne, gerade für die Konferenz, die wir nächstes Jahr 2016 in Grassau abhalten werden. Wir sind uns der Verantwortung für unsere Kommunen bewusst. Wir unterstützen unsere alpinen Kommunen nicht nur im Tourismus der Zukunft, sondern auch ganz generell.

Ich nenne das zukünftige Zentrum für Klimaforschung Alpen. Unser Schneefernerhaus ist Magnet für hochkarätige Klimaforscher aus der ganzen Welt. Gemeinsam etablieren wir das Virtuelle Alpenobservatorium, ein Zentrum für Klimaforschung Alpen. Wir bündeln damit Spitzenforschung aus Alpen-Europa, aus der Schweiz, aus Österreich, Slowenien, Italien und Frankreich.

Ich nenne als Letztes, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere internationale Forschungsaktivität für eine bessere Anpassung an den Klimawandel. Hier darf ich unser Projekt KlimEx nennen, unser neues Kooperationsprojekt mit Kanada zu extremen Wetterereignissen im Klimawandel, aber auch Wetrex, wo wir mit Österreich und künftig auch mit Tschechien die Zugbahnen der Tiefdruckgebiete im Klimawandel untersuchen werden. Es ist auch eine Zusammenarbeit mit Slowenien zur Luftreinhaltung und zur Klimamodellierung geplant.

Wichtig ist mir, meine Damen und Herren: Wir müssen unser Wissen und unser Können nicht nur mehren, wir müssen es auch teilen. Deshalb bin ich stolz auf unser Engagement im globalen Vorderdenkernetzwerk IESP. Ich bin stolz auf unsere erfolgreiche ENCORE-Präsidenschaft im letzten und im vorletzten Jahr für mehr Klimaschutz in den Regionen, und ich bin stolz auf unser Erfolgsprojekt "Technologie-Transfer Wasser", TTW. Mit TTW helfen wir Menschen weltweit beim Aufbau einer modernen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, übrigens gemeinsam mit 350 Partnern aus der bayerischen Wirtschaft.

Stichwort bayerische Wirtschaft – meine höchste Anerkennung für die bayerische Umweltwirtschaft, meine Damen und Herren! Unsere Unternehmen im Freistaat Bayern sind mit 100.000 Arbeitsplätzen und Platz 1 bei den Umsätzen in Deutschland nicht nur ungemein erfolgreich. Sie schaffen mit Klimaschutz Wachstum und Arbeit für Bayern. Unsere Umweltunternehmen verbessern auch die Lebensbedingungen überall auf der Welt. Ich freue mich sehr über diese internationale Karriere von Umweltschutz weiß-blau.

(Beifall bei der CSU)

Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schlagen ein neues Kapitel in der Geschichte internationaler Klimapolitik auf. Der Titel dieses Kapitels heißt: Klimareport Bayern 2015. Wir haben ressortübergreifend zusammen mit dem Deutschen Wetterdienst und der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus erstmals eine in dieser Form einmalige Klimagesamtschau für eine Region erstellt: "Klimawandel in Bayern, Folgen, Anpassung, Forschung – eine umfassende Bestandsaufnahme", quantitativ und

qualitativ überragend, ein Novum, das in diesen Tagen druckfrisch fertiggestellt wird. Noch nie gab es einen so klaren und profunden Kompass für unser klimapolitisches Handeln der Zukunft.

Ich nenne einige der wichtigsten Ergebnisse, die uns alle angehen: Erstens. Die Jahreszeiten verschieben sich. Die Vegetationsperiode ist in den letzten 50 Jahren um 26 Tage länger geworden mit allen Folgen für die biologische Vielfalt in Bayern. Den Allergikern hier im Raum darf ich nur das Stichwort Pollen zurufen. Seit 1980 fliegen die Pollen 24 Tage länger herum, und zwar in doppelter Menge.

Ich nenne zweitens die Extremereignisse, die sich häufen. Wir haben es schwarz auf weiß: Die Hochwässer werden mehr, Hochwässer, Unwetter, Lawinen, aber auch Muren, wie wir sie in diesem Jahr in Oberstdorf erlebt haben – das alles wird durch den Klimawandel begünstigt, und das alles ist eine Gefahr für die Menschen. Deshalb habe ich unsere neue Umweltinfo-App als Warnung und Information für die Bürgerinnen und Bürger erst vor wenigen Wochen freigeschaltet. Wenn Sie wollen, können Sie so auf Ihrem Handy Ihren digitalen Bodyguard mit sich tragen.

Drittens. In Bayern erwärmt sich die Luft deutlich schneller als durchschnittlich. Bis Ende dieses Jahrhunderts droht uns ein Temperaturanstieg von bis zu 4,5 Grad. Schon heute fallen in Bayern neun der zehn wärmsten Jahre überhaupt in den Zeitraum seit 1990. Wir zeichnen das Wetter seit 1871 auf, und neun der zehn wärmsten Jahre in Bayern fallen in den Zeitraum seit 1990. Die Hitzetage werden mehr. Heute sind wir im Schnitt bei fünf, bis zum Jahrhundertende werden es sechsmal so viele sein.

Viertens. Die kalten Tage werden dramatisch weniger. Die Zahl der Eistage wird sich bald mehr als halbiert haben, die Tendenz ist fallend. Wenn wir uns vorstellen, dass es bis zum Ende dieses Jahrhunderts kaum mehr Eistage gibt, dann wissen wir auch, dass die Alpen im Winter nicht mehr das sein werden, was wir von früher kennen. Wir haben heute bereits sieben bis neun Tage weniger Schneebedeckung. Bis 2060, um diese langfristige Perspektive aufzuzeigen, werden wir mit einem Rückgang von 60 Tagen rechnen müssen. Das heißt, die Schneeverhältnisse auf 1.000 Metern Höhe wird es künftig nur ab 2.000 Metern Höhe geben.

Das alles wissen wir durch den Klimareport. Darauf müssen wir reagieren. Aus meiner Sicht ist der Klimareport eine exzellente Handlungsgrundlage. Wir wollen mit dem Klimareport die Fähigkeit zur Zukunftsgestaltung ausbauen.

Wir werden im Kabinett die bayerische Klimaanpassungsstrategie nach den Erkenntnissen des neuen Klimareports aktualisieren. Zusätzlich führen wir das Projekt "Klimazukunft Bayern" mit voller Leistung weiter. Ich nenne nur beispielhaft den Klimacheck, eine Checkliste für Kommunen mit bis zu 20.000 Einwohnern, die es den Kommunen ermöglicht, ihren Klimacheck passgenau auf ihre Gegebenheiten durchzuführen. Wir gehen in Bayern mit gutem Beispiel voran, indem wir dem UN-Klimarat unseren Klimareport als Datenbasis für eine ganze Region zur Verfügung stellen. Wir müssen in der Klimapolitik endlich verstehen, dass Wissen die einzige Ressource ist, die sich verdoppelt, wenn man sie teilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist eines wichtig: Nicht nur die Fachleute sollen den Klimareport wahrnehmen. Ich möchte unser neues Wissen in die Gesellschaft hineinbringen. Viele Menschen sagen: Der Klimawandel betrifft mich persönlich. Wo kann ich anpacken? Wie kann ich Verantwortung übernehmen? - Das Ergebnis der Umfrage zeigt uns: Neun von zehn Befragten wollen selbst etwas tun. Es ist den Menschen ein Bedürfnis zu handeln.

Deswegen starten wir flankierend eine klimapolitische Informations- und Überzeugungsoffensive. Ich nenne beispielhaft die Umweltbildung, die mir persönlich sehr am Herzen liegt. Allein im letzten Jahr haben wir, nur bezogen auf das Thema Klimaschutz, 800.000 Menschen erreicht, und im aktuellen Doppelhaushalt stellen wir 1,1 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Das ist bestens angelegtes Geld. Der Zins ist die Liebe der Menschen zu unserer Naturheimat.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu unserer Politik der Überzeugung gehört auch die Bayerische Klima-Allianz. Wir legen eine Version 2.0 auf. Die Klima-Allianz wird breiter. Wir haben im Moment mehr als 30 starke Partner, seit Kurzem als Top-Partner und starken Multiplikator auch den FC Bayern. Übrigens: Die hervorragende Maßnahme, die Beleuchtung der Allianz Arena auf LED umzustellen, spart CO₂ und eine Menge an Energie ein.

Unsere Bayerische Klima-Allianz wird mit Kampagnen und einem neuen Internetauftritt präserter, und sie wird vernetzter, weil wir als gemeinsamen Knotenpunkt für unsere Partner eine Geschäftsstelle einrichten. Ich möchte zudem die Möglichkeit schaffen, dass sich Bürger und Wirtschaft unmittelbar am Klimaschutz beteiligen können.

Klimaschutz ist Technologie- und Innovationstreiber. Deshalb bin ich ganz besonders stolz auf unseren Umweltpakt Bayern. Erst kürzlich haben wir den

Handsclag der Verantwortung zwischen Staat und Wirtschaft für weitere fünf Jahre erneuert. Unser Anspruch ist klar: Wir wollen Klimaschutz säen und Zukunft ernten.

Der Umweltpakt ist eine der erfolgreichsten Umweltvereinbarungen in Europa. Mit dem Umweltpakt sagen Tausende von Unternehmen und Hunderttausende von Beschäftigten Ja zu Bayern. Sie sagen Ja zu unseren Werten, zu unserer Bevölkerung und zu unserer Natur. Das finde ich großartig.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Klimarat, den ich erst vor wenigen Wochen neu bestellt habe, berufen wir Experten wie beispielsweise den uns allen bekannten Professor Lesch. Mit Unterstützung des Klimarats haben wir im letzten Jahr das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 aufgelegt. Dies ist ein Klimaschutzpolitischer Leuchtturm: 170 Millionen Euro für den Doppelhaushalt 2015/2016. An dieser Stelle geht mein herzlicher Dank an Finanzminister Markus Söder. Insgesamt haben wir seit 2008 über eine Milliarde Euro in Klimaschutz, Energie und Innovation investiert.

Unser Klimaschutzprogramm hat drei starke Säulen: die Emissionsminderung, die Anpassung und die Forschung. Ich darf zunächst zur Forschung, zur vornehmsten Grundlage für unsere politischen Entscheidungen, kommen. Nirgendwo wird Klimaforschung so hoch gehängt und so aufgestellt wie in Bayern. 43 Millionen Euro stehen alleine in diesem und im nächsten Jahr hierfür zur Verfügung.

Unser Forschungs-Diadem ist das Schneefernerhaus auf der Zugspitze, bei uns übrigens auch die Himmelsfiliale des Umweltministeriums genannt. Zu unserem Diadem gesellen sich Einzeldiamanten, wenn ich sie so nennen darf, nämlich Forschungsverbünde wie "Bayerns Seen im Klimawandel", "Bayerns Landschaften im Klimawandel", das "Zentrum Stadtnatur und Klimaanpassung" und vieles mehr.

Mir ist es wichtig, dass wir künftig unser Top-Projekt "Wasser-Zukunft-Bayern" noch kräftiger unterstützen; denn damit schaffen wir durch Wissen und Hightech-Informationen eine neue Qualität der Umweltsimulation. Gemeinsam mit Helmut Brunner fördern wir die Trockenstress-Experimente zur Suche nach neuen Anpassungswegen für unsere Wälder. Im Jahr 2016 werden wir gemeinsam mit meiner Kollegin Melanie Huml einen zusätzlichen Schwerpunkt auf das Thema "Klimawandel und Gesundheit" legen. Wir bringen mit der Spitzenforschung Licht ins Dunkel, für eine starke politische Antwort auf die Existenzfrage unserer Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kämpfe für den Aufbruch in ein neues Energiezeitalter. Läuten wir gemeinsam die neue klimapolitische Ära ein, in Bayern, in Deutschland, aber auch weltweit. Unsere Aufgabe ist so groß wie klar: Der Erfolg in der Klimapolitik setzt den Erfolg in der Energiepolitik voraus.

(Florian von Brunn (SPD): Heiße Luft in Zeiten des Klimawandels!)

Die Energiewende muss zur Klimawende werden. Meine Devise ist klar: keine Rückkehr zur Kohle als Energieträger und kein CO₂ zum Nulltarif!

(Beifall bei der CSU)

Daher fordere ich einen mutigen Zukunftspfad hin zu einem neuen Strommarkt, ohne die alten Braunkohleriesen, aber mit klimafreundlichen Gaskraftwerken als Ergänzung zu den Erneuerbaren und mit einem effektiven Emissionshandel in Europa.

(Natascha Kohlen (SPD): Klimafreundlich!)

Im Jahr 2010 betrug der Anteil der Erneuerbaren an der Bruttostromerzeugung in Bayern noch knapp 26 %. Vier Jahre später, im Jahr 2014, betrug er über 36 %. Zum Vergleich: Baden-Württemberg steht bei 23 %. Bayern ist beim Aufbruch in das neue Energiezeitalter eines der führenden Länder in Deutschland.

Unser Ziel ist ein ambitionierter Ausbau der Erneuerbaren, insbesondere der Schwerpunkte Solarenergie und Biomasse. Dabei legen wir Wert auf einen planvollen Zubau. Das oberste Gebot einer zukunftsfähigen Energiepolitik lautet: Die Strompreise müssen für die Menschen bezahlbar und die Wirtschaft muss wettbewerbsfähig bleiben.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Sinne treiben wir auch den Bund an. Wir müssen die Wärmeerzeugung und die Innovationen im Verkehr noch stärker in den Fokus rücken. Wir fordern mehr Einsatz für die energetische Gebäudesanierung. Hier wird der Löwenanteil der Energie verbraucht. Steuerliche Förderungen müssen kommen. Wir fordern mit Herzblut mehr alternative Antriebstechnologien. Ich habe in der Umweltministerkonferenz den Antrag und den Beschluss mit vorangetrieben, ein klares Signal für finanzielle Anreize und für einen erfolgreichen Markteintritt der Elektromobilität zu setzen.

Als Staatsregierung gehen wir mit Ehrgeiz und mit Einsatz voran. Ich nenne beispielhaft das 10.000-Häuser-Programm meiner Kollegin Ilse Aigner und die energetische Sanierung staatlicher Gebäude durch

meinen Kollegen Joachim Herrmann. Wir haben uns beim Aufbruch in ein neues Energiezeitalter einen neuen, einen intelligenten Wachstumsbegriff verordnet: Das Wachstum der Zukunft ist sauber und umweltschonend, energie- und rohstoffeffizient.

Klimaschutz, meine Damen und Herren, ist Ressourcenschutz, und Ressourcenschutz bedeutet einen effizienten Umgang mit Rohstoffen. Mein Anspruch dabei ist klar: Bis zum Jahr 2020 soll Bayern rohstoffeffizientestes Land in Deutschland werden. Dazu haben wir ein für Deutschland einmaliges Aktionsprogramm aufgelegt, die "Rohstoffwende Bayern". "Rohstoffwende Bayern" heißt: Die deutsche Rohstoffpolitik wird noch stärker als bisher weiß-blau. Das Ziel ist, auch im Einklang mit den G-7-Beschlüssen ein hochwertiges Recycling und schadstofffreie Kreisläufe zu fördern und zu unterstützen. Wir etablieren ein Ressourceneffizienz-Zentrum Bayern. Mit diesem neuen Zentrum vernetzen wir bayernweit die Aktivitäten und stärken die Kompetenzen im Freistaat. Mir liegt es auch sehr am Herzen, zusätzliche Maßnahmen zu fördern, um eine gute Verbindung und eine Symbiose von Ökonomie und Ökologie zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die drei Säulen unseres Klimaschutzprogramms sind Forschung, Emissionsminderung und Anpassung. Anpassung ist eigentlich etwas Unbajuwarisches, aber beim Thema Klimawandel halte ich sie für sehr intelligent. Es gibt für mich immer ein klares Vorgehen, nämlich den Dreischritt, die Risiken zu erkennen, die Risiken zu bewerten und schließlich die Risiken zu minimieren.

Wir haben erst vor Kurzem den neuen Wildbachbericht veröffentlicht. Ich sage ganz ehrlich: Ich bin stolz auf diesen Wildbachbericht. Es geht um 50.000 Schutzverbauungen an bayerischen Wildbächen. In diesem Bericht zeigen wir landkreisgenau, wo in den nächsten 20 Jahren Handlungsbedarf bzw. Neubaubedarf besteht. Man kann sagen, dies ist wie eine Glaskugel. Wir sehen darin, was in der Zukunft für ein gutes und sicheres Leben in Bayern notwendig ist.

(Beifall bei der CSU)

Diesem Ziel verpflichten wir uns auch mit den neuen Maßnahmen in der Wasserwirtschaft. Die große Trockenperiode in Unterfranken hat gezeigt: Wir haben unseren wasserwirtschaftspolitischen Schwerpunkt richtig gesetzt. Wir hatten übrigens seit 40 Jahren keine so trockene Zeit mehr wie in diesem Jahr. Niedrigwasser ist und bleibt eine Herausforderung in der Zukunft. Ich nenne unser geniales Wasserüberleitungssystem – Brombachsee, Altmühlseen –, ein großes historisches Bayern-Projekt zur Versorgung unse-

res regenarmen Nordens. Bereits jetzt haben wir in Nordbayern ein Drittel weniger Niederschläge als in Südbayern zu verzeichnen. Ich nenne unser umfangreiches Temperatur-Monitoring an bayerischen Gewässern, unseren Alarmplan Main-Ökologie und Donau-Ökologie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Risikominimierung kommt das Stichwort Hochwasser. Es geht um eine politische Urflicht im Wasserland Bayern. Wir haben noch alle die dramatischen Bilder des Hochwassers 2013 im Kopf. Als Vorsitzende der Bayerischen Wasserwacht bin ich in Passau vor Ort gewesen. Niemand kann Ihnen eine Garantie geben, aber ich sage: Ich möchte diese Bilder nicht mehr sehen, und wir dürfen diese Bilder in Bayern auch nicht mehr zulassen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb unser Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus! Mit 3,4 Milliarden Euro machen wir Bayern hochwasserfest und klimafest. 600 Millionen Euro investieren wir allein in den nächsten zehn Jahren in Maßnahmen zwischen Straubing und Vilshofen. 2020plus ist das größte Wasserbauprogramm in der Geschichte des Freistaats Bayern, und ich treibe es mit großer Leidenschaft voran.

Auch der Bund steht an unserer Seite. Das nationale Hochwasserprogramm ist ein wichtiges Signal: Wir handeln gemeinsam mit dem Bund, gemeinsam mit allen Ländern und im Bewusstsein: Der Hochwasserschutz der Zukunft, meine Damen und Herren, ist kein Spaziergang – ganz im Gegenteil: Er gleicht einem Marathon, für den es viel Ausdauer braucht, für den es den Willen zur Finanzierung und vor allen Dingen auch ein klares Konzept braucht. Mir ist dabei sehr wichtig, eines immer zu betonen: Wir in Bayern kombinieren den technischen und den natürlichen Hochwasserschutz. Diesen Weg gehen in der Zwischenzeit viele Länder, weil er doppelt sinnvoll ist. Mit der Renaturierung unserer Auenlandschaften schaffen wir nämlich mehr Sicherheit und mehr Lebensräume. Auch Lebensräume selbst müssen angepasst werden. Ich nenne das Großprojekt meines Kollegen Helmut Brunner, den Waldumbau mit der Bergwaldoffensive und mit der Waldinitiative Ostbayern.

Für den Extremfall bei Hochwasser schmieden wir an der Donau eine Kette von zwölf gesteuerten Flutpoldern. Wir machen das gemeinsam mit den Betroffenen in voller Transparenz und in großer Überzeugung. Ich nenne als Beispiel den Polder Riedensheim. Der Polder Riedensheim kann im Ernstfall 8 Millionen Kubikmeter Wasser aufnehmen. Das bedeutet für Neuburg an der Donau eine Pegelsenkung von bis zu

35 Zentimetern. Jeder Zentimeter ist entscheidend. 35 Zentimeter können ein Segen für die Menschen am Fluss sein.

Segensreich ist übrigens auch unser großes Bayernprojekt für eine sichere Trinkwasserversorgung. Ich lege Wert darauf, dass mit diesem Projekt jede einzelne Wassergewinnungsanlage im Freistaat auf ihr Gefährdungspotenzial hinsichtlich Überschwemmungen untersucht wird. Für mich ist das die beste Garantie für gutes Trinkwasser in Bayern auch in der Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Weltklimakonferenz in Paris ist dem Terror vom 13. November 2015 nicht gewichen. Fast alle Staaten sind vertreten. Fast alle haben Klimapläne vorgelegt. Der französische Präsident hat die Verantwortung unserer Generation auf den Punkt gebracht – ich zitiere ihn –: Wir müssen unseren Kindern nicht nur eine Welt ohne Terror hinterlassen; wir schulden ihnen auch eine Welt, die vor Katastrophen geschützt wird.

(Beifall bei der CSU)

Demokratie lebt vom Streit der Parteien und der Interessen. Bei der großen Aufgabe unserer Generation hinsichtlich der internationalen Sicherheit und der Verantwortung für die Schöpfung müssen wir aber zusammenrücken. Handeln wir gemeinsam für die schwächste Lobby in unserer Demokratie; geben wir ihr Stimme und Gewicht – den kommenden Generationen. Das passt zu Bayern, dem Land der Nachhaltigkeit, unserer Heimat, deren größter Schatz die aus der Landwirtschaft geprägte Kultur des langfristigen Denkens ist.

Wir denken über Generationen hinweg. Beweisen wir gemeinsam: Wir in Bayern sind dem weiß-blauen Himmel näher als andere, und wir handeln aus Verantwortung nicht nur für uns, sondern auch für die kommenden Generationen. In Bayern nehmen wir diese Verantwortung mit unserer Klimapolitik an: lokal, regional und global, als Bayern im Herzen heute und als Bürger in Verantwortung für morgen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Ich eröffne die Aussprache. Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine Gesamtrededzeit der Fraktionen von 96 Minuten vereinbart. Für die CSU-Fraktion sind es 32, für die SPD-Fraktion 24 und für die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 20 Minuten.

Ich darf jetzt für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Rinderspacher das Wort erteilen. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst namens meiner Fraktion unsere Irritation darüber zum Ausdruck bringen, dass die Ministerin heute zur Tagesaktualität, nämlich zum Verbraucherschutzskandal bei Bayern-Ei, überhaupt kein einziges Wort verloren hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Buh!)

Frau Ministerin, wir empfinden es als große Respektlosigkeit gegenüber dem Hohen Haus, gegenüber der bayerischen Öffentlichkeit und auch gegenüber den Opfern des Salmonellenskandals, dass Sie heute dieses Thema

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

gänzlich ausgeklammert haben, ist es doch von besonderer Bedeutung. Heute haben der Bayerische Rundfunk und die "Süddeutsche Zeitung" ein Gutachten eines renommierten Lebensmittelrechtlers veröffentlicht.

(Zuruf von der CSU: Thema!)

Die 40-seitige Stellungnahme ist eine Anklage gegen die Staatsregierung.

(Zuruf von der CSU: Thema! – Gegenruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD): Die Frau Ministerin hat gar nichts gesagt!)

In der Bayern-Ei-Affäre ist deutsches und europäisches Recht gebrochen worden. Der Nachweis ist erbracht, dass Frau Ministerin Scharf die Öffentlichkeit falsch informiert und mit Unwahrheiten bedient hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hör! Hör!)

Die Regierung hätte im Sommer 2014 über die Salmonellengefahr informieren und einen öffentlichen Rückruf von Eiern veranlassen müssen. Ein Vorwurf ist besonders gravierend: Ein Todesfall hätte mit einem korrekten Vorgehen dieser Regierung womöglich verhindert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, so leicht, wie Sie, Frau Ministerin Scharf, meinen, sich durch bloßes Schweigen und totale Ignoranz der Verantwortung entziehen zu können, so leicht werden wir Sie nicht davonkommen lassen. Der Landtag wird sich gezwungen sehen, Ihre Rolle in dieser Affäre tiefgehend zu untersuchen, ebenso im Übrigen auch die Rolle Ihres Vorgängers Marcel

Huber, der laut Gutachten ganz offensichtlich eklantete, ja fatale Versäumnisse zu verantworten hat.

Frau Ministerin Scharf, Sie sind jetzt 440 Tage im Amt und haben heute Ihre erste Regierungserklärung gehalten. Die Erwartungen waren hoch. Wir hatten ein konkretes Mehr-Punkte-Aktionsprogramm zur Erreichung eines ehrgeizigen Klimaziels in Bayern erwartet. Wir hatten einen ersten Entwurf oder zumindest die Ankündigung eines bayerischen Klimaschutzgesetzes erwartet, wie es in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg, in Nordrhein-Westfalen und in Bremen längst Realität ist. Wir hatten eine klare Bestandsaufnahme erwartet, die die bayerischen Problemzonen der Klimapolitik ausleuchtet und Wege aufzeigt, was kurz-, mittel- und langfristig zu tun und zu lassen ist. Wir hatten zumindest gehofft, dass Sie vielleicht das eine oder andere Geschenk für das Parlament mitbringen, dass Verbesserungen bei Haushaltsansätzen möglicherweise in Aussicht gestellt werden. – Nichts von alledem! Fehlanzeige! Sie haben heute erklärt, dass Sie nichts erklären. Diese Regierungserklärung hatte null Substanz.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Chance verpasst, einen kraftvollen bayerischen Akzent zur Pariser UN-Klimakonferenz zu setzen. Der Klimawandel ist nichts, was in den Wüsten Afrikas oder an den Gletschern der Antarktis beginnt und endet. 2015 wird in Bayern das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen werden – ein weiteres Rekordjahr nach dem Rekordjahr 2014. Neun der zehn wärmsten bayerischen Jahre waren nach dem Jahr 2010. Gemessen an den Niederschlägen erleben wir heuer das trockenste Jahr in Bayern seit 1946. Die lange Trockenperiode ist eine Belastung für die nordbayerischen Flüsse, Bäche und den Grundwasserpegel. Der Klimawandel bedroht auch die fünf bayerischen Alpengletscher. Seit der Industrialisierung haben sie durch Abschmelzen deutlich an Volumen, Fläche und Länge verloren. Im Jahr 1820 erreichte die Ausdehnung aller Gletscher in Bayern noch etwa 4 km². Heute ist mit etwa 0,7 km² weniger als ein Viertel davon übrig.

(Zuruf von der CSU: Nach China schauen!)

Die Alarmzeichen sind auch in Bayern unübersehbar. Wenn wir heute im Landtag in einem Punkt Konsens herstellen können, dann in der Überzeugung, dass wir nicht erst dann Maßnahmen ergreifen dürfen, wenn es schon zu spät ist.

Welche Konsequenzen politische Versäumnisse nach sich ziehen, sehen wir gegenwärtig in der Flüchtlingspolitik. Hätten wir nicht die vergangenen zehn Jahre

mehr oder minder tatenlos zugesehen, wie im Mittelmeer mehr als 30.000 unglückliche Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Folter ertrinken; hätten wir früher das getan, was zu tun war – Fluchtursachen bekämpfen, internationale Solidarität üben statt wegschauen, Entwicklungszusammenarbeit intensivieren –, dann stünde heute die Flüchtlingsthematik nicht mit dieser Dramatik auf der Tagesordnung. Klimaschutz ist Fluchtursachenbekämpfung. Wenn wir dabei scheitern, müssen wir laut einer Greenpeace-Studie schon in absehbarer Zeit mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen rechnen.

Heute war es Ihr Anliegen, Frau Ministerin, im Konzert der Pariser Klimakonferenz mitzusingen. Aber es gab keine bayerische Tonart, keinen bayerischen Rhythmus und keine bayerische Melodie. Das, was Sie auf internationaler Ebene unterstützen und einfordern, steht in deutlicher Diskrepanz zu dem, was Sie auf bayerischer Ebene liefern. Statt auf andere zu zeigen, sollten Sie lieber vor der eigenen Haustüre kehren. Sie haben heute zentrale Klimaschutzthemen Bayerns ausgeklammert. Ihre Ausführungen waren widersprüchlich. Ihre Zielkorridore halten einer Überprüfung in der Realität nicht stand. So sprechen Sie davon, dass wir aus der Kohle aussteigen müssten. In der realen Politik vertritt die CSU aber eine ganz andere Position. Nur einige Beispiele:

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel plante im vergangenen Jahr eine Sonderabgabe auf alte Kohlekraftwerke. Mit der Abgabe sollte erreicht werden, dass der Kohlendioxidausstoß bis 2022 um 22 Millionen Tonnen sinkt.

(Erwin Huber (CSU): Das hat doch geklappt!)

Was hat die CSU gemacht? - Sie hat in Berlin Front gegen mehr Klimaschutz gemacht!

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Herr Huber, wenn Sie die entsprechenden Zitate Ihres Ministerpräsidenten lesen wollen, dann kann ich sie Ihnen gern nachreichen.

Dass Sie jeden Ehrgeiz bei der Energiewende vermissen lassen, wurde hier im Hohen Haus schon vermehrt zum Thema gemacht. Sie haben mit der 10-H-Regelung ein Windkraftverhinderungsgesetz durchgesetzt, gegen das die SPD-Fraktion und andere im März dieses Jahres Verfassungsklage eingereicht haben. Über das Bayerische Energieprogramm von Ilse Aigner haben wir bereits im Oktober hier im Hohen Haus debattiert. Das Ergebnis war: Geht es nach der CSU, wird der Zubauwert erneuerbarer Energien immer mehr reduziert statt erhöht. Die Degression liegt mittlerweile bei 0,4 Prozentpunkte pro

Quartal. Ich sage Ihnen: Das ist nicht nur klimapolitisch problematisch, sondern auch volkswirtschaftlich schädlich.

Frau Ministerin, Sie sprachen von einer "internationalen Karriere von Umweltschutz weiß-blau". Ich hatte das Vergnügen und die Ehre, die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zu einer Delegationsreise nach Teheran zu begleiten. Eine Anekdote möchte ich Ihnen erzählen. Wir hatten dort auch ein Gespräch mit dem iranischen Handelsminister. Schon nach fünf Minuten merkte er gegenüber 50 Zeugen an – es waren nämlich viele Unternehmer aus Bayern dabei –: Die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien bekommen Sie in Bayern nicht so gut hin; insbesondere beim Windkraftausbau haben Sie erhebliche Probleme. –Das sagte uns der iranische Handelsminister. Kollege Markus Blume war dabei, die Ministerin natürlich auch. Ist das Werbung für die bayerische Umweltbranche? Das darf man wirklich in Zweifel ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sich vorstellen, dass das nicht nur für die Ministerin selbst ein peinlicher Moment war. Auch die mitgereisten Unternehmer, insbesondere die der Umwelttechnik, schauten betreten zu Boden; denn sie wollten eigentlich Werbung für ihre Produkte machen. Aber die bayerischen Produkte, die bayerische Umweltforschung, die bayerische Umweltwissenschaft, die bayerische Umweltwirtschaft sind viel besser als unsere bayerische Regierung – leider! Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, mit dieser Politik sind Sie keine Unterstützung für die bayerische Umweltwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Aber nicht nur mit der Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien, sondern auch mit der Energieeinsparung macht diese CSU-Regierung leider nicht ernst. Auf Gebäude in unserem Land entfallen knapp 40 % des Energieverbrauchs. Von 8.000 staatlichen Gebäuden in Bayern sind nur 0,7 % energetisch saniert – 0,7 % von 8.000! Was tut die Regierung? Die CSU hat die Landesmittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude in den letzten Jahren systematisch zusammengestrichen statt erhöht. Sie hat die Landesmittel von 45 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 25 Millionen Euro im Jahr 2015 zusammengekürzt. Wie war es 2012 und 2013? Damals waren die Gelder sogar komplett gestrichen worden – null Euro!

Bleibt es bei der derzeitigen Mittelausstattung für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, wären die bayerischen Staatsgebäude erst in rund 80 Jahren saniert. Horst Seehofer wäre dann 146 Jahre alt und mutmaßlich nicht mehr Ministerpräsident.

(Heiterkeit bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zur Energiewende gehört auch die Wärmewende. Die Staatsregierung muss ihre Hausaufgaben machen. Machen wir Bayern zum Vorreiter der energetischen Gebäudesanierung und setzen wir für den Mittelstand und das Handwerk ein Programm auf, das den Namen "Klimaschutzprogramm" tatsächlich verdient!

(Beifall bei der SPD)

Eines der drängendsten Probleme des Umweltschutzes hat die Ministerin heute ausgeklammert – den Flächenverbrauch. Dabei ist fruchtbarer Boden ein wertvolles, knappes Umweltgut. Nach den Meeren sind Böden der größte CO₂-Speicher der Welt. Sie binden mehr Kohlenstoff als alle Wälder zusammen. Sie leisten somit einen wichtigen Beitrag gegen die Erderwärmung und bedürfen deshalb des besonderen Schutzes.

Wie schaut es aus in Bayern? - Innerhalb von zehn Jahren ist die Siedlungs- und Verkehrsfläche von Bayern um fast 600 km² angewachsen; man nennt das auch "Flächenfraß". 600 km² in zehn Jahren – das entspricht dem Dreifachen der Fläche der Frankentropole Nürnberg.

Bundesweit betrachtet nimmt Bayern im täglichen Flächenverbrauch den absoluten Spitzenplatz in Deutschland ein. Wir in Bayern sind weit entfernt von einer Flächenkreislaufwirtschaft. Eine Reduzierung des Flächenfraßes ist nicht in Sicht. Wir sollten uns ein Beispiel nehmen an Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Thüringen. Diese Länder haben sich konkrete Flächensparziele gesetzt und diese mit Maßnahmenkatalogen und Zeitkorridoren unterlegt.

Was Sie in Bayern machen, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, ist das glatte Gegenteil. Frau Scharf, Sie haben die Chance verpasst, Ihren Vorgänger Markus Söder daran zu erinnern, wie er zu seiner Zeit als Umweltminister Klimaschutz propagierte. Wir erinnern uns: Er war der Minister, der gern mit grüner Krawatte ins Kabinett ging. Heute propagiert er die Möglichkeit, Gewerbegebiete in Bayern leichter auszuweisen. Die Attacke auf das Anbindegebot ist eine Todsünde der bayerischen Landesplanung und ein Konjunkturprogramm für den Flächenfraß.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, wenn es nach Ihrem Kollegen Markus Söder geht, sollen auch auf freiem Feld zwischen zwei Ortschaften Neuansiedlungen zulässig sein.

Eine direkte Anschlussbebauung an den Ortsrand ist dann nicht mehr zwingend vorgeschrieben. Ich sage: Das ist ein Anschlag auf die ästhetische Eleganz unseres Landes und unserer Kulturlandschaft.

(Beifall bei der SPD)

Die Bayerische Architektenkammer, die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, der BUND Naturschutz, der Landesverein für Heimatpflege, der Bayerische Städtetag, die Bayerische Akademie Ländlicher Raum – sie alle sprechen von einem Ausverkauf der bayerischen Kulturlandschaft. Die Staatsregierung handelt damit gegen den bundesweiten Trend.

Ich frage mich, Frau Umweltministerin: Haben Sie das jemals im Kabinett oder in Ihrer Fraktion zum Thema gemacht? Sind Sie jemals in den Verdacht geraten, dem Heimatminister in den Arm zu fallen, wenn er immer neue Flächen im Freistaat Bayern für Gewerbeansiedlungen ausweisen möchte? Ich habe keine öffentliche Stellungnahme von Ihnen gefunden. Ich finde, es ist Ihre Aufgabe, gerade in solch zentralen Fragen Ihre Stimme als Umweltministerin zu erheben.

(Beifall bei der SPD)

Kein Wort haben Sie heute darüber verloren, wie Sie in Bayern einen klimafreundlichen Verkehr organisieren wollen. In Bayern stellt der Verkehrssektor den größten Emittenten der energiebedingten CO₂-Emissionen dar. Die Kritik der Experten fällt katastrophal aus. Im als Nachhaltigkeitsranking bundesweit anerkannten Bundesländerindex "Mobilität 2014/2015" der Allianz pro Schiene, wissenschaftlich begleitet von der Universität St. Gallen, nimmt Bayern eine schlechte Position – Platz 15 – ein. Das ist der vorletzte Platz! Beim Thema Klimaschutz befindet sich Bayern auf der letzten Position. Bei der Flächenschonung nimmt Bayern Platz 12 ein, bei der Luftqualität Platz 14 und bei der Lärmvermeidung Platz 12. Bayern schneidet hinsichtlich der nachhaltigen Mobilität insgesamt ausgesprochen schlecht ab.

Frau Ministerin, heute hätten uns Ihre Antworten auf die mitunter dramatischen Verkehrsprognosen bis zum Jahr 2030 in Bayern interessiert. Die Antworten blieben aber aus. Nach Prognosen des Bundesverkehrsministeriums wird der Güterverkehr bis zum Jahr 2030 um 38 % zunehmen. Allein bei den Lkws und Sattelzügen müssen wir bis zum Jahr 2025 mit einem Plus an CO₂-Emissionen von 9,4 Millionen Tonnen jährlich rechnen. Wir sind uns sicher einig, dass wir möglichst viel Güterverkehr auf die Schiene verlagern müssen. Bayern ist in den letzten Jahren jedoch vieles nicht gelungen. Im Gegenteil, von 2009

bis 2013 sank der Anteil des Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs an der Güterverkehrsleistung in Bayern von 17,8 auf 16,8 %.

Tatsächlich ist während der Regierungszeit von Horst Seehofer beim Schienenverkehr nicht viel vorangegangen. Seit 15 Jahren warten die 800.000 Pendler auf die Zukunftsfähigkeit eines wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Nahverkehrs in der Region München. Was ist mit der 2. Stammstrecke? Was ist mit dem zweigleisigen Ausbau und der Elektrifizierung der Bahnstrecke von München über Mühldorf nach Freilassing? Die Liste lang geplanter und nicht umgesetzter ökologisch wertvoller Verkehrsprojekte in Bayern ließe sich deutlich erweitern. Frau Scharf, wie bedauerlich, dass Sie dieses so entscheidende Thema gänzlich ausgespart haben!

(Beifall bei der SPD)

Heute sind vor allem die Themen interessant, die Sie nicht angeschnitten haben. In ihrer Fraktion tobt gerade ein Machtkampf zu der Frage, ob die dritte Startbahn am Münchner Flughafen gebaut werden soll. Ich frage mich: Warum nutzen Sie als Umweltministerin heute eigentlich nicht die Gunst der Stunde Ihrer Regierungserklärung und stärken dem Ministerpräsidenten und den anderen Startbahngegnern im Freistaat Bayern den Rücken?

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, als Umweltministerin haben Sie die Pflicht, auf die starke Zunahme an CO₂-Emissionen im bayerischen Luftverkehr hinzuweisen. Zwischen 1993 und 2012 hat sich der Schadstoffausstoß im bayerischen Luftverkehr mehr als verdreifacht. Wir wissen aus Studien, dass gerade der Flugverkehr wie kein zweiter Verkehrsträger ein Klimakiller erster Güte ist. Sie haben heute die Gelegenheit verpasst, Ihrer Heimatregion mit Fachexpertise zur Seite zu stehen und sich klar und fundiert gegen die dritte Startbahn auszusprechen.

Sie haben auch ein anderes wichtiges Mobilitätsthema verschwiegen, obwohl es im Jahr 2008 kurzfristig ein Schwerpunkt bayerischer Regierungspolitik sein sollte. Das ist das Thema Elektromobilität. Der Ministerpräsident höchstpersönlich hatte im Jahr 2008 angekündigt, dass aus Gründen des Klimaschutzes bis zum Jahr 2020 in Bayern 200.000 elektromobile Fahrzeuge auf Bayerns Straßen unterwegs sein werden. Wie viele sind es heute, sieben Jahre danach? – Es fehlen noch 196.000 elektromobile Fahrzeuge. Auf bayerischen Straßen fahren lediglich 4.000 elektromobile Fahrzeuge. Das ist ein Anteil von 0,05 %.

(Beifall bei der SPD)

Das Urteil des Bundesverbandes eMobilität und seines Präsidenten Kurt Sigl über die bayerische Elektromobilitäts-Politik ist eindeutig. So erklärte er gestern schriftlich - ich zitiere: Bayern ist und bleibt Schlusslicht beim Thema E-Mobilität. Das Ranking wird ganz klar von Baden-Württemberg angeführt vor Berlin und Niedersachsen. Weder bei den Fahrzeugen noch bei der Infrastruktur oder beim intermodalen Ansatz - das ist die Verbindung von Verkehrssystemen - kann Bayern in der Praxis punkten. Eine sogenannte Roadshow Elektromobilität, wie Bayern sie zum Beispiel den Kommunen anbietet, ist tatsächlich als Lachnummer zu bezeichnen - so der Präsident - und stellt den Stand der E-Mobilität vor vier Jahren dar. Er fügt hinzu: unfassbar. Frau Ministerin, tragen Sie dafür Sorge, dass das klimarelevante Thema Elektromobilität wie in den anderen Bundesländern wieder mehr Aufmerksamkeit bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Im Jahr 2013 hat der Freistaat Bayern 1.800 neue Dienstfahrzeuge angeschafft. Darunter befanden sich ein Elektroauto und zwei Hybridfahrzeuge. Damit sind wir bei einem anderen wichtigen Thema, nämlich bei der umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffung. Für rund 260 Milliarden Euro im Jahr kauft die öffentliche Hand in Deutschland von Bleistiften bis zu Bussen für den öffentlichen Personennahverkehr ein. In Deutschland umfasst das öffentliche Beschaffungswesen etwa 13 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Unterstützung der Umwelt- und Klimabelange in Form eines umweltfreundlichen Beschaffungswesens hat ein großes Potenzial. Anders als andere Bundesländer verzichtet der Freistaat Bayern jedoch auf ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Die SPD-Fraktion hatte erst in der letzten Legislaturperiode einen eigenen Entwurf für ein bayerisches Vergabegesetz eingebracht, das ausdrücklich auch ökologische Kriterien berücksichtigt, damit nicht zwingend der günstigste Anbieter bei der Vergabe vorne liegen muss, sondern auch der Anbieter eine Chance hat, der den Klima- und Umweltschutz im Angebotsportfolio hat.

Das Bundesumweltamt hat im Jahr 2014 die Regelungen der Bundesländer miteinander verglichen. Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen bekommen besonders gute Noten. Die schlechteste Note bekommt der Freistaat Bayern. Warum? – Die bayerischen Richtlinien enthalten keine verbindlichen Vorgaben zur Beschaffung umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen. Ich frage Sie, Frau Umweltministerin: Wann gehen Sie das Thema in ihrer Fraktion und im Kabinett an? Wann kommt das ökologische Vergabegesetz Bayerns?

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, es ist unstrittig, dass die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion innehat und diese auch wahrnehmen muss. Das gilt im Übrigen auch für die Regierung selbst und in ökologischen Fragen auch für die Umweltministerin und ihre Glaubwürdigkeit im Amt. Frau Ministerin, dieser Vorbildfunktion werden Sie nach einer Studie der Deutschen Umwelthilfe nicht gerecht. Die Umwelthilfe hat den Schadstoffausstoß der Dienstwagen aller Landesregierungen miteinander verglichen. Wie in den Vorjahren trägt auch im Jahr 2015 die Regierung des Freistaats Bayern die rote Laterne. Unter den Umweltministern fährt Umweltministerin Ulrike Scharf aus Bayern den unsaubersten Dienstwagen aller Umweltminister der Bundesrepublik. Frau Ministerin, das ist nicht gerade ein Nachweis für Ihre sprichwörtliche street credibility beim Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Sie sprachen vom Jahrhundert des neuen Bewusstseins. Es stellt sich schon die Frage, ob Sie selbst in diesem Jahrhundert angekommen sind, wenn Sie nicht bereit sind, europäische Klimaschutzwerte einzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist in Sachen Klimaschutz alles andere als ein Vorzeigeland. Der Klimaschutzpolitik der Regierungspartei CSU mangelt es an Ehrgeiz. Der politische Wille zum Handeln ist unterausgeprägt. Die heutige Regierungserklärung hat weder neue Erkenntnisse gebracht noch notwendige Maßnahmen eingeleitet. Die Ministerin kann man jedoch kaum dafür kritisieren, dass sie in Sachen Klimaschutz im Kabinett für fast nichts zuständig ist – nicht für die Landwirtschaft, nicht für den Verkehr, nicht für die Energiewende. Frau Scharf, Sie müssen sich jedoch wirklich vorhalten lassen, dass Sie Ihre Stimme nicht wahrnehmbar für den Klimaschutz erheben. Bei der Energiewende sind Sie stumm. Im Bereich Verkehr ist nichts von Ihnen zu hören. In der Landwirtschaft kommen keine wahrnehmbaren Kooperationsangebote für die Öffentlichkeit. Das gilt auch für die Gebäudesanierung. Sie sind nicht Feuer und Flamme für Ihr Thema.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Sie agieren mutlos und kraftlos. Deshalb haben Sie auch heute die Chance auf einen wuchtigen politischen Aufschlag verpasst. Wir bedauern das ausgesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz bewahrt als Lebens- und Zukunftsversicherung die Grundlagen unserer Heimat. Klimaschutz schafft gesellschaft-

lichen Wohlstand und wirtschaftliche Sicherheit. Der Kampf gegen den Klimawandel ist ein ethisches Gebot. Papst Franziskus hat am 18. Juni in seiner Enzyklika "Laudato si" eindrucksvoll darauf hingewiesen: Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige sozioökologische Krise. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb gehört der Klimaschutz ganz oben auf die politische Agenda im Freistaat, aber bitte nicht nur mit Lippenbekenntnissen, sondern mit ganz konkreten Maßnahmen. Frau Ministerin, wenn Sie diese einleiten, haben Sie uns gewiss an Ihrer Seite.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Martin Huber das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist unbestritten, aber dass er mittlerweile so weit fortgeschritten ist, dass Ihnen, Herr Kollege Rinderspacher, das Wasser schon bis zum Halse steht und Sie diese Debatte mit einer Themaverfehlung beginnen, wundert mich dann doch sehr.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Ihr seid doch an der Regierung! Euch steht das Wasser bis zum Hals!)

Die Situation ist weit dramatischer. "200 Millionen Menschen auf der Flucht", diese Schlagzeile werden wir im Jahr 2050 haben. Diese Menschen werden nicht vor Krieg und Terror fliehen, sondern vor Dürren, vor Überschwemmungen oder weil das eigene Haus im Meer versunken ist. Bereits im Jahr 2010 waren 20 Millionen Menschen aus Gründen des Klimawandels auf der Flucht. Die Erderwärmung steigt, und der Meeresspiegel auch. Im 20. Jahrhundert stieg der Meeresspiegel um 17 Zentimeter, allein um 7 Zentimeter in den Jahren von 1993 bis 2014.

Das Jahr 2015 wird das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Der September 2015 war der wärmste September seit 1880. Längst sind die Themen Klimawandel und Erderwärmung nicht mehr nur Gegenstand abstrakter Expertendebatten. Der Klimawandel betrifft uns ganz konkret; denn die Menschen flüchten zu uns, weil ihnen vor Ort die Lebensgrundlage entzogen ist. Wir können die Augen vor der Herausforderung des Klimawandels nicht verschließen. Der Klimawandel betrifft auch uns in Bayern. Die Ministerin hat es angesprochen: Die Gletscher in den Alpen schmel-

zen. Extreme Wetterverhältnisse nehmen zu. Überschwemmungen, Dürren und Stürme werden häufiger.

Wie sich der Klimawandel in Bayern konkret niederschlägt, konnten wir im August in den Zeitungen lesen. Schlagzeilen wie "Trockenheit in Franken: Autowäsche verboten" oder "Folgen der Hitze: Gießverbot in Forchheim" wiesen auf die größte Trockenperiode in Teilen Frankens seit 40 Jahren hin. Noch dramatischer als bei uns wirkt sich aber die Situation in den großen Meeren aus.

Wir haben inzwischen auch den ersten Klimakrieg erlebt, er wurde nur anders bezeichnet. Ich spreche von der Piraterie vor Somalia. Durch die Erwärmung des Indischen Ozeans war es den Fischern an der somalischen Küste nicht mehr möglich, mit ihren primitiven Fangmethoden und ihren Fischernetzen Fische zu fangen. Die Fische haben sich in tiefere, kühlere Wasserschichten zurückgezogen. Damit wurde den Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Boote waren vorhanden, und Waffen waren leicht zu bekommen. So entstand die Piraterie vor Somalia. Weit weg? Das geht uns nichts an? – Von wegen! Die Auswirkungen waren ganz konkret in Deutschland zu spüren. Unsere Bundeswehr war und ist deshalb vor der Küste Somalias im Einsatz.

Ein weiteres Beispiel ist der Pazifische Ozean. In zahlreichen Inselstaaten können die Menschen schon jetzt täglich beobachten, was eine weltweite Erwärmung des Klimas für sie bedeutet. Sie müssen zusehen, wie der Meeresspiegel steigt und ihre Inseln und Lagunen im Meer verschwinden. Im vergangenen Jahr hat Neuseeland deshalb zum ersten Mal dem Antrag einer Familie stattgegeben, die den Klimawandel als Asylgrund angegeben hat. In wenigen Jahrzehnten werden die etwa 11.000 Bewohner von Tuvalu keinen eigenen Staat mehr haben. Sie haben deshalb einen Vertrag mit Australien geschlossen. In Australien wird für sie ein Reservat eingerichtet. Ungeklärt ist dabei noch die Frage der Nationalität und des Status. Tritt Australien einen Teil seines Territoriums an die Bewohner ab? Behalten sie ihre Nationalität, oder werden sie australische Staatsbürger? Das bedeutet, in diesem Fall hat der Klimawandel sogar Auswirkungen auf die Grundlagen der Staatlichkeit. Weit weg? Das geht uns nichts an? – Von wegen!

Blicken wir auf unsere kontinentalen Nachbarn. Blicken wir auf Afrika. Die dortige Bevölkerung wird bis zum Jahr 2050 auf 2,5 Milliarden Menschen anwachsen. Im Jahr 2100 werden dort circa 4 Milliarden Menschen wohnen. Zugleich wird eine gleichbleibende Erwärmung dazu führen, dass wir mehr Wüsten, mehr Dürren und weniger fruchtbares Land haben werden. Wenn mehr Menschen durch den Klimawandel auf

weniger bewohnbarer und bewirtschaftbarer Fläche leben, bedeutet das: Der Fluchtdruck auf unseren direkten Nachbarkontinent wird zunehmen, wenn wir nicht handeln.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Und was passiert?
– Natascha Kohnen (SPD): Was tun Sie?)

Diese Beispiele zeigen: Wir müssen global denken und lokal handeln. Wir können das Problem des Klimawandels nicht mit einem Schlag lösen. Wir alle hoffen auf ein verbindliches und weitreichendes Abkommen in Paris. Niemand kann beim Kampf gegen den Klimawandel das große Gesamtbild zeichnen. Aber jeder kann im Rahmen seiner Verantwortung seinen Mosaikstein dazu beitragen. Bayern investiert bereits 170 Millionen Euro in sein Klimaschutzprogramm 2050, mehr, als jedes andere Bundesland. Klimawende bedeutet, dass wir den CO₂-Ausstoß senken müssen. Durch die extensive Nutzung fossiler Energie und durch die drastische Änderung der Landnutzung erleben wir, dass immer mehr CO₂ in die Atmosphäre gelangt.

Lieber Herr Kollege Rinderspacher, ich kann Ihnen heute eine Bemerkung nicht ersparen: Von den 20 größten Kohlekraftwerken, die wir in Deutschland haben, stehen 9 in Nordrhein-Westfalen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Mit Unterstützung der CSU!)

In Baden-Württemberg wurden in den Jahren 2014/2015, bereits unter Grün-Rot, zwei Kohlekraftwerke in Betrieb genommen. Wie viele dieser 20 Kohlekraftwerke stehen in Bayern? – Null. Wir wollen die energiebedingten CO₂-Emissionen bis 2020 pro Kopf und Jahr von derzeit etwa 6 Tonnen auf dann deutlich unter 6 Tonnen senken.

(Widerspruch bei der SPD)

Mir ist klar, dass Ihnen das nicht gefällt. Ich kann es Ihnen jedoch nicht ersparen. Bayern formuliert nicht nur Ziele, sondern nimmt auch seine Verantwortung ernst.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist doch ein Witz!)

- Sie mögen das als Witz bezeichnen; ich schildere hier die Realität. Vielleicht ist das für Sie ein guter Anfang, um etwas näher an das Thema heranzukommen. – Bayern investiert in die Klimaforschung, wie das die Ministerin angesprochen hat. Mit dem Schneefernerhaus unterhalb der Zugspitze haben wir eine herausragende Umweltforschungsstation. Neben dieser Maßnahme ist die Energiewende natürlich ein

ganz entscheidender Faktor. Rund 80 % der klimaschädlichen Emissionen sind auf CO₂ zurückzuführen. Bayern fördert den Ausbau erneuerbarer Energien mehr als jedes andere Bundesland. Wir sind beim Zubau der Photovoltaik und bei der Windenergie Spitzenreiter, noch vor Baden-Württemberg. Die Energiewende ist ein wesentlicher Bestandteil des Mosaiks zur Lösung des Klimawandels. Schon heute decken wir mehr als 36 % des bayerischen Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien.

(Florian von Brunn (SPD): Heiße Luft!)

Die Tendenz ist steigend. Schon heute steht fest: Die Energiewende spricht bayerisch.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der SPD, wir haben gerade Advent, nicht Fasching. Sie haben das ein bisschen verpasst. Das Lachen kommt erst später wieder. – Wir werden das Ziel, das wir uns im Frühjahr 2011 gesetzt haben, erreichen. Im Jahr 2021 wird der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bei 50 % liegen. Bayern setzt die Energiewende konkret vor Ort um. Energiewende bedeutet jedoch nicht nur den Umstieg auf regenerative Energien, sondern auch Versorgungssicherheit, Energiespeicherung, Energieeinsparung und Energieeffizienz. Bayern investiert deshalb in die Forschung und gibt im Zeitraum von 2012 bis 2016 knapp 500 Millionen Euro für die Energieforschung aus, mehr als jedes andere Bundesland.

Ein Beispiel: Der Energie Campus Nürnberg wird seit 2009 bis zum Jahr 2016 mit 50 Millionen Euro gefördert. Die Förderung mit weiteren 20 Millionen Euro über das Jahr 2016 hinaus ist bereits beschlossen. Am Energie Campus Nürnberg forschen unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Wolfgang Arlt mehrere Institutionen an einem Standort und schaffen interdisziplinär neue Ansätze in der Speicherforschung. Gerade sein Ansatz mit der LOHC-Forschung ist vielversprechend und wird demnächst im Rahmen eines Pilotprojekts erprobt.

Die Energieeinsparung und die Verbesserung der Energieeffizienz in den eigenen vier Wänden ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt. Innovative und intelligente Heiz- und Speichersysteme sowie eine energetisch nachhaltige Bauweise sind der zweite Schritt auf dem Weg zur Energiewende. Auch hier gilt: Bayern geht voran und ist Vorbild, wenn es darum geht, ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz zu erreichen.

Energiewende heißt auch Rohstoffwende. Wir müssen aus zwei Gründen von den fossilen Rohstoffen wegkommen: Erstens. Wir müssen die CO₂-Emissio-

nen vermindern. Zweitens. Die fossilen Rohstoffe sind endlich, wie wir alle wissen. Das Global FoodBanking Network berechnet in jedem Jahr den Tag, an dem die Erdüberlastung erreicht sein wird. Bei der Berechnung wird der gesamte Bedarf an Wäldern, Flächen, Wasser, Ackerland und Lebewesen, den die Menschen derzeit für ihre Lebens- und Wirtschaftsweise brauchen, der biologischen Kapazität der Erde gegenübergestellt, Ressourcen aufzubauen sowie Müll und Emissionen aufzunehmen. Dieser Tag war heuer am 13. August und damit sieben Tage früher als letztes Jahr. An jenem Tag waren die Ressourcen der Erde für dieses Jahr verbraucht. Seitdem leben wir auf Pump. Wir greifen so gesehen auf die Rücklagen zu und leben damit von den Ressourcen der nachfolgenden Generationen. Das kann so nicht weitergehen.

Deshalb wollen wir die nächsten Schritte angehen und analog zur Energiewende eine Rohstoffwende herbeiführen, das heißt Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe ersetzen. Mehr Effizienz beim Einsatz von Ressourcen und Material schafft Unabhängigkeit, senkt Kosten, schont die Umwelt und stärkt damit insgesamt die bayerische Wirtschaft. Auch hier ist Bayern auf einem guten Weg. In den vergangenen 15 Jahren wurde die Rohstoffproduktivität in Bayern um rund 70 % erhöht, die Verwertungsquote von rund 30 % auf über 70 % gesteigert.

Ressourceneffizienz ist ein wichtiges umweltpolitisches Handlungsfeld, das in den kommenden Jahren noch zentraler behandelt werden muss. Das ist aber auch eine große Chance für die Wirtschaft, neue Technologien zu entwickeln und damit Wertschöpfung zu generieren. - Wir müssen zu einem anderen Grundverständnis kommen, indem wir nicht von Abfall sprechen, sondern von Rohstoffen, die nicht weggeworfen, sondern wiederverwendet werden. Es muss unser Ziel sein, hier noch besser zu werden und damit die Rohstoffwende entschieden voranzubringen.

Fortschritte bei der Energieeffizienz außerhalb des Stromsektors sind ein weiterer Ansatzpunkt für eine klimafreundliche Energiewende. Wärmewende bedeutet Energieeinsparungen, saubere Heizenergie und Veränderungen in den eigenen vier Wänden. Man braucht sich nur die Zahlen vor Augen zu führen: 40 % des gesamten Energieverbrauchs entfallen in Bayern auf das Heizen. Das Sparpotenzial ist demnach immens.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Eben!)

Das gilt sowohl für die Klimabilanz als auch für den eigenen Geldbeutel. Bayern leistet mit dem 10.000-Häuser-Programm einen wichtigen Beitrag zum Kli-

maschutz und unterstützt damit die Bürger bei der Umsetzung der energetischen Gebäudesanierung.

(Beifall bei der CSU)

Das Programm ist mit einem Gesamtbudget von 90 Millionen Euro ausgestattet und hat eine Laufzeit von vier Jahren. Wir schaffen dadurch individuelle Beispiele, wie Energie- und Wärmewende bereits im Kleinen gelingen können. Wir zeigen, wie dadurch auch Großes bewirkt werden kann. Energiewende, Rohstoffwende und Wärmewende tragen dazu bei, dass wir unseren Ausstoß von CO₂ begrenzen und den Klimawandel bekämpfen.

Angesichts der herausragenden Aktivitäten Bayerns im Klimaschutz fragt man sich, welchen Mehrwert, abgesehen von einem Zuwachs an Paragrafen und Bürokratie, ein Klimaschutzgesetz haben sollte. Ich glaube nicht, dass sich der Meeresspiegel von ein paar Paragrafen beeindrucken lässt und die Erderwärmung zurückgeht, weil die Bayern-SPD ein paar Paragrafen zusätzlich aufgeschrieben hat.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist eine tiefschürfende Erkenntnis!)

Wenn unsere Klimaschutzmaßnahmen in einem Gesetz stünden, hätte dies keinerlei Effekt auf das Klima.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir probieren es wenigstens!)

Eine Festlegung gesetzlich verankerter verbindlicher Klimaschutzziele auf Landesebene wäre eher problematisch, weil die Einflussmöglichkeiten aufgrund der EU- und Bundesgesetzgebung begrenzt sind.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Aha!)

Wir in Bayern haben den Ansatz, weniger aufzuschreiben und mehr zu handeln.

(Lachen und Zurufe von der SPD: Oh!)

Der Klimaschutz beginnt bei uns zu Hause.

(Beifall bei der CSU)

Ich gehe davon aus, Sie würden dieses Gesetz ausdrucken und nicht nur per E-Mail verschicken. Das wäre wieder klimaschädlich, Herr Kollege.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Schon das konsequente Abschalten des Stand-by-Modus bei Elektrogeräten wie Druckern oder Fernsehern würde in ganz Deutschland 14 Millionen Tonnen CO₂ und zudem in vielen Haushalten bis zu 75 Euro

an Stromkosten einsparen. Das zeigt: Klimaschutz beginnt zu Hause, nicht mit dem Aufschreiben von Paragraphen. Jeder kann seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Was wir individuell und regional nicht lösen können, muss auf Bundesebene und internationaler Ebene gelöst werden. Wir stimmen zum Beispiel mit der EU überein, dass wir beim CO₂-Zertifikatehandel zügig einen Marktstabilitätsmechanismus brauchen, der genügend Steuerungsinstrumente bietet, um zu einer deutlichen CO₂-Reduzierung zu kommen. Wir brauchen einen weltweiten CO₂-Zertifikatehandel, der wirkungsvoll, aber mit Augenmaß, vernünftige wirtschaftliche Anreize zur CO₂-Reduzierung bietet. Deshalb setzen wir große Hoffnungen auf den Weltklimagipfel in Paris. Die Erderwärmung schreitet voran und wird kaum noch zu stoppen sein.

(Florian von Brunn (SPD): Mit Ihrer Politik nicht!)

Es geht letztlich nur noch darum, sie auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Schon die Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad ist inzwischen ein ambitioniertes Ziel. Die Entscheidung, ob das Zwei-Grad-Ziel erreicht wird oder nicht, hängt auch von den Schwellenländern China, Indien, Brasilien und Indonesien ab. Ohne diesbezügliche Entwicklung in den Schwellenländern wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein; denn diese Länder sagen zu Recht, wir wollen zu dem Wohlstand kommen, den die entwickelten Länder haben, und setzen dabei natürlich auf wirtschaftlichen Erfolg. Dabei setzen sie auf Energie aus Kohle und Öl. Umso wichtiger ist es, auch dort beim Aufbau einer nachhaltigen, ressourcenbewussten Wirtschaft zu helfen. Dabei ist das Textilbündnis von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller beispielhaft hervorzuheben.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich all jenen danken, die bei den vielen Organisationen mithelfen, die sich in der Entwicklungshilfe engagieren und ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort leisten. Aus eigener Anschauung weiß ich um den Wert von Initiativen in der Dritten Welt, die nachhaltige Wiederaufforstung gegen kurzsichtiges Abholzen setzen. Auch das gehört zum Kampf gegen den Klimawandel, noch dazu in Regionen, in denen der Ressourcenverbrauch aufgrund des Bevölkerungswachstums steigt. Laut einer Prognose der United Nations wird die Weltbevölkerung im Jahr 2100 circa 10,9 Milliarden Menschen umfassen, und die Zahl der Erdbewohner wird damit im Vergleich zu heute um fast 4 Milliarden Menschen ansteigen. Wenn wir verhindern wollen, dass die Situation eskaliert und die Bevölkerungsexplosion sowie Dürreperioden und Wasserknappheit zu noch mehr Kriegen führen, dann muss jetzt gehandelt werden.

Bei allen Anstrengungen birgt die Entwicklung aber auch große Chancen. Die Entwicklung und der Einsatz neuer Umwelttechnologien bieten eine große Chance, Wertschöpfung zu generieren, Bayern als Hightechland voranzubringen und einen Impuls für eine global nachhaltige Entwicklung zu setzen. Die Entkoppelung der Wertschöpfung vom Energieverbrauch ist unbedingt notwendig, wenn wir verhindern wollen, dass die Küstenregionen in Bangladesch im Jahr 2100 genauso überschwemmt sind wie die Küste der Niederlande und die Hansestadt Hamburg. Es ist ein großer Erfolg, dass sich die Staats- und Regierungschefs beim G-7-Gipfel in Elmau in Sachen Klimapolitik auf ein verbindliches Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung einigen konnten. Auf diesem Weg müssen die Verhandlungen in Paris weitergehen. - Klimapolitik ist nicht in irgendeiner Nische. Sie ist Kernanliegen bayerischer Umweltpolitik; denn es gilt, was Umweltministerin Ulrike Scharf gesagt hat: Klimapolitik ist Welt-Innenpolitik, und damit betrifft sie uns alle.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich jetzt Herrn Kollegen Zierer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Frau Staatsministerin Scharf, bei Ihrer Rede hatte man hin und wieder den Eindruck, Ihr Job mache Ihnen keinen großen Spaß.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Ministerin, alles was Sie zur Bedeutung des Klimagipfels in Paris gesagt haben, kann ich nur unterstreichen. Ich würde mir wünschen, dass es gelingt, die verschiedenen einzelstaatlichen Interessen unter einen Hut zu bekommen und einen echten Klimaschutzvertrag auszuhandeln; denn wir sind die erste Generation, die über den Klimawandel und seine weltweiten Folgen wirklich Bescheid weiß, und die letzte Generation, die noch handeln kann, um das Schlimmste zu verhindern. Sie haben es angesprochen: In Bayern droht eine Temperaturerwärmung um 4,5 Grad. Aber sogar wenn es gelingt, die globale Erwärmung auf maximal 2 Grad zu begrenzen, werden die Folgen des Klimawandels spürbar werden, zwar weniger ausgeprägt als in anderen Regionen der Welt, aber spürbar.

Vor wenigen Tagen hat das Umweltbundesamt seine sogenannte Verwundbarkeitsanalyse vorgestellt. Darin wird aufgezeigt, mit welchen Folgen des Klimawandels zu rechnen ist und wo Deutschland beson-

ders verwundbar ist. Die Gefahr von Hochwasser und Hitzewellen wird bis Mitte des Jahrhunderts deutlich zunehmen. Insbesondere Süddeutschland wird in Zukunft von Überschwemmungen infolge von Starkregen betroffen sein.

Außerdem wird sich die Zahl der besonders heißen Tage mit einer Temperatur von über 30 Grad verdoppeln. Der extrem trockene Sommer in diesem Jahr war bereits ein Vorgeschmack darauf und hat gezeigt, dass vor allem die Landwirtschaft vor sehr große Probleme gestellt wird. Die Folgen der Klimaveränderung werden vielfältig sein: Hochwasser auf der einen Seite, Wasserknappheit und Trockenheit in anderen Regionen; die Bodenerosionen werden noch mehr zum Problem. Die Artenzusammensetzung der Ökosysteme wird sich verändern. Neue Schädlinge können sich in Bayern ausbreiten. Die Biodiversität wird unter dem veränderten Klima leiden. Wissenschaftler sagen sogar einen Artenverlust von 5 bis 30 % voraus.

Die bayerische Klimaschutzstrategie hat zwei Ziele: Die Emission von Treibhausgasen soll gesenkt und an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels bestmöglich angepasst werden. Die Frage ist: Reicht das, was bisher verwirklicht wurde, und reicht das, was geplant ist?

Frau Ministerin, Sie haben von Diademen und Diamanten gesprochen. Man könnte meinen, Sie haben Bayerns Errungenschaften beim Klimaschutz mit einer glitzernden Sprache beschrieben. Leider haben Sie aber sehr wenig Substantielles dazu gesagt, wie Bayern die Emissionen weiter senken will.

Klimapolitik heißt in erster Linie Energiepolitik. Die Hauptursache des fortschreitenden Klimawandels ist die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Erdgas. In der EU liegt der Anteil der energiebedingten Emissionen an den gesamten Treibhausgasemissionen bei rund 80 %. Insofern ist die beste Klimapolitik das schnellstmögliche Umsteuern auf eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien.

Frau Ministerin, Sie haben uns gerade erzählt, dass Bayern den anderen Bundesländern um Längen voraus sei. Auch Herr Dr. Huber hat das erwähnt. Schauen wir uns doch einmal die Fakten an. Hat Bayern seine Hausaufgaben wirklich gemacht? - 2007 lagen die CO₂-Emissionen in Bayern bei circa 5,99 Tonnen pro Kopf. Ihr Ziel bis 2025 lautet 5,5 Tonnen. Das wäre in 18 Jahren gerade einmal eine Minderung um 0,5 Tonnen pro Kopf. Wenn alle anderen Länder in einem vergleichbaren Tempo arbeiten würden, dann sage ich: Gute Nacht.

Ich will Ihnen bei den CO₂-Zielen eines zugestehen: Wenn man bereits ein niedrigeres Emissionsniveau erreicht hat, sind weitere Absenkungen sicherlich etwas schwieriger zu erreichen. Dennoch könnten und sollten Sie beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern viel ambitionierter sein. In ihrem Energieprogramm bezeichnet sich die Staatsregierung als Taktgeber in der Energiepolitik. Das ist aber absurd. Bayern hat seine Vorreiterrolle längst eingebüßt. Der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch liegt in Mecklenburg-Vorpommern – man höre! – bei 100 %, in Schleswig-Holstein bei 100 % und in Brandenburg bei 82 %. Wo liegt Bayern? – Bei 35 %! Von wegen Vorreiterrolle, Herr Dr. Huber! Davon sind wir ganz, ganz weit weg. Von wegen Spitze! Die 35 % erreichen wir auch nur, wenn man die Jahrzehnte alten Wasserkraftwerke dazurechnet.

Die Nutzung der Wasserkraft in Bayern hat eine sehr lange Tradition. 1926 standen in Bayern fast 12.000 Wasserkraftwerke. Heute sind es nur noch 4.000. Die Strommenge aus der Wasserkraft stagniert seit Jahren.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Warum?)

- Warum? Weil Lobbyverbände teilweise mehr Einfluss haben als die Frau Ministerin.

(Erwin Huber (CSU): Welche Lobbyverbände denn?)

- Welche Lobbyverbände denn?

(Erwin Huber (CSU): Vielleicht die GRÜNEN?)

- Nein, das stimmt nicht. Das sind auch Ihre Leute aus den Ministerien, die Sie bei der Energiewende nicht mitnehmen können. Es ist doch Ihr Problem, dass Sie sie nicht mitnehmen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Erwin Huber (CSU): Welchen Blödsinn reden Sie da? Sind wir denn im Narrenhaus?)

Selbst bei den erneuerbaren Energien haben Sie es geschafft, bei der Windenergie, die in den letzten Jahren am besten lief, komplett die Luft herauszunehmen. Mit der 10-H-Regelung haben Sie den Ausbau der Windkraftanlagen fast zum Erliegen gebracht. Dazu nur ein paar Fakten: 2013 wurden noch 573 Genehmigungsanträge für Windkraftanlagen eingereicht. 2015 waren es nur mehr 12. So würgt man die viel beschworene Bürgerenergie ab. Damit gibt man die regionale Wertschöpfung aus den Händen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt noch viel mehr Beispiele für eine verfehlte Energiepolitik Bayerns. Ich nenne nur Biogas. Biogas wurde als wichtiger Baustein der dezentralen Energieversorgung gepriesen. Biogas ist flexibel, seine Energie ist speicherbar, und für die CO₂-Bilanz ist es extrem wichtig. Die Forschung dazu müssen wir weitertreiben. Biogas ist eine der wichtigsten erneuerbaren Energien.

(Erwin Huber (CSU): Und den Strom holen wir aus Tschechien!)

Die Bauern werden bei der Gewinnung von Biogas wieder genauso allein gelassen wie damals bei der Rapsölproduktion. Zuerst wurden sie gefördert, dann wurden sie besteuert, und dann wurde die Rapsölproduktion wieder abgewürgt. Seien wir doch ehrlich, genauso war es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Erwin Huber (CSU): Ein bisschen Ahnung sollte man schon haben!)

Die ersten Altanlagen für die Biogasverbrennung fallen 2020 aus der Förderung. Es gibt keine Anschlussfinanzierung. Die Bauern draußen warten darauf. Strom aus Biogas ist rentabel, weil auch die Abwärme genutzt werden kann. Volkswirtschaftlich ist das enorm wichtig. Für die Leute, die ihre Anlagen an Biogas angeschlossen haben, ist es extrem wichtig zu wissen, wohin es geht. Beim Agrarministertreffen vor vier Wochen gab es wieder nur Lippenbekenntnisse. Ich bin darauf gespannt, ob auch Taten folgen. Nicht zum ersten Mal werden Landwirte mit dem Versprechen von staatlicher Förderung dazu gebracht, in klimafreundliche Technologien zu investieren. Ich habe es bereits gesagt: Allein mit den Ölmühlen hat man Landwirte in den Ruin getrieben. Zuerst hat man sie reingehetzt, dann hat man sie alleingelassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier kann sich auch die CSU in Bayern nicht auf den Bund rausreden; denn sie ist im Bund seit über zehn Jahren ununterbrochen mit an der Regierung. Der Bund droht sein nationales Klimaschutzziel für das Jahr 2020 deutlich zu verfehlen.

Woran liegt das? Jahr für Jahr steigt der deutsche Stromexportüberschuss in ungeahnte Höhen. Ein Exportüberschuss wäre nicht so schlimm, würde es sich dabei nicht um Kohlestrom handeln. Leider ist das aber der Fall. Durch den Zubau erneuerbarer Energien wurden die teureren Gaskraftwerke vom Markt gedrängt. Angedacht war aber, dass die erneuerbaren Energien die schmutzigen Kohlekraftwerke vom Markt drängen sollen. Das würde auch funktionieren. Mit dem Emissionshandel wurde das Ganze aber konter-

kariert. Jetzt haben wir das Ergebnis. Die größten und dreckigsten Klimakiller bleiben am Netz. Von den fünf dreckigsten Kohlemeilern in ganz Europa stehen drei in Nordrhein-Westfalen und einer in Sachsen. Der Strom, der dort produziert wird, soll über die neuen Stromtrassen, egal ob oberirdisch oder unterirdisch, nach Bayern transportiert werden. Das kann es doch nicht sein. Damit geben wir die Energieversorgung aus der Hand.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nicht nur die Stromwende, auch die Wärmewende kommt nicht voran. Die großen Potenziale liegen selbstverständlich in der Einsparung der Heizenergie. Auch hierfür gäbe es Techniken. 80 % der Wärme einzusparen, wäre möglich. Es ließe sich viel mehr tun, um diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Wie immer die Energie erzeugt wird, es macht keinen Sinn, sie durch schlecht isolierte Fenster und Dächer nach draußen zu blasen. Dort mit einer Förderung anzusetzen, wäre eine Aufgabe der Staatsregierung. Dort könnten wir Energieeffizienz am besten erreichen.

Große Potenziale liegen auch bei den Kommunen. Wir FREIE WÄHLER hatten einen Antrag auf ein bayerisches Förderprogramm eingebracht. Leider wurde er abgelehnt. Das Bewusstsein und der Wille, etwas zu tun, sind in den meisten Städten und Gemeinden vorhanden. Allerdings fehlen die Mittel dazu. Diese Vorhaben zu unterstützen, wäre eine Aufgabe der Staatsregierung. Eine Förderung durch den Freistaat wäre unbedingt notwendig. Die Staatsregierung hat immer wieder betont, dass Bayern mit diesem Sonderprogramm Vorreiter bei der Sanierung sein will. Dann machen Sie es auch. Seien Sie Vorbild! Setzen Sie ein Zeichen, und geben Sie den Kommunen mehr Geld.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man private Immobilienbesitzer dazu bringen will, mit der Sanierung ihrer Häuser zum Energiesparen und zum Klimaschutz beizutragen, brauchen wir nicht nur Vorbilder, sondern auch konkrete Anreize. Auch hier stünde die Staatsregierung in der Pflicht zu handeln.

Bei der Vermeidung von CO₂-Emissionen spielt der Verkehrssektor eine große Rolle. In der Industrie wurde eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes erreicht, ebenso in privaten Haushalten, im Energiesektor und in der Landwirtschaft. Nur im Verkehr wird nach wie vor zu viel CO₂ ausgestoßen. Die Thematik der Elektroautos haben meine Vorredner bereits angesprochen. Bedauerlicherweise ist es wahr, dass hier noch sehr viel getan werden muss.

Ein verheerendes Signal für Bayerns Klimapolitik wäre es, wenn die Staatsregierung und die CSU-Mehrheit im Landtag weiter am Bau der dritten Startbahn am Flughafen festhalten würden. Was würde denn passieren, wenn der Flughafen noch mehr Kapazitäten hätte? - Wir alle wissen, dass der Konkurrenzkampf unter den Fluggesellschaften gnadenlos ist. Die Airlines würden diese Kapazitäten nur dazu nutzen, noch mehr Angebote zu schaffen, die darauf abzielen, der Konkurrenz Marktanteile zu nehmen. Erst diese Woche kam die Nachricht, dass ein holländischer Billigflieger die Lufthansa mit jährlich 6.000 Flügen ab München angreifen möchte. Ob ihm dies gelingt, ist fraglich. Dann gäbe es noch mehr Angebote auf Strecken, die eigentlich schon ausreichend bedient sind. Damit gäbe es noch mehr Flüge, die eigentlich nicht gebraucht werden, noch mehr Ausstoß von CO₂ und noch mehr klimaschädliche Gase.

Mich freut es, dass der Herr Ministerpräsident hier ist und dadurch die Diskussion über den Klimaschutz aufwertet. Das ist wichtig. Er hat erkannt, dass wir hier in Bayern bei der flugtechnischen Mobilität an Grenzen gestoßen sind. Das, was wir auf diesem Gebiet haben, reicht. Mehr brauchen wir hier nicht.

Meine Damen und Herren von der CSU, angeblich sollen 66 Abgeordnete bei einer Unterschriftensammlung mitgemacht haben, mit der gefordert wurde: Wir brauchen sie doch, die dritte Startbahn!

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Meldet euch mal!)

- Ja, die sollten sich melden. Vielleicht spüren sie ihren Zwiespalt an ihren Händen. Als sie vorhin bei der Rede der Frau Ministerin Scharf geklatscht haben, hätten ihnen eigentlich die Finger brennen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Wenn man darüber redet, dass wir Klimaschutz brauchen, muss man auch politisch seinen Beitrag dazu leisten. Es sollte nicht nur bei Geschwätz bleiben, sondern es sollte entsprechend gehandelt werden.

Die Staatsregierung unternimmt einiges für den Hochwasserschutz. Sie nimmt dafür sehr viel Geld in die Hand, vor allem für den technischen Hochwasserschutz und die Flutpolder. Doch man sollte prüfen, ob man nicht besser die Kommunen mit Geldern unterstützen sollte. Sie wissen, wo es draußen Probleme gibt. Die Kommunen wissen, wo angesetzt werden muss, wenn bei Schlagwasser große Überschwemmungen entstehen. Die Kommunen wissen am besten, wo man das Geld am vernünftigsten einsetzt. Es ist nicht sinnvoll, mit zig Millionen oder Milliarden Euro

Flutpolder zu bauen und dadurch teilweise in einem Umfang in die Planungshoheit von Gemeinden einzugreifen, dass sie sich nicht mehr entwickeln und nicht mehr miteinander leben können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Einiges hat sich getan in Bayern; aber es darf sich noch viel, viel mehr tun. Das gilt für viele Anstrengungen im Freistaat. Wir sollten und wir müssen vor Ort den Klimaschutz unterstützen. Frau Scharf - das sage ich auch mit einem Blick auf Ihre Kollegin, die Frau Ministerin Aigner -, ohne eine schlüssige, zukunftsorientierte Energiepolitik sind alle Anstrengungen für den Klimaschutz vergeblich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER haben dafür Ideen entwickelt und Vorschläge gemacht. Orientieren Sie sich daran! Dann ist Bayern auf einem guten Weg, und Sie werden eine gute Energiepolitik für unser Land machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Verbleiben Sie bitte am Rednerpult. – Jetzt folgt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Kirchner. Bitte.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Zierer, Sie und auch der Kollege Rinderspacher sind sehr plakativ über das Thema 10-H-Regelung und Windkraft hinweggegangen. Ich bitte Sie: Nennen Sie mir einmal ganz kurz die Kriterien für den Bau einer Windkraftanlage in der heutigen Zeit! Auf welcher Grundlage beruht die Entscheidung dafür? Erklären Sie mir bitte auch, weshalb aufgrund der 10-H-Regelung keine Windkraftnutzung mehr möglich ist.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sehen wir ja an der Auswertung!)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Das habe ich bereits verdeutlicht. Denken Sie allein an die Anträge, die gestellt werden konnten. Die Planungshoheit der Gemeinden wird beschnitten.

(Erwin Huber (CSU): Ist doch gar nicht wahr! Sie haben doch gar keine Ahnung! – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

- Selbstverständlich ist das wahr. Warum haben wir dann nicht mehr Anträge? Herr Huber, vielleicht haben Sie sich durch Ihre parlamentarische Arbeit inzwischen zu weit von den Kommunen entfernt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Hören Sie sich doch die Sorgen der Bürgermeister an! Gehen Sie hinaus in die Gemeinden! Die Gemeinden, die Kommunen haben ihre Hausaufgaben gemacht. Jede Gemeinde wollte sich an der Energiewende beteiligen, doch sie sind ausgebremst worden. Sie werden immer wieder ausgebremst. Gehen Sie bei Wacker mit der Besteuerung runter! Gehen Sie in Ihrem Landkreis zum Bürgermeister!

(Widerspruch des Abgeordneten Erwin Huber (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU)

Wir haben sehr gute Standorte. Wir hätten auch weiterhin sehr gute Standorte. Ich hoffe nur, dass die Klage von uns und der SPD erfolgreich ist. Dann können wir diesen Weg weitergehen. Dann können wir wieder Energie in Bayern erzeugen und brauchen uns nicht den dreckigen Kohlestrom über Leitungen, die keiner haben will, nach Bayern liefern zu lassen. Das ist doch das Entscheidende, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Richtig! Bravo! Jetzt habt ihr es gehört! – Widerspruch bei der CSU)

- Lenken Sie nicht mit Einwüfen von Ihrem eigenen Versagen ab! Arbeiten Sie fleißig an der Energiewende! Davon kann Bayern nur profitieren.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt beruhigen sich die Gemüter bitte wieder etwas. – Ich darf jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Kollegen Stümpfig das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Staatsministerin! Zu Beginn der Aussprache habe ich mich schon gefragt, was der Fall Bayern-Ei mit dem Klimaschutz zu tun hat. Herr Rinderspacher, welchen Beitrag zur Klimaüberhitzung haben die Salmonellen? Das müssen Sie mir mal erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sollten uns heute auf das Thema Klimaschutz konzentrieren. Für alles andere gibt es Dringlichkeitsanträge.

In Ihrer Regierungserklärung, Frau Ministerin Scharf, hat mir die Überzeugung gefehlt. Sie haben von Herz-

blut gesprochen; aber Ihre Rede erschien mir einfach blutleer. Ich habe nicht erkennen können, dass Sie überzeugt sind und für das Thema brennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, im Zuge des Klimawandels werde es bis zu 4,5 Grad wärmer. Das ist eine Hammernachricht; anders kann man es nicht nennen. Sie bestätigt alle Prognosen, die wir bereits kennen. Sie tragen das vor, als würden Sie aus dem Telefonbuch vorlesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei steht dahinter eine enorme Brisanz. Sie haben von der CSU-Fraktion nur sehr wenig Applaus bekommen. Vielleicht sind die CSU-Abgeordneten in Schockstarre; das würde ich noch begrüßen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Dabei ist wohl das Gegenteil der Fall: All das lässt die CSU ziemlich kalt. Doch wir müssen uns diesem Thema verstärkt zuwenden und noch viel mehr darüber diskutieren.

Bei der Debatte fiel mir auch auf, dass Ihre Ziele ganz weit in der Ferne liegen. Sie sprechen von Zeiträumen bis 2020, 2030 oder bis zum Ende des Jahrhunderts. Herr Huber hat es geschafft, die weltweiten Probleme zu beschreiben. Das ist alles gut und schön. Aber was machen wir denn in Bayern? Wo bleiben denn Ihre Konzepte für Bayern? Die habe ich heute sehr vermisst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich und meine Fraktion sind der festen Überzeugung, dass wir vor unserer eigenen Haustüre kehren müssen. Wir müssen erst einmal prüfen, was hier möglich ist. Dann können wir sagen: Jawohl, diese Maßnahmen können wir auch in die Welt exportieren; da sind wir Vorreiter; da wollen wir dranbleiben.

Heute führen wir wieder eine Diskussion um die 10-H-Regelung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen doch, dass dieses Vorhaben komplett den Bach runterging. Herr Kirchner, bitte! Wo sind wir denn? – Momentan werden in allen Gemeinderäten bayernweit die Abstimmungen über den Bau neuer Windkraftträder verloren. Das ist Ihre Energiepolitik; sie ist gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch des Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU))

Die Klimaüberhitzung – das Wort Klimawandel ist viel zu harmlos – bedroht unser Leben hier in Bayern. Es

geht hier nicht nur um Eisbären in der fernen Arktis, nicht um Gletscher in Bolivien, sondern um die Zahl von 31 Hitzetagen heuer in Bayern, um die Überfüllung der Notaufnahmen im Sommer und um die Zunahme der Zahl der von Herzerkrankungen Betroffenen bis Ende des Jahrhunderts um das Zweieinhalb- bis Fünffache, wie eine Schriftliche Anfrage vom Herrn Kollegen Magerl und mir ergeben hat. Es gibt also wirklich Auswirkungen hier in Bayern. Wie leichtfertig das manche Menschen hinnehmen, wurde mir erst neulich bewusst, als ich Radio gehört habe und der Radiomoderator gesagt hat: Ich liebe den Klimawandel. So leichtfertig, wie dieser Moderator damit umgeht, so leichtfertig gehen auch Sie manchmal mit dieser Thematik um, liebe CSU-Staatsregierung und liebe CSU-Fraktion; so kommt es mir vor. Sie verharmlosen weiterhin, was man alles machen müsste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Regierungserklärung benennt heute die Folgen und beschreibt die Situation. Frau Scharf, dafür danke ich Ihnen. Wir danken Ihnen, dass Sie dieses Thema heute zur Sprache bringen. Was uns aber fehlt, das sind die Konsequenzen, die sich aus dieser Darstellung heraus ergeben. Was folgt also aus diesen ganzen Bekenntnissen? – In der Vergangenheit wurden Arbeitskreise gegründet. Sie haben Enquete-Kommissionen installiert und das Programm "Energie innovativ" beschlossen. Was ist daraus geworden? – Das meiste hat sich in Luft aufgelöst oder wurde wieder eingestampft. Wir fragen: Wo bleiben die Aktivitäten der Staatsregierung, die wirklich einen Rückgang der Treibhausgase bewirken? Wo bleibt der Schutz der den Kohlenstoff speichernden Böden? – Fehlanzeige. Wo eine Reduzierung der Klimagase in der Landwirtschaft? – Fehlanzeige. Wo eine Reduzierung der Transporte und der Verkehrsleistung? – Fehlanzeige. Wo eine Durchforstung der staatlichen Förderung auf Fehlanreize wie beispielsweise Schneekanonen? – Auch das wird nicht getan. Wo eine konsequente Einführung von Klimaschutzbemühungen bei den Umwelt- und Klimapartnern? – Fehlanzeige. Wo eine Vorbildfunktion der Staatsregierung beim Einsparen von Wärme und Energie? – Auch hier: Fehlanzeige. Abschließend aber die Krönung: Wo bleiben ernsthafte Ziele bei den erneuerbaren Energien im neuen Energieprogramm? – Hier ist von Ihnen, Frau Ministerin Aigner, nur eine absolute Fehlanzeige feststellbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so können wir der Klimaüberhitzung aber nicht die Stirn bieten. Sie, Frau Scharf, sprechen von Mut und von Ihrer Vorstellung von Verantwortlichkeit. Ich weiß wirklich nicht, wie angesichts dieser Aufzählung, die ich gerade ge-

macht habe, überhaupt von Mut gesprochen werden kann. Was hat das mit Mut zu tun? Was hat das mit Verantwortung zu tun? Was hat das mit Regierungsverantwortung zu tun? – Rein gar nichts!

(Beifall bei den GRÜNEN)

So werden es nur vollmundige Bekenntnisse bleiben, wie das "Klimaprogramm Bayern 2020", das vor Jahren großmundig verabschiedet wurde. Es ist aber seit dem Jahr 2013, also seit zwei Jahren, finanziell trockengelegt.

Ich möchte noch zwei bis drei Beispiele aus der Praxis nennen. Sie haben die Klimaallianz erwähnt und die Vereinbarung mit der ANU, der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung. Sie wurde vor drei Jahren getroffen. Es wurde vereinbart, vier bis fünf Modellprojekte umzusetzen im Rahmen des Modellprojekts Klimanetze "Lernende nachhaltige Region". Da steht aber der Zusatz dabei: soweit Mittel zur Verfügung stehen. Offensichtlich standen die Mittel nicht zur Verfügung; denn es ist nichts passiert, es sind wohl keine Mittel vorhanden. Das ist Ihr Beitrag zur Umweltbildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderer Aspekt ist der 12-Punkte-Plan der Staatsregierung mit dem BUND Naturschutz und dem Landesbund für Vogelschutz – LBV: 20 % Stromeinsparung bis zum Jahr 2020. Was stellen wir heute fest? – Wir verbrauchen in Bayern heute weitaus mehr Strom als in der Vergangenheit. Im Jahr 2000 haben wir noch 73 Terawattstunden verbraucht, jetzt sind es 86 Terawattstunden. Das sind ungefähr 20 % mehr, Frau Aigner, als noch vor 15 Jahren. Der Pakt, den man damals geschlossen hat, das 12-Punkte-Papier mit dem Ziel, 20 % weniger zu verbrauchen, das haben Sie einfach umgedreht. Derzeit sind es 20 % mehr Stromverbrauch in Bayern. Das ist Ihre Vorstellung von Energiepolitik. Das ist die bayerische Energiepolitik. Sie versagen auf ganzer Linie!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den CO₂-Minderungszielen: Die bayerische Klimapolitik ist durch und durch träge. Es gibt kein klares Ziel, vor allem aber gibt es kein ehrliches Ziel. Damit sind wir auch schon beim nächsten Punkt. Sie, Frau Scharf, haben als Credo ebenfalls Ehrlichkeit. In puncto Ehrlichkeit müssen wir aber sagen, dass wir in der Vergangenheit die guten CO₂-pro-Kopf-Werte mit einem gewaltigen Atommüllberg erkaufte haben. Momentan erkaufen wir sie uns immer noch mit der Produktion von hoch radioaktivem Atommüll. Diese Zeiten sind aber zum Glück vorbei, und dazu haben wir

von den GRÜNEN beigetragen. Endlich steigen wir aus der Atompolitik aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Energieprogramm, Frau Aigner, sagt als Ziel für die nächsten 10 Jahre eine Reduktion auf 6,1 bis 5,5 Tonnen voraus. Dieses Ziel ist aber vollkommen unzureichend. Außerdem muss man ganz klar sagen, dass das eine Lüge ist. Sie bilanzieren nämlich nur die Emissionen, die bei uns hier im Land entstehen. Wir werden aber im Jahr 2025 50 % unseres Stroms importieren, und dafür haben wir erst kürzlich wieder eine schriftliche Bestätigung vom Ministerium erhalten. 2025 werden wir 50 % unseres Stroms importieren. Das heißt, wir werden unter anderem Braunkohlestrom nach Bayern bekommen, wenn CSU, SPD und CDU nicht endlich den Kohleausstieg schaffen.

Heute gab es dazu einige Anmerkungen von Ihnen, wonach Sie aus der Kohle heraus wollen. Das war aber alles etwas halbherzig. Bitte, Große Koalition, machen Sie endlich Nägel mit Köpfen: Der Ausstieg aus der Kohle ist ganz, ganz wichtig. Wenn Sie das nicht schaffen, dann haben wir auch weiterhin ganz hohe Emissionen in Bayern. Wenn man das hochrechnet, dann sind es eben nicht fünf oder sechs Tonnen, sondern dann kommen noch zwei Tonnen dazu aufgrund des dreckigen, nach Bayern importierten Kohlestroms.

Wenn Sie jetzt noch ehrlich sind – und da sind wir wieder beim Thema Ehrlichkeit –, dann müssen Sie auch die nicht energiebedingten CO₂-Emissionen bilanzieren. Das passiert in Bayern bislang überhaupt nicht. Herr Staatsminister Brunner ist im Moment leider nicht anwesend. Frau Scharf, das müssen Sie durchsetzen. Wir brauchen eine CO₂-Bilanz, die auch die Landwirtschaft einbezieht. Da sind wir nämlich mittlerweile bei 20 bis 24 Millionen Tonnen aus der Landwirtschaft. Also kommen noch einmal zwei Tonnen pro Kopf dazu. Dann sind wir ungefähr bei 10 Tonnen. Das wäre eine ehrliche Bilanz. Davon müssen wir herunter. Dann können wir darüber diskutieren, welche Maßnahmen wir brauchen. Eine ehrliche Bilanz ist für uns Grundvoraussetzung; deshalb unser Antrag. Wir brauchen nicht nur eine Quellenbilanz zur CO₂-Bilanzierung, sondern wir brauchen eine Verursacherbilanz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung glänzt momentan insbesondere bei der Erstellung von Statistiken, aber nicht dort, wo es unseren Kindern und Enkeln wirklich hilft. Die sind es nämlich, die mit den Folgen dessen leben müssen, was wir heute entscheiden.

In Paris wird über ein existenzielles Menschheitsproblem verhandelt. Die CSU-Staatsregierung hat dazu leider nichts beizutragen, im Gegenteil. Für die Klimapolitik erwärmt sich leider kein Regierungsmitglied. Man sieht das auch; denn die Regierungsbank ist relativ spärlich besetzt. Stattdessen gibt es lange und hitzige Diskussionen über den Bau der dritten Startbahn. Frau Umweltministerin Scharf, wir begrüßen es, dass Sie in Paris anwesend sind. Wir begrüßen es – das habe ich eben schon erwähnt –, dass Sie dieses Thema aufgreifen und dass es Ihnen persönlich wichtig ist. Gleichwohl müssen wir ehrlich fragen: Was können wir erwarten? – Von Ihnen als Umweltministerin erwarten wir einiges mehr, als Sie liefern. Das liegt natürlich auch an der Konstellation Ihres Umweltministeriums, dessen politischer Einfluss unter der Nachweisgrenze bleibt. Wir fragen: Was kann ein Umweltministerium, dessen politisches Gewicht leichter ist als eine Daunenfeder, wirklich bewirken? – Hier sind wirklich Mängel im System gegeben. Die Aufgabenverteilung innerhalb der Staatsregierung ist so gestrickt, dass die Gewinnmaximierung und die Rendite vorne stehen. Unsere grüne Botschaft ist hier klar: Die Wirtschaft muss dem Menschen nutzen und nicht der Mensch der Wirtschaft. Die Gesundheit der Menschen, der Schutz der Bürger, der Schutz der Natur stehen für uns ganz vorn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Umweltministerium sind Sie zwar für die Klimapolitik zuständig, aber für die ganzen Bereiche, in denen die Klimagase emittiert werden, sind Sie nicht zuständig, Frau Ministerin Scharf. Verkehr und Energie ist im Wirtschaftsministerium angesiedelt, der gesamte Baubereich im Innenministerium, die Landwirtschaft im Landwirtschaftsministerium. Wenn wir schon bei der Landwirtschaft sind: Herr Staatsminister Brunner, der heute leider nicht anwesend ist – vielleicht befindet er sich in einer Schockstarre –, müsste angesichts der genannten Zahl 4,5 Grad mehr in Bayern aufschreien. 4,5 Grad mehr in Bayern – das ist für unsere Land- und Forstwirtschaft eine echte Katastrophe. Da können wir mit den derzeitigen Bewirtschaftungsmethoden einpacken; dann können wir uns vielleicht überlegen, ob wir in Bayern aride Agroforstwirtschaftsmaßnahmen machen. So hat unsere derzeitige Land- und Forstwirtschaft auf jeden Fall keine Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das bayerische Umweltministerium hat zu diesen fatalen Entwicklungen in Bayern anscheinend keine Meinung und auch keine Kompetenz. Insofern sind Sie, Frau Scharf, leider etwas zu bemitleiden; denn das Problem sitzt woanders: Es sind die führenden

Kräfte in der CSU, einschließlich des Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Seehofer, der keinen Finger für den Schutz des Erdklimas rührt und keinen Plan und kein Konzept hat, wie der Beitrag Bayerns zur globalen Verantwortung aussehen könnte. Ich nehme Sie beim Wort: Risiken erkennen und Risiken beheben! Herr Seehofer ist für uns das personifizierte Klimarisiko.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage Sie deshalb: Wann wachen Sie auf? Wann wacht die CSU-Fraktion auf? Wann wacht die Große Koalition in Berlin auf und entscheidet endlich über den Kohleausstieg? – Die Überhitzung des Erdklimas macht an unseren Grenzen nicht halt. Wir spüren sie bereits am eigenen Leib: das Hochwasser in Deggen-dorf und Passau im Jahr 2013, momentan eine Trockenheit in Franken, wie wir sie noch nicht erlebt haben, 2015 war das heißeste Jahr, die Quellen der Pegnitz waren über Monate versiegt, die Quelle der Eger ebenfalls. In meiner Region im westlichen Mittel-franken schaut es kein bisschen besser aus. Trinkwassermangel im Bayerischen Wald, Mitterfirmians-reut im Landkreis Freyung-Grafenau und Sonnen im Landkreis Passau wurden mit Tankfahrzeugen belie- fert. Von Sonntag bis Dienstag haben sie wieder 100 Liter pro Quadratmeter Niederschlag bekommen. Vom Vertrocknen gehen sie direkt über ins Ersaufen. Das können Klimaauswirkungen sein, wie wir sie in Zukunft noch viel, viel mehr werden spüren müssen. Dagegen müssen wir gemeinsam ankämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fragen uns: Was muss noch passieren, damit Sie endlich aufwachen? Muss Passau absaufen? Müssen die Weihnachtsbäume in Bayern allesamt vertrock- nen? Muss die Asiatische Mücke in der Staatskanzlei einfallen? – Die Asiatischen Mücken bringen vielleicht den einen oder anderen Minister endlich in die Gänge. Trotzdem sind das Auswirkungen, die wir nicht haben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Conclusio sage ich noch einmal: Die Klimapolitik erfordert ein grundsätzliches Umdenken, und dazu ist die Bayerische Staatsregierung nicht bereit. Baye- rische Klimapolitik funktioniert eben nicht, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien gestoppt wird und Braunkohlestrom importiert wird, wenn Flughäfen aus- gebaut und noch mehr neue Straßen gebaut werden, wenn der Flächenverbrauch nicht begrenzt wird und an unseren Stadträndern weiterhin Supermarktketten in die Höhe sprießen, unsere Innenstädte veröden und Herr Minister Söder die Landesplanung als "Mo- nopoly" versteht. Bayerische Klimapolitik funktioniert

auch nicht, wenn die Biolandwirtschaft nicht massiv gefördert wird und Monokulturen, industrialisierte Landwirtschaft und der Energiebedarf in der Landwirt- schaft weiterhin keine Themen sind, wenn Schneeka- nonen weiter gefördert werden, obwohl Ihr Klimare- port, Frau Scharf, nochmals bestätigt, dass sich die Schneeverhältnisse um rund 1.000 Meter nach oben verschieben. Sehr geehrte Damen und Herren, die bayerischen Berge werden nicht so wachsen wie die leeren Versprechungen der CSU-Staatsregierung und ihre Selbstbeweihräucherung. Deshalb: Stoppen Sie den Wahnsinn mit den Schneekanonen, und schauen Sie den Tatsachen endlich in die Augen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern Sie auf, Frau Scharf: Entwickeln Sie eine Gesamtstrategie, setzen Sie sich den Hut auf, und er- stellen Sie ein Klimaschutzgesetz, das klare Hand- lungsvorgaben macht, erstellen Sie ein integriertes Konzept, an dem man wirklich sieht, wo wir momen- tan liegen, wie der Bestand ist, wo die Potenziale und wo die Maßnahmen sind, was noch konkretisiert wer- den muss. Wir brauchen die Verursacherbilanz; das habe ich eben schon erwähnt.

Jetzt gilt es, Maßnahmen zu ergreifen. Bayern muss ein verbindliches Ziel formulieren; das haben wir noch nicht. Wir müssen Etappen festlegen, die nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag reichen, sondern zeitnah liegen. Bis zum Ende der Legislaturperiode wäre zum Beispiel eine sinnvolle Etappe. Wir müssen Parame- ter festzurren und alle drei Jahre kontrollieren, wo wir stehen. Das fehlt momentan komplett: ein Controlling, ein Monitoring.

Also hier noch einmal unsere Forderungen: an die Staatsregierung die Forderung zur Umstrukturierung des Umweltministeriums. Es braucht einfach mehr Kompetenzen, wenn wir aktiven Klimaschutz leisten wollen. Die Umweltbildung müssen wir so ausbauen, dass wir die Menschen in Bayern wirklich erreichen. 800.000 ist ein guter Beginn, aber da müssen wir noch viel, viel mehr machen. Frau Scharf, wir brau- chen endlich ein Klimaschutzgesetz, wir brauchen eine ehrliche CO₂-Bilanz, ein Monitoring, das auch die Landwirtschaft einbezieht.

Die Moorrenaturierung ist heute noch nicht genannt worden; das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt. Da wäre es schon sehr hilfreich, wenn das Ministerium ganz genau hinschauen würde, wo Grünland umge- brochen wird, wo weiterhin in Ackerland umgewandelt wird. Hohe Emissionen werden entstehen. Die Moor- renaturierung ist also ein ganz wichtiger Punkt.

Wir sind der Auffassung, dass die Klimakonferenz in Paris ein Erfolg werden muss. Das ist bitter nötig;

denn nur mit einem Erfolg haben wir die Hoffnung, dass wir die Klimaüberhitzung noch einigermaßen in den Griff bekommen können. Das Fenster schließt sich. Wir müssen heute schnell und entschlossen handeln.

Bayern kann die Welt nicht retten; das ist uns allen klar. Wir können aber ein Vorbild für die Welt sein. Wir können zeigen, wie Wohlstand, Schutz des Klimas und Verantwortung für die gemeinsame Welt zusammengehen: nämlich mit politischem Willen und der Kreativität der Menschen. Wir können es schaffen, wir müssen es nur wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Hofmann gemeldet. Bitte, Herr Kollege.

Michael Hofmann (CSU): Lieber Herr Kollege Stümpfig, Sie haben mehr Ehrlichkeit in der Klimapolitik angemahnt, Sie haben den Ausstieg aus der Kohleverstromung gefordert. In Bayern können wir das alles machen. Ich will aber darauf hinweisen, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen unter Mitverantwortung der GRÜNEN massiv dagegen gewehrt hat, aus der Kohleverstromung auszusteigen.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das heißt, Sie müssten Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen so weit bringen, dass sie sich von der Kohleverstromung abwenden. Mich würde interessieren, was Sie persönlich unternehmen, damit wir das hinbekommen. – Mit uns kann man das jederzeit machen. Zur Ehrlichkeit gehört auch, Herr Kollege, anzusprechen, dass Sie sich in Ihrer Partei mit dieser Position nicht durchsetzen können.

(Beifall bei der CSU)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Hofmann, ich habe es in meiner Rede erwähnt: Ich möchte heute über Bayern sprechen und nicht über andere Bundesländer.

(Zurufe von der CSU: Ah!)

Wir müssen vor unserer eigenen Haustür kehren; da hätten wir einiges zu tun. In Bayern kommen die CO₂-Emissionen zu 46 % aus der Wärmeerzeugung, zu 39 % aus dem Verkehr und nur zu 15 % aus der Stromerzeugung. Diesen Anteil von 15 % könnten wir nahezu halbieren, wenn wir die Steinkohlenutzung in Bayern abschaffen würden. Das sind klare Voraussa-

gen. Wir könnten das Kraftwerk Zolling abschalten; wir brauchen es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind Ihre Hausaufgaben, die Sie als CSU-Staatsregierung machen müssen. Eine massive CO₂-Einsparung in der Kohlekraft ist hier möglich. Sie sollten nicht immer in andere Bundesländer schauen und sagen, diese und jene sollen etwas tun. Natürlich müssen wir bundesweit aus der Kohlekraft aussteigen. Was aber hat Herr Seehofer am 01.07. in Berlin gemacht? – Da war er anscheinend sehr zufrieden, als er nach Hause kam und im Gepäck zwei mögliche Gaskraftwerke für Bayern hatte. Als es darum ging, Hartz IV für die Kohlekraft zu beschließen, war er wahrscheinlich relativ still und hat nichts dazu beigetragen. Das Bundesland Bayern müsste in Berlin doch eine ganz laute Stimme für den Kohleausstieg haben. In Bayern liegt keine Kohle im Boden. Deswegen müsste die Stimme der CSU ganz laut sein. Was aber hört man? – Schweigen im Walde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Brendel-Fischer das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sich an den Klimawandel anzupassen, ist das eine, etwas dagegen zu tun, das andere. Wir müssen in Bayern beides leisten: Wir müssen weiterhin engagiert durch Forschung und Entwicklung Alternativen zu klimaschädlichen Materialien, Verfahren und Techniken auf den Weg bringen, und gleichzeitig müssen wir den Umgang mit den veränderten klimatischen Rahmenbedingungen wahrnehmen und notwendige Anpassungen vollziehen.

Klimaschutz ist ein wichtiger Bestandteil bayerischer Umweltbildung – sie ist heute überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen –, ob in den 53 Umweltstationen oder den zahlreichen Einrichtungen und Netzwerken, die sich der Umweltbildung verschrieben haben. Energie- und Klimaprojekte rangieren nämlich mittlerweile auf der Angebots- und Nachfragepalette ganz oben, insbesondere in der Jugendarbeit. Um diese Arbeit anspruchsvoll auszufüllen, wurde bereits seit 2006 das Qualitätssiegel "Umweltbildung Bayern" 150 Mal verliehen. Die ausgezeichneten Partner führen jedes Jahr über 30.000 Veranstaltungen durch und erreichen an die 800.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Bis zum Jahr 2020 soll aufgrund einer besseren Mittelausstattung des Ministeriums noch einmal deutlich zugelegt werden.

Im Rahmen von Projekten liegt bei der Auseinandersetzung mit Natur und Umwelt vor allem – das ist heute auch noch nicht so zur Sprache gekommen – auf unseren Konsumgewohnheiten und Lebensstilen ein Schwerpunkt. Da geht es beispielsweise um die Vorteile regionaler Wirtschaftskreisläufe, den klimafreundlichen Einkauf von Lebensmitteln, aber auch von Kleidung, um Urlaubsgewohnheiten, um Werterhalt insgesamt und um Gewohnheiten bei der eigenen Mobilität.

Herr Rinderspacher, Sie haben – das war lustig – einerseits die Flugbewegungen kritisiert und andererseits von Ihrer Reise in den Iran berichtet. Ich gehe davon aus, Sie waren nicht mit dem Fahrrad dort.

(Inge Aures (SPD): Mit dem Schiff!)

Klima- und Energiefragen sind auch an unseren Schulen zum Kernthema nicht nur in den Naturwissenschaften geworden. Nein, auch im Internet finden sich zahlreiche Portale, die bedarfsgerecht auf die bayerischen Lehrpläne zugeschnitten sind und geeignete Projektideen liefern.

Wir haben in Bayern seit kurzer Zeit auch ein Alleinstellungsmerkmal: In die Lehrpläne aller Jahrgangsstufen von 1 bis 10 ist über alle Schularten hinweg die Vermittlung von Alltagskompetenz integriert. Das wirkt auf diesem Feld sehr verstärkend.

Meine Damen und Herren, der größte Klimaschützer in Bayern ist unser Wald. Auf einem Drittel unserer Landesfläche – das sind 2,5 Millionen Hektar – stehen circa fünf Milliarden Bäume. Auf jeden von uns Bayern kommen also ungefähr 2.000 m² Waldfläche. Damit verfügt der Freistaat über einen riesigen Kohlenstoffspeicher. Bei einem Festmeter Holz – viele wissen das nicht – entzieht ein Baum der Luft eine Tonne CO₂. Daraus erzeugt er 750 kg Sauerstoff und bindet 250 kg Kohlenstoff. Trotz guter Holzpreise verzeichnen wir mehr Zuwachs als Einschlag. Da kursieren in der Öffentlichkeit immer Vorurteile und Unwahrheiten. Bayerns Waldfläche ist nicht geschrumpft. Nein, sie ist in den letzten Jahren gewachsen. Wir haben gute Holzvorräte. Der Baustoff Holz erfährt ein Comeback.

Ich komme zu der von Herrn Stümpfig erwähnten Moorrenaturierung. Der biotoptypische Wasserstand konnte seit 2008 im Rahmen des Klimaschutzprogramms in 19 Moorkomplexen auf einer zusammenhängenden Fläche von über zehn Hektar Größe wieder erreicht werden. Sechs Moore von weniger als zehn Hektar Fläche wurden vollständig renaturiert. An weiteren, kleineren Standorten wurden entsprechende Maßnahmen vorgenommen.

Wie kaum eine andere Branche ist die Landwirtschaft – das wurde angesprochen – sehr stark vom Klima abhängig. Wir erleben das gerade im Norden Bayerns in diesem Jahr. Lang anhaltende Trockenperioden bei gleichzeitigem Temperaturanstieg bereiten den Bewirtschaftern natürlich Sorge. Deshalb ist gerade vonseiten der Landwirtschaft das Bestreben groß, dem Klimawandel zu begegnen. Dies zeigt sich auch an Zahlen. In den letzten 25 Jahren wurden die Treibhausgasemissionen in der deutschen Landwirtschaft um fast 25 % gesenkt. Weitere Reduktionsziele für Lachgas und Methan stehen an. In gewisser Weise lassen sich aber in der Landwirtschaft nicht alle Daten zurückfahren, weil es sich um natürliche Kreisläufe handelt. Von daher ist da nicht so viel zu machen wie vielleicht in anderen Bereichen.

Beim Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm wurde ein eigener Schwerpunkt Klimaschutz eingerichtet, in dem momentan rund 20.000 Landwirte auf einer Fläche von 500.000 Hektar Maßnahmen beantragt haben. Das zu dem Stichwort Agrarsteppe. Eine spezielle Maßnahme sieht dabei beispielsweise die Umwandlung von Acker- in Grünland vor. Das ist eine wünschenswerte Entwicklung. Die bayerischen Bauern stehen insgesamt – das muss allen Fraktionen bewusst sein – für nachhaltiges Wirtschaften, für kurze Wege und für regionale Kreisläufe. Wir alle wissen ihr großes Engagement bei der Energiewende vor Ort zu schätzen. Biomasse ist aktuell der wichtigste erneuerbare Energieträger in Bayern.

Bewusstsein anzubahnen und Haltungen zu verändern, gelingt am ehesten vor Ort. Deshalb greifen trotz des vorhandenen Energieengagements von Einzelpersonen, Betrieben und Bürgergenossenschaften viele Kommunen das Thema Klimaschutz auf. Es gibt zahlreiche Initiativen vonseiten des Freistaates, der unterschiedlichen Ministerien, zum Beispiel Klimaschutzkonzepte, aber auch Energiekonzepte zu fördern. Insbesondere für den nationalen Klimaschutz gibt es aktuell ein eigenes ganzheitliches Klimschutzmanagement, das einige Landkreise in Bayern auch konstruktiv angehen. Da geht es um mehr Sensibilität für das Energiesparen, aber auch um die konkrete Planung und Umsetzung einschlägiger Projekte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anstrengungen und Erfolge der Bayerischen Staatsregierung und der CSU werden vonseiten der Opposition immer infrage gestellt. Demgegenüber weise ich darauf hin, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern gut aufgestellt sind. Unsere Energiewende ist am Laufen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Die läuft gerade weg!)

Wenn Sie hier mit Mecklenburg-Vorpommern kommen, dann berücksichtigen Sie doch beim Vergleich mit dem Freistaat einmal die geografische Lage dieses Landes und seine Windkraftmöglichkeiten.

Zum Biogas, Herr Kollege von den FREIEN WÄHLERN: Sie wissen sicherlich auch, dass man jetzt in die Direktvermarktung einsteigen kann. Das machen Biogasbetreiber bereits. Von daher ist keine Gefahr in Verzug.

Der Wärme- und Mobilitätsbereich wurde heute wiederholt angesprochen. Uns ist bewusst, dass er fast 70 % des Energieverbrauchs ausmacht. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass Bayern das einzige Bundesland ist, das mit einem 10.000-Häuser-Programm zur Wärmewende beiträgt. Bei der Mobilität geht es nicht nur um den Elektrosektor; es geht auch um Optionen, was Biokraftstoffe angeht. Wir haben hier entsprechende Mittel für die Forschung eingestellt. Es gibt auch einschlägige Aktivitäten unserer Wirtschaft, unserer Hochschulen und außeruniversitärer Kooperationspartner. Dringend erforderlich ist eine deutliche Nachsteuerung im nächsten EEG, die in den Bereichen Abhilfe schafft, wo es nicht so läuft.

Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang bayerische Unternehmen hervorheben, die sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht haben, Klimaschutz durch nachhaltige Investitionen zu etablieren. Es gibt natürlich Unternehmen, die sich eine gewisse Klimagerechtigkeit wünschen. Sie brauchen nur den Strompreis bei uns und in anderen Ländern und die internationalen Wettbewerbsbedingungen anzuschauen. Da gibt es große Unterschiede. Ich wundere mich über den einen oder anderen Redner, der meint, wir Bayern lebten unter einer Käseglocke und hätten mit anderen Staaten und Wirtschaftskreisläufen nichts zu tun. Klimaschutz ist letztendlich nicht nur vom Mitteleinsatz abhängig, sondern auch von unserer Bereitschaft, tradierte eigene Alltagsgewohnheiten abzulegen, auch manchmal auf Bequemlichkeit zu verzichten und unser persönliches Verhalten zu ändern, was im Übrigen oft auch unserer Gesundheit zuträglich wäre.

Ich bedanke mich bei der Ministerin, beim Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, aber auch bei allen anderen Häusern; denn die Debatte zeigt eindeutig: Das Thema Klimaschutz ist absolut ressortübergreifend. Überall müssen gute Ideen entwickelt und vorangebracht werden. Im Verbund wird es in Bayern gelingen, eine gute Klimaschutzpolitik weiterzuentwickeln und eine entsprechende Energiepolitik zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Kollege Stümpfig hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Kollegin, Sie haben das 10.000-Häuser-Programm angesprochen. Wie erklären Sie sich, dass wir ein neues Förderprogramm auflegen – Sie erwähnten das im Rahmen des Klimaschutzes –, aber im Jahre 2016 immer noch fossile Heizungen, Erdgasheizungen und Ölheizungen gefördert werden sollen? Wie ist das mit Klimaschutz vereinbar, wenn andere Länder, zum Beispiel Dänemark, fossile Heizungen ab 2018 verbieten?

Noch eine zweite Frage: Sie haben gesagt, Klimaschutz sei nicht zum Nulltarif zu haben. Was machen Sie denn im Bereich der Verkehrswende? Was passiert denn da? Warum investiert die Bayerische Staatsregierung einen Großteil ihrer Gelder in den Straßenneubau, aber im ÖPNV oder bei der Elektrifizierung der Schienenstrecken passiert überhaupt nichts?

(Hans Herold (CSU): Straßensanierung!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Man sollte schon zurechtrücken, dass in unseren Straßenbauhaushalten insbesondere Sanierungen und ein besserer Unterhalt stecken, weniger große Neutrassierungen. Es ist Konsens in meiner Fraktion, dass die Prioritäten beim Straßenunterhalt liegen.

(Peter Winter (CSU): Haushalt lesen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was den ÖPNV angeht, wurden auch die Regionalisierungsmittel im Bund auf unsere Initiative hin deutlich erhöht. Und im Übrigen muss man darauf hinweisen, dass Bayern ein Flächenstaat ist; der ländliche Raum hat einen Anteil von 85 %. Es ist sehr schwierig, alle Orte mit dem ÖPNV zu erreichen. Wir sind auf einem guten Weg, auch mit der Förderung von Bürgerbus-Modellen, aber wir kommen nicht umhin, zuweilen warme Luft in Bussen durch die Landkreise zu fahren, weil die Nutzung doch nicht so ist, wie wir uns das vorstellen.

Was die Heizungen angeht, denke ich, dass sich innerhalb der Bevölkerung ein Bewusstseinswandel abzeichnet. Junge Leute, die Wohneigentum erwerben wollen, achten darauf, welches Heizsystem vorhanden ist bzw. welches Heizsystem sie für sich und ihre Familie favorisieren. Dieses Bewusstsein ist heute ganz anders ausgeprägt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir können aber andererseits bei älteren Immobilien diese Möglichkeiten nicht pauschal versagen. Wir haben eine Wohnungsnot und sind dabei, mit gut ausgestatteten Wohnbauprogrammen in die Spur zu kommen. Wir werden das auch schaffen. Es ist aber immer leichter gesagt als getan. Die Handlungsrichtung und der Wunsch von unserer Seite, etwas zu verbessern, sind jedenfalls absehbar.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat Kollege Markus Blume von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die verbleibenden Minuten der Debatte nutzen, um noch einige Anmerkungen zu Punkten zu machen, die ich so nicht stehen lassen kann und will.

Ich will vorausschicken, dass ich etwas betrübt bin: Wir haben festgestellt – die Ministerin hat es gesagt, Herr Kollege Huber hat es gesagt –, dass wir vor der weltgrößten Aufgabe stehen, die größte Aufgabe, vor der der Planet, vor der die Weltgesellschaft steht. Und wir diskutieren hier ganz kleines Karo. Der eine redet über Bayern-Ei und Vergleichbares. Der andere

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nordrhein-Westfalen!)

versucht alles, was bisher passiert ist, madig zu machen: "total versagt", "personifiziertes Klimarisiko" – meine Güte! Glauben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die in Paris genauso diskutieren, dass es dann auch nur einen Millimeter weitergeht? - Ich glaube das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Es erhebt hier doch keiner den Anspruch zu wissen, wie es genau geht. Wir realisieren, dass wir im Freistaat Bayern viel zu klein unterwegs sind, als dass wir alleine einen Beitrag leisten könnten, der die Welt verändert. Wenn es so ist, würde es in so einer Debatte nicht schaden, ein paar Gemeinsamkeiten zu betonen und zuzugestehen, ohne dass einem ein Zacken aus der Krone fällt, dass Bayern einen guten Weg hinter sich hat, was den Zubau erneuerbarer Energien angeht.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Eine Vollbremsung habt ihr bei der Windenergie gemacht!)

- Herr Kollege Aiwanger, es wird wie beim Kollegen Zierer durch Wiederholung nicht richtig. Es wird auch durch Hereinschreien nicht richtig. Hören Sie doch mal auf.

Schauen Sie sich die Zahlen beim Thema 10 H in diesem Jahr an. Die GRÜNEN vergleichen Bayern in diesem Punkt immer mit den Bundesländern, in denen sie selber regieren. Wenn ich richtig informiert bin, lieber Herr Kollege Stümpfig, gibt es in Baden-Württemberg keine 10-H-Regel. Ich mag mich täuschen, aber ich glaube nicht. In Baden-Württemberg sind in diesem Jahr nur 13 Windenergieanlagen ans Netz gegangen, in Bayern bis zum heutigen Zeitpunkt 72. Erwecken Sie also nicht immer den Eindruck, als ob es hier falsch laufen würde.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war die alte Planung vor der 10-H-Regelung!)

Zum Thema Effizienz: Wenn wir Klimaschutz daran orientieren, wo wir mit begrenztem Mitteleinsatz am meisten erreichen können, dann führt kein Weg daran vorbei, dass wir einen Großteil unserer Aktivitäten darauf konzentrieren, bei der Effizienz anzusetzen, weil dort der größte Hebel ist. Die Kollegen haben schon gesagt, was in Bayern an verschiedenen Förderprogrammen auf den Weg gebracht wurde. Ich glaube, der größte Hebel ist einer, den wir gemeinsam in der Hand hätten, nämlich endlich auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass die energetische Sanierung steuerlich absetzbar wird. Hören Sie bitte auf, an dieser Stelle zu blockieren.

(Beifall bei der CSU)

Dann wurde das Thema Ehrlichkeit angesprochen. Herr Rinderspacher, beim Stichwort Kohle fand ich es mutig, dass Sie gesagt haben, es sei die CSU gewesen, die sich für den Kohlekompromiss eingesetzt habe. Die "Rheinische Post" hat geschrieben: NRW verhindert Klimaabgabe auf Druck der Gewerkschaften und von Hannelore Kraft. Wenn ich richtig informiert bin, ist das eine Ihrer Genossinnen, lieber Herr Kollege Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten uns beim Thema Ehrlichkeit darauf konzentrieren, das Richtige zu machen. Die Forderung nach einem Klimaschutzgesetz klingt gut. Aber, Herr Rinderspacher, NRW hat ein Klimaschutzgesetz, und wenn ich richtig informiert bin, tragen erneuerbare Energien in NRW 3,8 % zum Energieverbrauch bei. Das ist also im Grunde vernachlässigbar. Das beste Gesetz hilft nichts, wenn ich im Konkreten nichts tue. In Rheinland-Pfalz regieren SPD und GRÜNE. Da hat

man ein Klimaschutzgesetz, aber als die Landesplanung konkret wurde, ist man vor sich selber eingeknickt. Man hat nach dem Referentenentwurf wieder herausgestrichen, dass das Klimaschutzgesetz eine Rolle spielen soll. Das zu sagen, gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Sie sagen, man soll nicht immer nur über andere Länder reden, sondern über das, was bei uns konkret stattfindet. Schauen wir auf die Landeshauptstadt München. Da haben Sie, SPD und GRÜNE, zusammen lange Verantwortung getragen. Der Steinkohleverbrennung im Heizkraftwerk Unterföhring haben die GRÜNEN über all die Jahre die Stange gehalten.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Ein anderes Thema ist der Fernwärmepzwang. Man kann in München bei einem Neubau nicht einmal Solarthermie nutzen, weil es verboten ist und Anschlusszwang an Fernwärme herrscht. Das sind nur so Randthemen, die ich Ihnen unter der Überschrift "Ehrlichkeit" zurufen will.

Am Ende dieser Debatte ist es tatsächlich notwendig, dass wir ehrlich sind. Es ist aber auch wichtig, um mit Erich Kästner zu reden, nicht nur über Gutes zu reden, sondern es auch zu tun. In diesem Sinne danke ich der Frau Ministerin, dass sie heute viel Gutes und Wichtiges und das, was für die Zukunft wünschenswert ist, präsentiert hat. Lassen Sie uns das gemeinsam machen; denn dann kann es auch gelingen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Frau Staatsministerin Scharf das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Winston Churchill hat einmal gesagt: "Der Preis der Größe heißt Verantwortung." Ich ergänze mit Blick auf die Klimapolitik: Der Preis der Größe heißt parteiübergreifende Verantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, bestimmen Sie selbst, wie groß Sie sein wollen. Ich sage jedenfalls, Klimawandel ist kein Parteibuchthema. Wir sollten uns wirklich zusammen auf den Weg machen. Herr Rinderspacher, die Debatte zur Klimapolitik mit alten und widerlegten Vorwürfen und mit

einem bestellten Gutachten zum Thema Bayern-Ei zu eröffnen und minutenlang zu belasten, ist einfach niveaulos und stilllos.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Lassen sie mich noch einmal ein paar wesentliche Punkte zusammenfassen.

Erstens. Wir machen den internationalen Klimaschutz zur neuen starken Säule unserer bayerischen Klimapolitik. Die Zeit ist reif; die Menschen sind bereit. Sieben von zehn Bayern – unsere Umfrage besagt das – sagen Ja zu mehr internationalem Engagement beim Klima; deswegen unsere neuen, hoch ambitionierten Forschungsprojekte mit anderen Ländern, deswegen auch unser Engagement in der Alpenkonvention. Im Jahr 2016 beginnt die europäische Strategie im Alpenraum auf bayerische Initiative hin. Ich habe letzte Woche darüber berichtet. Deswegen auch unser Ehrgeiz bei unseren eigenen Klimaschutzziele – unter zwei Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr bis 2050 –, und deswegen auch unsere Ambitionen für die Klimakonferenz. Noch einmal zum Mitschreiben, meine Damen und Herren: Deutschland fährt umweltpolitisch geeint nach Paris.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir haben den neuen Bayerischen Klimareport im Gepäck – 200 Seiten, eine umfassende Klimagesamtschau in Bayern, ein noch nie dagewesener Katalog der Gegenwart als Vorbereitung für die Zukunft einer Region.

Drittens. Wir verankern den Klimaschutz noch stärker im Bewusstsein der Menschen. Umweltbildung, Klima-Allianz, Umweltpakt Bayern – dies sind alles erfolgreiche Instrumente, um die Bevölkerung gezielt zu erreichen. Ich sage noch einmal: Aus unserer Umfrage geht hervor, dass neun von zehn Bayern etwas für den Klimaschutz tun wollen.

Ich komme zum Thema erneuerbare Energien. Lieber Herr Kollege Stümpfig, Winfried Kretschmann hat einmal gesagt, Zahlen könne man anschreien, aber es nütze nichts. Diese Gelassenheit gefällt mir aufgrund der Kraft des Faktischen. Lassen Sie uns zwei Zahlen noch einmal genauer betrachten. Im Jahr 2014 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung in Bayern 36 %. Im Vergleich dazu waren es in Baden-Württemberg 23 %. Im Jahr 2014 betrug die neu installierte Leistung von Photovoltaikanlagen in Baden-Württemberg 257 Megawatt Peak, in Bayern 427 Megawatt Peak, das Eineinhalbfache. Damit liegt Bayern auf Platz 1 in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bauen die erneuerbaren Energien mit Ehrgeiz aus, aber nicht ideologisch. Wir handeln als Verantwortungsethiker, bewahren uns das Gespür für unsere Heimat und sichern Arbeitsplätze durch bezahlbare Strompreise.

Bei den energiebedingten CO₂-Emissionen sind wir trotz Wirtschaftswachstums und trotz des Abschaltens von Isar 1 stabil. Wir emittieren rund sechs Tonnen pro Kopf und Jahr – das ist weniger als in den meisten Ländern, das ist weit weniger als der Bundesdurchschnitt. Meine Damen und Herren, ich bitte, auch diese Zahl zur Kenntnis zu nehmen.

Wir treiben den Bund an – Wärmeerzeugung, energetische Gebäudesanierung, Elektromobilität sind die Stichworte; ich bin vorhin darauf eingegangen – und wir gehen mit dem Klimaschutzprogramm Bayern 2050 ehrgeizig in Deutschland voran. Das 10.000-Häuser-Programm, die energetische Sanierung staatlicher Gebäude und Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz sind hier zu nennen. Dazu noch eine Zahl: 8,5 Millionen Euro stehen im aktuellen Doppelhaushalt 2015/2016 hierfür zur Verfügung.

Es geht auch um die Moore in Bayern. Vielen Dank, Herr Stümpfig, für den Hinweis. Wir renaturieren 50 Moore bis zum Jahr 2020. Auch Hochmoore des Staatswalds sind mit dabei. Seit 2008 haben wir über 15 Millionen Euro investiert. Moore sind geniale Naturschönheiten, sie sind ein Hochleistungsspeicher für CO₂, und sie sind unsere Hotspots für die biologische Vielfalt. Dies ist ein wunderbarer Dreiklang.

Meine Damen und Herren, ich erneuere noch einmal meinen Appell an Sie. Die Zukunft ist ein Kind der Gegenwart. Nehmen wir heute den Auftrag Zukunft an und gestalten wir gemeinsam unsere neue bayerische Klimapolitik im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin.- Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. (CSU) zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 17/8065) - Zweite Lesung -

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Januar 2016" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das Gesetz so beschlossen und angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes".

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Kurswechsel in der bayerischen Energiepolitik: Spitzenplatz statt Abstieg in die Kohle-Liga (Drs. 17/9224)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Fortsetzung des Energiedialogs und Nachbesserung des Energieprogramms (Drs. 17/9253)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN. Bitte sehr, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Erklärung unserer Umweltministerin Scharf war die Möglichkeit gegeben, auch das Thema Energie, die Energiewende noch einmal deutlich in den Blick zu nehmen. Dieses ist elementarer Bestandteil der Umweltpolitik in Bayern und in Deutschland.

Die Energiewende ist eine Jahrhundertaufgabe. Wir sehen jetzt beim Weltklimagipfel in Paris, welche zentrale Rolle Deutschland spielt. Viele Nachbarländer fragen Deutschland, bauen auf Deutschland. Daher muss eine Umweltministerin hier ganz klare Aussagen treffen. Wir als FREIE WÄHLER haben immer gefordert, die Energiewende, diese zentrale Aufgabe, die auf der einen Seite Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, der Wirtschaftsministerin Aigner, auf der anderen Seite Aufgabe der Umweltministerin ist, in einem Ministerium zu bündeln und ein sogenanntes Energieministerium zu errichten, das diese Jahrhundertaufgabe für Deutschland, für Bayern bewältigt.

Aber damit ist es leider nichts. Damit ist auch klar, dass Umweltministerin Scharf in ihren Aussagen zur Energiewende blass geblieben ist. Auf dünnen drei Seiten ihres Umweltberichts geht es um die Energiewende. Was wollen wir von dieser Jahrhundertaufgabe erwarten? Natürlich muss man sagen, dass sie am Ende keine Chance mehr hatten. Die Wirtschaftsministerin hat vorgelegt. Bayern ist aus der Energiewende ausgestiegen – das haben wir vor vier Wochen in diesem Haus erlebt. Wenn sich Bayern in Zukunft an Stromimporte hängt, muss ich Sie als Fraktion fragen: Wollen Sie das denn? Sie sind alle regionale, direkt gewählte Abgeordnete. Sie kennen die Wirtschaftskraft vor Ort. Die Arbeitsplätze, die wir mit der Energiewende schaffen können, befinden sich vor Ort.

Wollen Sie das draußen vertreten? – Ja, Sie wollen das anscheinend; denn ein Schweigen in Ihren Reihen und der spärliche Applaus für die Umweltministerin heute zeigen ja auch, dass Sie mit der Energiewende anscheinend so nicht zufrieden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, vor allem an die CSU gerichtet, schauen Sie sich doch einmal die beiden Studien an. Schauen Sie sich die Studie des VDE, des Verbandes für Elektrotechnik, und schauen Sie sich die Studie des VDI, des Vereins der Deutschen Ingenieure an. Wir in Bayern haben immer darauf vertraut, dass Sachverstand die Energiewende begleitet. Was sagt Ihnen der Sachverstand? – Der Sachverstand sagt: Setzen Sie nicht auf Abhängigkeit von Importen, sondern bauen Sie die Energieversorgung dezentral, lokal mit einem zellularen Ansatz, mit einem vielflächigen Ansatz, mit einem regionalen Vor-Ort-Ansatz auf. Das ist eine Herangehensweise, die in Bayern bisher gut funktioniert hat. Je mehr wir dezentral, lokal aufbauen, umso stärker ist das Rückgrat für die Energiewende, umso mehr Kraft haben wir bei den Wirtschaftsleistungen. Wir haben in diesem Haus gemeinsam dafür gesorgt, dass mit dem Zerlegungss-teuersatz die Wertschöpfung in den Gemeinden bleibt. Da haben Sie mitgestimmt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit Ihrem jetzigen Ansatz nehmen Sie den Gemeinden den Steuervorteil und die Wertschöpfung. Die Umweltministerin spricht davon, dass sie die Energiewende will, und erwähnt PV und die Biomasse, klammert aber den zentralen Baustein der Energiewende, die Windkraft einfach aus. Das ist doch kein wirkliches Herangehen an eine Energiewende. Mit keinem anderen Energieträger bekommen wir auf so kleiner Fläche eine so hohe Energiedichte wie mit einem Windkrafttrad. Deshalb ist es beschämend, dass sich die Umweltministerin das Thema Windkraft nicht einmal in den Mund zu nehmen traut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie in der CSU-Fraktion haben es geschafft, dass eine Umweltministerin in Bayern mittlerweile die Windkraft verleugnen muss; denn sie ist in ihrer Konzeption nicht mehr vorhanden; die Windkraft ist für Sie Teufelszeug, und das wollen Sie nicht mehr. Vorhin wurde gesagt, dass dies doch alles wunderbar sei; die Kommunen könnten doch selber entscheiden. Sehen Sie doch nach, wie viele Kommunen sich noch für die Windkraft entschieden haben. Jetzt muss die Zuständigkeit im Prinzip gemeindeübergreifend geklärt werden; am Ende muss vielleicht die Kommunalaufsicht,

das Landratsamt entscheiden. Es ist eben nicht mehr passiert. Das müssen Sie als Zuständige verantworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sorgen im Prinzip dafür, dass in Bayern Arbeitsplätze, die mit der Energiewende in Verbindung stehen, verloren gehen. Das müssen sich das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium vorhalten lassen. Sie sorgen dafür, dass Wertschöpfungen verloren gehen. Sie sorgen dafür, dass das Know-how und die Spitzenplatzfunktion Bayerns in der Energiewende verloren gehen.

Deshalb noch einmal unser klarer Ansatz: Setzen Sie auf dezentrale, regionale Strukturen. Gehen Sie von Ausschreibungsmodellen weg. Sie werden regionale Ausschreibungsmodelle sowieso nicht hinbekommen; denn die bisher gelaufenen Ausschreibungsmodelle sprechen ganz klar dagegen. Man sieht ja jetzt, dass RWE und E.on schon wieder nach Staatshilfen rufen. Hören Sie auf, die alten Monopole zu zementieren. Bayern war einmal auf einem ganz guten Weg. Kehren Sie wieder zurück. Geben Sie einer Umweltministerin wieder die Freiheit, über alle Energieträger, über die Spitzenfunktion in Bayern zu sprechen. Dazu brauchen wir Impulse aus dem Wirtschaftsministerium und aus dem Umweltministerium. - Danke für die Aufmerksamkeit.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Herr Kollege Erwin Huber hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Lieber Herr Kollege, es macht bestimmt Spaß, wenn man ein Phantom aufbaut und darauf einschlägt. Ich muss Sie aber berichtigen.

Im Energieprogramm der Staatsregierung ist die Windkraft tatsächlich enthalten, und zwar genau so wie in der ersten Ausgabe von 2011 mit etwa 1.500 Windrädern. An diesem Ziel hat sich überhaupt nichts geändert. So gesehen war die Hälfte Ihrer Rede im Grunde ins Leere gesprochen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind Ziele! Realität!)

Das ist das Erste.

Das Zweite: Von Ihnen und auch vom Kollegen Zierer wird behauptet, die 10-H-Regelung wäre eine Verhinderungsregelung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist sie! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Reden Sie doch mit Ihren Bürgermeistern!)

Das ist nicht richtig. Ich sage das jetzt zum zweiten Mal. Die Genehmigungsvoraussetzungen haben sich geändert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bisher gab es für Windkraftanlagen eine Privilegierung. Herr Zierer, bei privilegierten Maßnahmen hat die Gemeinde nichts zu sagen; das Staatliche Bauamt entscheidet, was genehmigt wird und was nicht. Wir haben die Privilegierung geändert, weil wir bundesgesetzlich die Ermächtigung dazu hatten. Wir haben jetzt geregelt: Über 10H bleibt es natürlich bei der Privilegierung, unter 10H entscheidet die Gemeinde durch Baugebietsausweisungen, wo Windkraftanlagen gebaut werden können. Damit haben wir die Entscheidungsmöglichkeiten der Gemeinden gestärkt, und damit haben wir die Mitsprachemöglichkeiten der Bürger gestärkt. Die Partei, die jetzt auf der linken Seite des Plenums sitzt und sonst immer die kommunale Selbstverwaltung als Monstranz vor sich herträgt, will gerade bei der Windkraft diese Beteiligung der Kommunen nicht. Das ist die Rechtslage, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Glauber, Sie haben das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Erwin Huber, nach so vielen Jahren Wirtschaftsministerium und Staatskanzlei immer noch nicht das Baurecht verstanden – das tut mir leid.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Wir sehen Ihnen das nach.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es ist leider so: Als Münchner kann man das vielleicht nicht verstehen. In den Gemeinden, in der kommunalen Verwaltung haben wir, Kollege Seidenath - -

(Zuruf von der CSU: Der ist nicht aus München!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Kollege Seidenath kommt nicht aus München, sondern aus dem Landkreis Dachau.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Gut. Dann aus der Region München.

(Zuruf von der CSU)

– Okay, gut. Kommen wir zum Thema zurück. Kollege Erwin Huber, in der Regionalplanung, in der kommunalen Selbstverwaltung haben sich die meisten Regionen Bayerns auf den Weg gemacht und haben in einem sehr komplizierten Prozess in den Gemeinderäten, in den Landkreisen und mit den Kommunalaufsichten das Thema abgeklärt, eine wunderbare Regionalplanung aufgesetzt und Vorrangflächen ausgewiesen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es wurde viel Geld ausgegeben!)

– Richtig; es wurde viel Geld ausgegeben und viel Kraft investiert.

Dann sind Sie gekommen und haben gedacht: Oh, wir müssen die Wahlen 2013 gewinnen, und wir brauchen dazu einen Trumpf. Dann haben Sie für Bayern die 10-H-Regel geschaffen. Man muss den Bürgern erklären: Die CSU hat eine Regel gewählt, die so große Kreise zieht, dass im Prinzip alle Freiflächen ausgeschlossen sind. Das muss man den Bürgern erklären. Am Ende bleibt nichts mehr übrig.

(Zuruf von der CSU)

Es ist natürlich klar, dass bei Ihrem Vorgehen, solche Instrumente in der Planung anzuwenden, am Ende nichts mehr übrig bleibt. Jetzt den Gemeinden den Ball zuzuspielen, ist völlig unzulässig. Die Gemeinden haben ihre Arbeit gemacht. Sie haben ihnen die Instrumente genommen; denn jetzt ist es so, dass man bei Streitigkeiten einfach nicht mehr weiterkommt, weil die Planungsflächen recht groß sind. Das wissen Sie genau. Drehen Sie also das Planungsrecht nicht um, stellen Sie es nicht auf den Kopf, sondern sagen Sie den Bürgern, dass Sie ein Wahlkampfinstrument wollten und nichts für die Energiewende tun wollten.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kohnen von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Thorsten Glauber, ich glaube, du musst deinen Blutdruck herunterschrauben. Die Aussage zum Baurecht war aber gut.

Herr Huber, die Zahl 1.500 Windräder sagt nichts über die Leistung der Windräder aus – das wissen Sie

ganz genau. Die Zielsetzungen im neuen Energieprogramm sind definitiv nicht mehr diejenigen von 2011. Die Zahl der Windräder ist nicht aussagekräftig. Ich glaube, darauf können wir uns verständigen. Wenn Sie zum Beispiel Bauunternehmen im oberpfälzischen Raum fragen, werden Ihnen diese bestätigen, dass der Ausbau der Windkraft in Bayern fast zum Erliegen gekommen ist. Aus Bayern gehen kaum noch Bestellungen von Windrädern ein. Die bayerischen Hersteller machen ihr Geschäft außerhalb des Freistaates. Das ist definitiv wirtschaftsschädigend.

(Erwin Huber (CSU): Das hängt mit dem EEG zusammen, aber nicht mit 10H!)

- Nein, der Ausbaukorridor des EEG ist nicht ausgeschöpft. Bayern hat insoweit noch großes Potenzial.

Aber lassen Sie uns doch über den "schönen" Antrag der FREIEN WÄHLER reden. Über den Antrag habe ich mich, ehrlich gesagt, geärgert, lieber Thorsten Glauber.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Jetzt kommt er wieder und plärrt dazwischen.

(Heiterkeit bei der SPD und der CSU)

Lieber Herr Aiwanger, wenn ich ganz ehrlich bin, muss ich sagen: In Ihrer Energiepolitik ist nicht einmal mehr Morgenröte erkennbar. In Sachen Energiepolitik ist es bei Ihnen zappenduster.

(Beifall bei der SPD und der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr seid schwarz vom Ruß der Kohle!)

Worüber sollen wir denn hier abstimmen? Dabei bin ich mit der Energiepolitik der Staatsregierung alles andere als einverstanden. In der Zeit von 2011 bis 2013 bemühten wir uns noch parteiübergreifend um Lösungen. Aber seit dem Landtagswahlkampf 2013 läuft es mit der Energiepolitik in Bayern definitiv nicht mehr so, wie es laufen sollte. Zielführend ist die Energiepolitik der Staatsregierung jedenfalls nicht.

Worüber sollen wir heute abstimmen, lieber Thorsten Glauber? Sie haben Allgemeinplätze formuliert. Ich sage ganz ehrlich, dass mich das ärgert. In Ihrem Dringlichkeitsantrag fordern Sie die Staatsregierung auf, "ehrgeizigere Ziele" zu verfolgen. Welche denn? Definieren Sie sie! Ferner sprechen Sie von einer "nachhaltigen Energieversorgung". Was heißt "nachhaltig"? Schließlich lesen wir, wir sollten uns nicht in "eine Abhängigkeit von der Kohlestrompolitik anderer Bundesländer" begeben. Der Strommarkt ist europä-

isch organisiert. Das weißt auch du, Thorsten Glauber. Es gibt keine direkte Abhängigkeit. An der Strombörse wird der Strom ganz Europas gehandelt. Daher ist es albern, so etwas in einen Antrag zu schreiben. Ich habe mich darüber geärgert.

Dann habe ich mir gedacht: Schau ich mir doch einmal die Begründung an! Was die 10-H-Regelung angeht, so ist der CSU nicht mehr zu helfen. Sie hat sich verrannt und bekommt es in dem Punkt nicht mehr gebaekken. Deswegen haben wir Verfassungsklage eingereicht.

(Erwin Huber (CSU): Die verliert ihr auch!)

– Nein, die verlieren wir garantiert nicht, Erwin Huber.

Hinter dem zweiten Spiegelstrich der Begründung heißt es, dass Bayern "das Ausschreibungsmodell in der Bundesgesetzgebung zum EEG ablehnen" solle. Was ist die Alternative? Die FREIEN WÄHLER präsentieren jedenfalls keine. Die erneuerbaren Energien, die einen immer größeren Anteil ausmachen, müssen in den Markt integriert werden. Damit ist mehr Verantwortung verbunden. Im Moment laufen die Ausschreibungsmodelle, genauer gesagt, die Pilotprojekte.

Thorsten Glauber, du hast Recht mit der Einschätzung, dass die Regionen hinten herunterfallen. Aber darüber muss man reden. Möglicherweise bedarf es einer Regionalquote. Über entsprechende Vorschläge können wir durchaus debattieren. Es reicht jedenfalls nicht aus, in einen Antrag nur Allgemeinplätze zu schreiben. Das müssen wir ablehnen. Zack!

Weiter heißt es in der Begründung des Dringlichkeitsantrags, "die Potenziale im Wasserkraftausbau" sollten genutzt werden. Wie viele Prozent wollt ihr denn? Wollt ihr neue Anlagen? Wollt ihr kleine Anlagen? Welche Turbinenformen? Welche Bauweisen? Auch in dem Redebeitrag von Thorsten Glauber ist dazu nichts gekommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sollen wir hier einen Katalog einreichen? Das wären zehn Seiten geworden!)

– Wenn Sie sich Mühe geben und anständige Anträge formulieren, dann können Sie meinerwegen auch zehn Seiten schreiben. Dann steht wenigstens etwas drin. In dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag steht praktisch nichts drin.

Unter dem vierten Spiegelstrich erheben die FREIEN WÄHLER die Forderung, "den überdimensionierten Ausbau von Hochspannungsübertragungsleitungen" zu verhindern. Ich dachte, Sie seien komplett dage-

gen. Das habe ich überhaupt nicht mehr verstanden, Herr Aiwanger.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Südost-Passage!)

– Was bleibt dann übrig? Dieser Satz spricht gegen Ihre eigene Persönlichkeit, Herr Aiwanger. Sie können noch fünfmal dazwischenplärren. Das ändert nichts daran, dass Sie totalen Schmarren aufgeschrieben haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

"Die Kraft-Wärme-Kopplung stärken" – das ist die nächste Forderung der FREIEN WÄHLER. Wie denn? Wollt ihr ein Landesförderprogramm? Wie steht ihr zu der neuen KWK-Förderung? Nichts, null.

In den letzten beiden Punkten der Begründung fordern die FREIEN WÄHLER die Abschaffung der Besteuerung des Eigenverbrauchs sowie das Hinwirken auf eine Förderung von Speichertechnologien im EEG.

Am Ende steht ein Satz, der schon in der Presse zu lesen war und der es daher eigentlich nicht wert ist, in diesen Antrag aufgenommen zu werden:

Anstatt eines Spitzenplatzes in der Energiewende droht Bayern der Abstieg in die Regionalliga.

Dieser Satz hat so einen langen Bart.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jetzt zu euren Vorschlägen!)

– Zu unseren Vorschlägen komme ich gleich.

Ich war heute Morgen reichlich zornig über das, was ich in dem Antrag lesen musste. Lieber Thorsten Glauber, du kannst echt viel, viel mehr. Ihr hättet wesentlich mehr Inhalt in den Antrag aufnehmen können.

Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, die wir im Moment haben. Liebe Frau Aigner, Ende Januar/Anfang Februar dieses Jahres stoppte der Energiedialog. Schon seit Längerem frage ich mich, wann und wie er fortgesetzt wird. Wir jedenfalls haben noch keine Einladung erhalten, auch die Verbände nicht. Der Energiedialog ist dringend fortzuführen. Uns läuft die Zeit davon. Ich glaube, nur unter Beteiligung der Bau- und der sonstigen Unternehmen, der Wirtschaftsverbände, der Wissenschaft und der Politik bekommen wir die Energiewende hin. Dafür müssen wir uns parteiübergreifend engagieren. Ich betone: Der Energiedialog ist fortzusetzen.

Liebe Frau Aigner, das Energieprogramm, das Sie kürzlich vorgestellt haben, müssen Sie nachbessern. Von verschiedenen Seiten ist darauf hingewiesen worden, dass die Zahlen, die Sie als Grundlage Ihrer Zielsetzung verwenden, nicht sauber aufgearbeitet worden sind, das heißt, insoweit wurde nicht sauber gerechnet. Das muss man eingestehen.

Der Ministerpräsident ist im Moment nicht da. Aber er selbst hat die Bitte um Nachbesserung geäußert. Das können wir gemeinsam hinbekommen, wenn wir den Energiedialog parteiübergreifend fortsetzen.

Herr Huber, ich hoffe, dass ich Ihre Fraktion nicht beleidigt habe. Aber ich glaube, man kann konkretere und ehrgeizigere Ziele formulieren.

(Beifall bei der SPD – Erwin Huber (CSU): Es war trotzdem eine gute Rede!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Kirchner von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Herr Glauber, Sie haben anscheinend etwas missverstanden, wenn Sie vermuten, Bayern wäre aus der Energiewende ausgestiegen. Das Gegenteil ist der Fall. Bayern treibt die Energiewende voran. Bayern forciert sie. Die Ministerin und das Plenum des Landtags gestalten sie. Insofern ist das, was Sie hier initiiert haben, eine Scheindebatte und das, was Sie in den Raum gestellt haben, eine Scheinalternative. Wir brauchen beides, erneuerbare Energien und die Möglichkeit des Imports für die Versorgungssicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kohnen, von uns kommt nicht oft Lob für Sie. Aber ich muss sagen, dass Ihre Rede zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER eine Ihrer besten Reden überhaupt war. Herzlichen Dank dafür.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Lob von Ihnen für Frau Kohnen?)

Kommen wir zur 10-H-Regelung, die heute schon das eine oder andere Mal angesprochen worden ist. Herr Zierer, es ist wichtig, dass wir die Dinge einordnen und geraderücken. Wir müssen in dieser Frage die FREIEN WÄHLER auch stellen. Ich wiederhole die Zahl der zugebauten Windkraftanlagen: In Bayern waren es in diesem Jahr 72, in Baden-Württemberg nur 13. Darauf hat schon Kollege Blume hingewiesen. Wenn Sie von "Blockade" sprechen, dann zeigt das,

dass die FREIEN WÄHLER die 10-H-Regelung bis heute nicht verstanden haben. Sie haben auch nicht verstanden, wovon Zubau abhängig ist. Zum einen ist er abhängig von der Novelle des EEG, das 2017 neue Rahmenbedingungen schafft. Diese machen Windkraftanlagen in gewisser Weise unattraktiv. Man muss sich zudem vor Augen halten, dass die Windkraftstandorte in Bayern, vermutlich auch deutschlandweit, ausgewählt und besetzt sind.

Fakt ist, dass trotz der 10-H-Regelung nach wie vor prinzipiell jede Windkraftanlage an jedem Standort möglich ist. Es gibt eine neue Spielregel, wie Erwin Huber gesagt hat. Im Vordergrund steht aber die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Herr Zierer, wenn Ihnen die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung kein Anliegen ist, dann stehen Sie ziemlich im Abseits. Gleiches gilt für die Bürgerbeteiligung. Herr Stümpfig hat vorhin vehement moniert, dass die Bürger entscheiden. Ich denke, es ist sehr sinnvoll, dass die Bürger über ihre Gemeindegremien an dieser Stelle durchaus Einfluss haben.

Da Herr Kollege Felbinger vorhin gelacht hat, gestatte ich mir nur folgende Anmerkung: Wenn vor Ort über die Windkraft diskutiert wird – wie Kollege Schwab an der Bayerischen Schanz –, dann sind die FREIEN WÄHLER dagegen und demonstrieren. Das möchte ich der Ehrlichkeit halber hinzufügen, um nicht einen falschen Eindruck entstehen zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Die FREIEN WÄHLER fordern, Bayern solle das Ausschreibungsmodell in der Bundesgesetzgebung zum EEG ablehnen. Ich frage Herrn Aiwanger und seine Leute: Was nun? Wollen wir dezentrale Energieversorgung, oder wollen wir die erneuerbaren Energien abwürgen? Letzteres wollen Sie anscheinend erreichen, wenn Sie das Ausschreibungsmodell ablehnen.

Die EEG-Novelle hat natürlich Potenzial. Zum einen erleichtert sie es, die Marktintegration der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Zum anderen werden entscheidende Grundlagen geschaffen, damit die erneuerbaren Energien bei dem Systemwechsel überhaupt präsent bleiben können. Der Wettbewerb muss im Vordergrund stehen, und es müssen endlich Wettbewerbspreise erzielt werden, um die Akzeptanz der erneuerbaren Energien zu erhöhen. In diesem Zusammenhang spreche ich von umfassenden Ausschreibungen, von der Definition von Bagatellgrenzen, vom gleichmäßigen Ausbau der regionalen Quote bei der Windkraft, vom Netzausbau und von der Wahrung der Akteursvielfalt. Das sind doch alles Punkte, die erfüllt werden müssen, um den hohen Anteil der erneuerbaren Energien und damit eine dezentrale Energie-

versorgung sicherzustellen. Das wollen Sie abwürgen? Ist das Ihr Plan?

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Bisher gibt es keine Regionalquote! – Natascha Kohnen (SPD): Darüber kann man doch verhandeln! – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Wir haben doch gesehen, was herauskommt, wenn ihr verhandelt!)

– Hallo! Ich rede.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Glauber, Sie haben nicht das Wort. – Bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Kommen wir zum Ausbau der HGÜ-Leitungen. Auch insoweit bin ich über den Antrag der FREIEN WÄHLER verwundert. Wir können feststellen: Es ist ein riesiger Erfolg dieser Staatsregierung, insbesondere des Ministerpräsidenten und der zuständigen Ministerin, und der CSU-Fraktion, dass es gelungen ist, die auf Bundesebene geplanten Umfänge zu halbieren und die Erdverkabelung durchzusetzen, sodass maximale Bürgerverträglichkeit gegeben ist. Das System, das die FREIEN WÄHLER vorschlagen, steht dem diametral entgegen. Sie forcieren letztlich den Bau neuer Leitungen im Land. Ihre Blockadehaltung bedeutet, dass an dieser Stelle neue Leitungen generiert werden sollen.

Die Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung war ein wesentliches Element des Energiedialogs. Der Energiedialog hat aufgezeigt, dass die Kraft-Wärme-Kopplung durchaus Potenzial aufweist. Frau Kohnen, darüber haben wir das eine oder andere Mal schon im Ausschuss gesprochen. Wir sind gar nicht so weit voneinander entfernt. Den Vorwurf, dass nichts getan werde, weise ich weit von uns. Gerade Bayern hat sich bei der Novelle auf Bundesebene besonders engagiert und wesentliche Ziele erreicht. Dazu zählt die Verdopplung der Fördermittel von 750 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro. Das gilt ebenfalls für die Förderung der neuen gasbetriebenen Anlagen und den Anreiz für die Umstellung von kohle- auf gasbetriebene Anlagen. Zu nennen ist darüber hinaus die Förderung, die im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms möglich ist. Frau Kohnen, wir sind so verblieben – vielleicht setzen Sie sich dann wieder –, dass wir weiterhin gemeinsam nach Potenzialen suchen wollen und aufzeigen, was wir zukünftig noch tun können.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Kohnen zu?

Sandro Kirchner (CSU): Wenn ich fertig bin. Danke. – Herr Aiwanger, hinsichtlich der Abschaffung der Besteuerung des Eigenverbrauchs fordern Sie immer Solidarität. An dieser Stelle erreichen sie genau das Gegenteil, nämlich die Entsolidarisierung bei den Stromkosten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Kleinen abwürgen!)

– Mit der Festlegung der Bagatellgrenze wird sichergestellt, dass die Kleinen nicht abgewürgt werden. Gerade für uns kleine Häuserbauer – Sie als Großlandwirt sind das nicht mehr – ist die 10-kW-Anlage befreit.

Zu der Förderung der Speichertechnologien muss ich sagen: Hallo wach! Bayern fördert schon die ganze Zeit Speichertechnologien mit bis zu 100 Millionen Euro jährlich. Bedeutende Projekte sind schon vorangeschritten. Dazu zählt beispielsweise die Batterietechnologie. Gehen Sie doch einmal in die Forschungsinstitute in Bayern. Sehen Sie doch einmal, was die Polymertechnik schon vermag. Befassen Sie sich mit dem Power-to-Gas-Verfahren, bei dem Biogasanlagen in Kombination eingesetzt werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben wir schon gemacht, da habt ihr noch die Atomlaufzeit verlängert!)

Gehen Sie nach Erlangen auf den Energie Campus und schauen sich dort die Verfahren an, die in Kürze in einem Pilotverfahren ins Feld gehen. Dann sehen Sie, was der Freistaat Bayern bei den Speichertechnologien macht.

Wenn Sie etwas tun wollen, können Sie bei einem EEG 3.0, das Bayern fordert, aktiv mitwirken. Im Falle von Überkapazitäten sollen bis zu 3 % an Kapazitäten aus dem Netz entnommen werden. Damit wird ein eigenwirtschaftlicher Anreiz geboten, damit noch mehr Speichertechnologien zur Verfügung stehen.

Abschließend möchte ich sagen: Sie haben einen Spitzenplatz gefordert. Ich bin der Meinung, Sie haben einen Spitzenplatz in der ersten Reihe. Vielleicht ist es heute gelungen, im Rahmen beider Debatten Ihnen ein wenig mehr Hintergrund für die weitere Antragstellung und die Diskussion zu geben.

Ich möchte noch kurz etwas zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion sagen. Im Rahmen des Energiedialogs ist schon sehr viel angesprochen worden. Er war sehr erfolgreich. Die Bürgerbeteiligung stand dabei im Vordergrund. Unsere Ministerin hat sehr wohl angedeutet und versprochen, dass der Dialog weitergeführt wird. Das Energiepro-

gramm ist letztendlich ein Ergebnis dieses Dialogs und zeigt sehr ehrgeizige Ziele auf, die jedoch eine reale Basis haben. Daran sollten wir uns orientieren. Deshalb greift der Dringlichkeitsantrag aus meiner Sicht in den luftleeren Raum, sodass ich die Ablehnung empfehle.

Herr Rinderspacher – jetzt ist er nicht mehr da – hat das Thema Bayern-Ei forciert. Des Weiteren hat er versucht, erneut über die Energiewende zu diskutieren. Das Thema war jedoch ein anderes. Ich muss darauf hinweisen, dass wir uns heute im Bayerischen Landtag befinden. Vielleicht hat er gemeint, er ist schon mit Bundesweihen ausgestattet. Viele seiner vorgetragenen Punkte sollte er an den Bundeswirtschaftsminister und die Bundesumweltministerin adressieren.

(Inge Aures (SPD): So ein Quatsch!)

Ich denke, sie wären heute die richtige Adresse für seine Wortbeiträge gewesen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Zunächst liegt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kohnen vor. Dann folgt Herr Kollege Glauber mit der nächsten Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Kohnen, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Herr Kirchner, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Eine Fortführung des Energiedialogs, wie mit unserem Antrag gefordert, finde ich nicht besonders luftleer. Ich fände sie relativ clever. Im Hinblick auf den Energiedialog erinnere ich nur an die interessante Formel zur Trassenführung "2 minus x". Das war nicht wirklich konkret. Mit den Menschen in Bayern, die von der Leitungsführung betroffen sind, muss man unbedingt einen weiteren Dialog aufnehmen. Das hätte man seit Ende des Dialogs im Februar eigentlich schon längst tun müssen. Ich glaube, das steht aus. Alle anderen Beteiligten waren übrigens schon im Jahr 2011 beim ersten, parteiübergreifend beschlossenen Energiekonzept "Energie innovativ" dabei. Die Bürgerbeteiligung ist kein Novum. Das ist Käse; denn jeder Kommunalpolitiker kennt Bürgerbeteiligungen und lässt große Runde Tische stattfinden. Das ist kein Wunderwerk. Aber man muss es fortführen.

Schade, dass Sie unseren Antrag ablehnen. Ihre Kritik an der Formulierung "mit konkreteren und ehrgeizigeren Zielen" ist Wortklauberei. Ich glaube, man könnte etwas nachgeben. Ich würde Ihnen empfehlen, mit der Frau Energieministerin zu sprechen und in

Ihren eigenen Reihen nachzufragen, welche Pilotprojekte zur Erdverkabelung für Bayern Sie im Bundesrat beantragt haben. Gibt es welche? Ich habe aus Berlin gehört, dass es Pilotprojekte zur Erdverkabelung gebe, die Bayern durchaus angeboten worden seien. Diese Projekte wurden jedoch seitens der CSU nicht beantragt und umgesetzt. – Das stimmt. Wir rudern auf etwas zu, das nicht schön ist. Das wäre für Bayern echt gut gewesen. Im Hinblick auf die Erdverkabelung würde ich nicht ganz so eine dicke Lippe riskieren, weil die SPD bereits in den Jahren 2009 und 2011 die Erdverkabelung im Bund beantragt hat. Sie haben damals die Erdverkabelung abgelehnt. Jetzt sind Sie auch irgendwann draufgekommen. Insofern würde ich an dieser Stelle etwas abrüsten und herausfinden, wie die CSU Pilotprojekte bei der Erdverkabelung handhabt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Frau Kohnen, an dieser Stelle möchte ich feststellen, dass der Bürgerdialog kein Käse ist. Die Begründung der Ablehnung Ihres Antrags haben Sie missverstanden. Der Energiedialog ist etwas sehr Sinnvolles. Ich habe ausgeführt, dass die Frau Ministerin die Fortsetzung angekündigt hat. Somit geht Ihr Antrag ins Leere.

Sie haben sich auf die Leitungen konzentriert. Im Gegensatz zu Ihnen wohne ich in einem betroffenen Gebiet. Ich bin sehr wohl von den Diskussionen betroffen. Das passiert Ihnen im wohlbehüteten Neubiberg nicht. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben verstanden, dass der bayerische Erfolg ein großer Erfolg für die Menschen vor Ort ist.

Sie sagen, Sie hätten den Erfolg bei der Erdverkabelung für sich in Anspruch genommen. Das mag so sein. Ich gebe Ihnen sogar recht. Das einzige Pilotprojekt zur Erdverkabelung, das auf Bundesebene forciert worden ist, ist das Pilotprojekt zur Erdverkabelung im Wahlkreis Ihres Bundeswirtschaftsministers Gabriel.

(Natascha Kohnen (SPD): Vorsicht!)

Insofern brauchen wir nicht mit Wortklauberei zu beginnen. Stattdessen sollten wir uns auf die Themen konzentrieren.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Glauber für eine Zwischenbemerkung das Wort. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Stümpfig, können Sie der Kollegin Natascha Kohnen erklären - -

(Widerspruch bei der CSU)

– Herr Kollege Kirchner, Entschuldigung. - Bitte erklären Sie Frau Kollegin Kohnen, dass die Wirtschaftsministerin im Rahmen ihrer Energieziele durch den 50-prozentigen Abbau der Nutzung von Energie aus den Atomkraftwerken bei den erneuerbaren Energien eine Steigerung von lediglich 0,6 % pro anno erreicht hat. Deshalb haben wir mit unserem Antrag auch deutlich ehrgeizigere Ziele gefordert, die über die Steigerung um 0,6 % hinausgehen. Sie sollten der SPD klar sagen, worin Ihre ehrgeizigen Ziele bestehen.

Meine konkrete Frage: Sie haben Herrn Kollegen Aiwanger die Bagatellgrenze hinsichtlich der Besteuerung der Kraft-Wärme-Kopplung genannt. Wie erklären Sie sich, dass beispielsweise im bayerischen Chemiedreieck Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen aufgrund der Marktsituation – Stichwort: Merit-Order-Effekt und zeitgenauer Zukauf – und der Besteuerung im Eigenverbrauch abgeschaltet werden? Großteils wird nur noch Braunkohlestrom verbraucht, ohne dass Kraft-Wärme-gekoppelter Strom, der mit einem Wirkungsgrad von bis zu 80 oder 90 % extrem klimafreundlich ist, weil er beide Effekte nutzt, herangezogen wird. Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen, die einen bedeutenden Teil zum Klima- und Umweltschutz beitragen, sollten nicht abgeschaltet werden, wenn Strom über Trassen zugeleitet wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Kirchner, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Lieber Erwin Huber, schade, ich wollte die Pointe für mich in Anspruch nehmen. Ich wollte Herrn Stümpfig bitten, das Frau Kollegin Kohnen zu erklären. Leider ist die Verwechslung noch rechtzeitig entdeckt worden. Herr Glauber, wenn Sie Frau Kollegin Kohnen etwas erklären wollen, tun Sie das am besten selbst. Sie sitzt hier vorne. Gehen Sie auf sie zu oder gehen Sie mit ihr hinaus, damit Sie uns hier nicht stören. Dann können Sie die Probleme mit ihr diskutieren.

Herr Glauber, Herr Kollege Aiwanger hat vorhin in die andere Richtung "Ziele, Ziele" gerufen. Ihre Ziele werden Sie mit dem Antrag, wie Sie ihn formuliert haben, nicht erreichen. Ich habe Ihnen bei einigen Punkten aufgezeigt, welche Widersprüche darin enthalten sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie müssen den Antrag ablehnen und können dann die Inhalte übernehmen!)

Bezüglich der Bagatellgrenze habe ich mich auf Anlagen im heimischen Bereich konzentriert. Ihre Behauptung im Zusammenhang mit dem Chemiedreieck kann ich nicht verifizieren. Ich habe das momentan nicht präsent. Ich möchte dazu keine Stellung beziehen, weil ich das nur hypothetisch tun könnte. Ich möchte nicht zu etwas Stellung nehmen, was in Wirklichkeit nicht existiert. Ich bitte um Verständnis, wenn ich davon Abstand nehme.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Stümpfig zum Rednerpult.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am letzten Freitag war ich mit unserem Parteivorsitzenden Eike Hallitzky im Energiepark in Merkendorf. Leider muss ich Ihnen sagen, dass von dem Energiepark Merkendorf nicht mehr allzu viel übrig ist. Wir haben zunächst einen Solar-Pionier besucht und sind dabei nochmals auf das Problem aufmerksam gemacht worden, dass der Ausbau der Photovoltaik und der Solarthermie in den letzten Jahren massiv zurückgefahren wurde.

Wir haben gerade von Frau Ministerin Scharf Zahlen gehört, die belegen sollten, dass Bayern besser als Baden-Württemberg sei und Photovoltaik-Anlagen mit einem Umfang von 400 Megawatt installiert worden seien. – Leider ist Frau Staatsministerin Scharf gerade nicht da. – Wir waren schon einmal bei einem Fünffachen dieses Wertes. In den Jahren 2010, 2011 und 2012 hatten wir bereits das Vier- bis Fünffache dieser Menge. Das bedeutet, Bayern ist massiv abgestürzt. Dies ist in dem Unternehmen, das wir besucht haben, spürbar. Dieses Unternehmen wird seine Türen zusperren.

Neben diesem Unternehmen steht die Biogasanlage agriKomp, die ebenfalls massive Schwierigkeiten hat. Die landwirtschaftlichen Betriebe, die auf Biogas gesetzt haben, brauchen jetzt eine Perspektive für den Fall, dass sie aus der EEG-Vergütung herausfallen. Wir reden dabei nicht über einen Tag in ferner Zukunft. Die ersten Anlagen werden im Jahr 2020, also bereits in gut vier Jahren, herausfallen. Diese Entwicklung wird weitergehen. Die Landwirte, die morgen investieren wollen, wissen nicht, was mit ihrer Investition passieren wird. Wir brauchen deshalb eine Nachfolgeregelung, wie auch immer diese aussehen mag. Wir haben zu diesem Thema im Wirtschaftsausschuss den Antrag gestellt, dass die Bayerische

Staatsregierung ein Konzept für die Zukunft der Biogasanlagen in Bayern auflegen muss. Ich finde es schade, dass Sie dieses Thema, das Ihnen nach Ihren Aussagen am Herzen liegt, so vernachlässigen.

Die Windkraft ist Ihnen anscheinend weniger Wert. Ich finde das unsäglich. Ich halte deshalb den heutigen Dringlichkeitsantrag von Herrn Glauber von den FREIEN WÄHLERN, in dem ein Kurswechsel gefordert wird, für richtig und angebracht. Wir brauchen einen Kurswechsel!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden die Punkte, die in diesem Dringlichkeitsantrag aufgeführt sind, unterstützen. Wir haben nie einen übermäßigen Leitungsausbau gewollt. Herr Kirchner hat dazu ausgeführt, Bayern habe den Leitungsausbau halbiert. Ich glaube, Sie haben da etwas falsch verstanden, oder Sie haben die Rechenkünste von Frau Aigner übernommen, wonach aus $2 - x$ irgendwie 2 wird. x war im Endeffekt null. Zwei Leitungen waren geplant, und zwei Leitungen werden kommen. Die Kopfstände, die Sie von der CSU in der Zwischenzeit vollführt haben, können Sie vergessen. Die haben uns bei der Energiewende nur aufgehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kirchner, weitere Punkte waren die 10-H-Regelung und die Beteiligung der Bürger. Wenn Ihr Ministerpräsident Seehofer die 10-H-Regelung nicht aus dem Hut gezaubert hätte, um damit einen billigen Wahlkampf zu führen und populistisch die Akzeptanz der erneuerbaren Energien aufs Spiel zu setzen, hätten wir heute eine ganz andere Situation. Sobald die Windkraftanlagen einmal stehen, werden dagegen kaum Beschwerden erhoben. Wir hatten vor der Einführung der 10-H-Regelung eine gute Akzeptanz. Herr Huber, dann haben Sie mit der 10-H-Regelung der Windkraft komplett den Boden unter den Füßen weggezogen. Nicht einmal unsere Umweltministerin traut sich, in ihrem Klimaschutzkonzept zu schreiben, dass die Windkraft eine wichtige Ressource ist. Sie schreibt hinein: Biogasnutzung und Photovoltaik sind wichtig. Gleichzeitig sagt sie, wir müssten auf den Preis schauen. Ich sage: Die günstigste und die effizienteste Form der Energiegewinnung ist die aus Windkraft. Bitte machen Sie endlich einmal die Augen auf!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme damit zu den Tricks der Staatsregierung. Herr Glauber, vor 14 Tagen hat das Bayerische Landesamt für Statistik neue Zahlen herausgegeben. Wenn wir die Atomkraftwerke abziehen, liegen wir in Bayern bezüglich des Anteils der erneuerbaren Ener-

gien bereits bei 69,6 %. Frau Aigner, Sie wollen in zehn Jahren 0,4 % zubauen und bis zum Jahr 2025 70 % des Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen. Ein Zuwachs von 0,04 % pro Jahr ist gar nichts, das ist sogar noch weniger als nichts. Das ist die Aignersche Energiepolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen es endlich schaffen, die Überkapazitäten abzubauen. Wie geht das? – Das geht nur durch einen Ausstieg aus der Kohle. Momentan liegt der Strompreis an der Börse bei unter 3 Cent pro Kilowattstunde. Dies führt zu dem eigenartigen Effekt, dass wir bei den bayerischen Gaskraftwerken Stillstandsanzeigen in einer Größenordnung von 2.300 Megawatt haben. Diese Gaskraftwerke wollen vom Netz, weil sie ihren Strom nicht mehr auf den Markt bringen können. Gleichzeitig ist die Staatsregierung aber happy, wenn sie von der Bunderegierung oder von Herrn Gabriel eine Zusage bekommt, dass in Süddeutschland Gaskraftwerke mit einer Kapazität von 2.000 Megawatt gebaut werden können. – Guten Morgen! Warum sollten wir jetzt neue Gaskraftwerke bauen, wenn sich die alten nicht mehr rentieren und Stillstandsanzeigen abgeben? – Ihre Energiepolitik geht doch vollkommen am Thema vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inzwischen haben wir auch noch die bizarre Situation, dass wir die Kohlekraftwerke durch eine Art Hartz IV fördern. Gleichzeitig müssen wir die guten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen fördern. Diese brauchen mehr Zuschuss, weil sie sonst nicht in den Markt kommen können. Hier haben Sie unseren Antrag abgelehnt. Wir haben 2 Cent mehr für die Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und 1 Cent mehr für die Umstellung von Kohle auf Gas gefordert. Sie haben das abgelehnt. Sie haben auch unseren Antrag abgelehnt, wonach das alte Ziel von 25 % erhalten bleiben sollte. Sie machen nur Abstriche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Stillstand in Bayern ist in dreifacher Weise fatal: Erstens. Sie sägen an der Versorgungssicherheit. Zweitens. Sie öffnen Importen aus irgendwelchen Schurkenstaaten Tür und Tor. Drittens. Die Staatsregierung setzt mit dieser Energiepolitik auf eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Der Klimaschutz wird dabei auf der Strecke bleiben. Das kann nicht die bayerische Energiepolitik sein. Unsere Meinung ist deshalb ganz klar: Wir brauchen eine Kurswende. Wir stimmen daher dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zu.

Zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD: Wir werden auch diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Der Energiedialog ist etwas Gutes. Er hat allerdings bislang noch nicht sehr viel gebracht. Nach monatelanger Diskussion blieb nur übrig: HGÜ-Leitungen 2 - x, wobei x gleich null ist. Von daher stellen wir uns schon die Frage, was der Dialog bringt. Wir stimmen aber trotzdem diesem Dringlichkeitsantrag der SPD zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege Stümpfig, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Zunächst einmal möchte ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion für den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion eine namentliche Abstimmung beantragt hat. – Damit komme ich zur Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Stümpfig, die Windkraft ist unbestritten weiterhin Bestandteil des bayerischen Energieprogramms.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben heute in den verschiedenen Reden gehört, dass die Windkraft für die Energieversorgung Bedeutung hat. Wir haben heute die 10-H-Regelung des Öfteren angesprochen. Sie ist an dieser Stelle nur ein Instrument, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Ich kann mich gut erinnern, dass Sie, als wir im Wirtschaftsausschuss – Sie sind dort stellvertretender Vorsitzender – über die 10-H-Regelung gesprochen haben, im Rahmen der Anhörungen vehement darauf beharrt und darauf gepocht haben, dass es in Bayern keine Widerstände bezüglich der Windkraftanlagen gebe, dass das alles easy going sei.

Jetzt stellen gerade Sie als stellvertretender Vorsitzender im Wirtschaftsausschuss und auch ich als Mitglied aber fest, dass sich ein großer Teil der Petitionen, die wir dort behandeln, gegen Windkraftanlagen richtet. Ich stelle weiterhin fest, dass sich diese Petitionen nicht gegen eine 10-H-Regelung richten, sondern gegen die Windkraftanlagen als solche, unabhängig von einer 10-H-Regelung. Jetzt würde ich gerne von Ihnen wissen, warum Sie fordern, dass man an dieser Stelle die Bürger bei den Entscheidungen außen vor lässt.

(Beifall bei der CSU – Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Das passt nicht zu seiner Ideologie!)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kirchner, das Problem mit der Akzeptanz der Windkraftanlagen kam massiv auf, als die Diskussion im Sommer 2013 losging. Ich kann mich sehr gut erinnern: Herr Seehofer

hat damals das Stichwort 10-H-Regelung aus dem Hut gezaubert und dann das Ganze infrage gestellt.

(Peter Winter (CSU): Das hat er doch gar nicht gefragt! Das wissen wir doch!)

Der mögliche Beitrag der Windkraft wurde komplett infrage gestellt. Daraufhin waren die Menschen vor Ort natürlich verunsichert. Sie waren verunsichert, weil sie nicht wussten, jawohl, das ist ein Eingriff ins Landschaftsbild, den ich akzeptieren kann, wenn ich weiß, er trägt sinnvoll zur Energiewende bei, was die Windkraft tut. Aber wenn vonseiten des Ministerpräsidenten tagtäglich gepredigt wird, nein, das Ganze bringt nichts, die Windkraftanlagen sind schlecht, dann bricht natürlich die Akzeptanz weg. Das ist doch selbstverständlich!

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Geben Sie ihm doch Antwort auf das, was er fragt!)

- Das war die Antwort auf die Frage, warum die Akzeptanz der Windkraft nach der Einführung der 10-H-Regelung so nachließ und warum die Zahl der Petitionen im Wirtschaftsausschuss, Herr Huber, nach oben geht.

Meine Erfahrungen sind ganz andere. Wir haben viele Projekte in Zusammenarbeit mit den Bürgern vor Ort sehr gut umgesetzt. Da möchte ich auf unseren Antrag zum Thema Windkraft verweisen. Setzen Sie sich bitte im Bundesrat dafür ein, dass die De-minimis-Regelung so vereinbart wird, dass bei bis zu sechs Anlagen keine Ausschreibungen notwendig sind. In Bayern wird überhaupt nichts mehr möglich sein, wenn alle Anlagen ausgeschrieben werden müssen. Wir sind zuversichtlich, dass wir die 10-H-Regelung nächstes Jahr im März ad acta legen werden.

(Zuruf von der CSU)

Da werden wir gewinnen. Aber dann müssen die Ausschreibungen weg. Die De-minimis-Regelung muss für mindestens sechs Anlagen ausgeschöpft werden. Setzen Sie sich dafür ein! Machen Sie Nägel mit Köpfen und vergeuden Sie nicht Ihre Zeit mit irgendwelchen unsinnigen Gesetzesanträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Aigner.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Energiedialog haben wir uns lange über

die Frage des Ausbaus erneuerbarer Energien, deren Potenzial, die damit verbundenen Zahlen und die Versorgungssicherheit ausgetauscht. Am Ende waren sich unter den damaligen Verhältnissen alle einig, dass das Potenzial bei erneuerbaren Energien gegen den Stromverbrauch gerechnet in Bayern eine Stromversorgungslücke von 40 Terawattstunden bedeuten wird. Da waren sich alle einig. Ich habe den Kolleginnen und Kollegen von allen Fraktionen immer zeitnah berichtet. Ich kann mich nicht erinnern, dass das irgendjemand in Zweifel gezogen hätte.

Wir haben festgestellt, dass wir durch den Bau der Thüringer Strombrücke, die übrigens im Dezember mit der ersten Linie in Funktion gehen wird, 13 Terawattstunden abziehen können. Auch da war noch Konsens.

Ich kann Ihnen jetzt gerne sagen, was die Formel "2 - x" dabei bedeutet hat. Die Frage ist, wie man diese weitere Lücke schließen kann. Da meine ich jetzt nicht die Leistung, die Kapazität, sondern die Frage, wie ich die Strommenge herbringen kann. Auch da war man sich im Energiedialog einig: Es gibt keine Möglichkeit, das allein mit erneuerbaren Energien, allein mit Kraft-Wärme-Koppelung oder anderweitig abzudecken – auch eine Kombination mit Gas wäre denkbar –, weil ein zweiter Faktor hereinspielt, nämlich die Kostenfrage.

Meine Damen und Herren, das war genau das Entscheidende: Wenn es gelingt, die Kapazitäten zum Beispiel in Bayern aufzubauen, und zwar so, dass uns die Kosten nicht davonlaufen, sprich bei KWK und in anderen Bereichen, sind sie schlicht und ergreifend teurer. Dann ist auch das "2 - x" eine Möglichkeit. Eine Möglichkeit wäre ein sogenannter fokussierter Kapazitätsmarkt, den Bayern, übrigens gemeinsam mit Baden-Württemberg, durchzusetzen versucht hat. Dieser Kapazitätsmarkt hätte sich an CO₂-Relevanz und an einer schnellen Regelbarkeit orientiert. Das war leider nicht möglich, weil andere Länder – da muss ich leider sagen, auch das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen – unter Kapazitätsmarkt verstehen, dass dann immer noch das billigste Zurverfügungstellen einer vorgehaltenen Leistung vergütet wird. Die bestehenden alten Kohlekraftwerke stehen dann immer besser da als jede KWK-Anlage. Das ist die Wahrheit.

Wir haben aber – das ist ein wesentlicher Unterschied – erfolgreich Versorgungssicherheit hergestellt, indem wir trotzdem zwei Gigawatt in Bayern respektive Süddeutschland dazubauen können. Das steht übrigens schon im Gesetz drin. Das ist aber kein dauerlaufendes Gaskraftwerk, weil das teurer wäre, sondern dieses Gaskraftwerk ist in einem Reservefall jederzeit

schnell hochfahrbar. Daran kann man relativ leicht ablesen, dass wir immer noch ein Problem mit der Strommenge haben. Das decken wir jetzt mit Leitungen ab. Das ist in der Tat richtig. Das ist nichts Überraschendes. Das war übrigens im Energiedialog bzw. im Programm und im Ergebnis schon so enthalten. Das war im Konsens.

Die nächste Frage lautet: Wie bauen wir die Leitungen? - Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist in der Tat ein Unterschied, Frau Kohnen. Ja, Sigmar Gabriel war nicht gegen eine Erdverkabelung der Gleichstrompassagen. Aber er hat sie bisher nicht durchgesetzt. Die CSU hat, übrigens gemeinsam mit ihm, geholfen, dass wir überhaupt eine Möglichkeit - -

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

- Das ist so.

(Natascha Kohnen (SPD): Aber das war 2009. 2011 war es genau anders!)

- Ruhe!

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Die Frau Ministerin kann nicht mal mit Zurufen umgehen!)

Ich habe nie abgestritten, dass wir die CDU überzeugen mussten. Aber es ist letztendlich durchgesetzt worden, weil sich auch die CSU, der Ministerpräsident und meine Wenigkeit auf die Hinterfüße gestellt haben, um zu sagen, ja, wir machen da mit, aber nur bei Erdverkabelung.

Jetzt komme ich zum letzten Punkt. Wir haben im Bundesrat bzw., um korrekt zu sein, im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates, beantragt, dass bei Wechselstromleitungen auch Erdverkabelung möglich sein soll. Das wurde deutlich abgelehnt. Ich kann Ihnen jetzt leider auf die Schnelle – ich habe versucht, es herauszufinden – nicht sagen, welche Länder wie abgestimmt haben. Das kann ich Ihnen vielleicht noch nachliefern. Das weiß ich nicht. Aber wir haben es beantragt, und es wurde klar abgelehnt. Jetzt versuchen wir, das Ziel über unsere Bundestagsfraktion bzw. über unsere Abgeordneten zu erreichen. 34 Projekte sind übrigens, wenn ich das richtig im Kopf habe, in der ganzen Bundesrepublik Deutschland vorgesehen. Da versuchen wir natürlich, welche zu bekommen. Bisher waren sie leider nur in Niedersachsen möglich. Ich muss es leider so sagen. Es ist tatsächlich aus unerfindlichen Gründen so. Im Bundesrat respektive im Wirtschaftsausschuss wurde es abgelehnt.

Meine Damen und Herren, deswegen bleibt es dabei: Wir machen das, was nötig ist, aber nicht, was wünschenswert ist, sondern das, was zwingend erforderlich ist, um die Versorgungssicherheit bei uns in Bayern sicherzustellen. Da habe ich Verantwortung, nicht nur als Energieministerin, sondern auch als Wirtschaftsministerin, weil ich große Verbraucher habe. Die Versorgung mit Haushaltsstrom ist relativ schnell regelbar. Aber die großen Stromverbraucher sind Wirtschaft und Gewerbe, meine Damen und Herren. 80 % des Stromverbrauchs entfallen auf das Gewerbe. Deshalb ist es gut, dass wir mit unserem 10.000-Häuser-Programm viel machen. Das ist richtig und wichtig. Ich finde, Kraft-Wärme-Koppelung ist super; aber sie wird das Problem der Großverbraucher noch nicht lösen. Auch für die Großverbraucher haben wir Verantwortung, nicht nur im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, sondern auch dafür, dass sie noch bezahlbaren Strom bekommen. Die Entscheidung, ob diese Unternehmen weiter in Bayern investieren oder neu investieren, wird ganz wesentlich von diesen zwei Faktoren abhängen, meine Damen und Herren. Dafür stehe ich. Dabei geht es nämlich um die Wirtschaftskraft und, mit Verlaub, um die Arbeitsplätze in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als Nächster hat Herr Huber um das Wort gebeten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nach der Ministerin muss noch gesprochen werden, das zeigt deutlich, dass ihre Rede nicht gereicht hat!)

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Frau Ministerin hat zur Windkraft zwar nichts gesagt. Da die Windkraft aber ein wesentliches Thema der gesamten Aussprache ist, möchte ich unsere Position in aller Kürze darstellen. Dass wir in Fragen der Politik, auch der Energiepolitik, unterschiedlicher Auffassung sind, ist der Normalfall in der Demokratie. Ich halte es allerdings für abwegig, wenn Behauptungen völlig gegen die Fakten aufgestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb habe ich mich gemeldet. Redner der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN sagten, wir wären gegen die Windkraft oder wir hätten die Windkraft in Bayern mehr oder weniger ausgeschaltet. Das stimmt einfach nicht.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Lesen Sie doch die Statistik!)

- Frau Kollegin, bei Ihnen habe ich es aufgegeben, dazu Informationen zu geben; denn das ist zwecklos.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das beruht auf Gegenseitigkeit! – Florian von Brunn (SPD): Sie sind aber heute sehr gereizt! Sie sind unentspannt! – Zuruf von der SPD: Erst einmal tief durchatmen!)

Für alle die, die bereit sind mitzudenken, stelle ich Folgendes fest:

Erstens. Der Windkraftanteil ist im neuen Energieprogramm der Staatsregierung genauso hoch wie vorher. Es gibt keinen Abstrich. Ziel ist es, 1.500 Windkraftträder in Bayern zu schaffen. Wer etwas anderes behauptet, verbreitet die Unwahrheit oder lügt ganz bewusst. Dem werden wir auch entgegnetreten.

Zweitens. Wir haben die Genehmigungsvoraussetzungen geändert. Dabei ist übrigens das, was in den Regionalplänen steht, nicht obsolet geworden, Herr Kollege Glauber. Das, was in den Regionalplänen steht, nämlich die landesplanerische Beurteilung, gehört zu den Genehmigungsvoraussetzungen. Diese erfolgt unabhängig davon, ob das Landratsamt über die Anlage als privilegiertes Vorhaben entscheidet oder ob die Gemeinde die Anlage mit einem Bebauungsplan auf den Weg bringt. In beiden Fällen brauchen Sie eine landesplanerische Beurteilung. Deshalb ist die gesamte Arbeit, die die Kommunen gemacht haben, sehr gut und keinesfalls für die Katz.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. In der Tat liegt jetzt bei einem Abstand unter 10 H die Entscheidung bei der Gemeinde.

(Widerspruch bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

- Nein, die Entscheidung liegt bei der Gemeinde. Unter 10 H entscheidet allein die Gemeinde, ob ein Windrad gebaut werden kann oder nicht. Im linken Spektrum des Hauses behaupten Sie immer wieder, Sie wollten die kommunale Selbstverwaltung und die Mitsprache der Bürger stärken. Genau das haben wir getan, meine Damen und Herren. Genau das!

(Beifall bei der CSU)

Wer die Privilegierung nach dem Baugesetzbuch vertritt, muss wissen, dass er damit sowohl die Kommunen als auch die Bürger außen vor lässt. Bei einem privilegierten Bauvorhaben haben ein Bürgerbegehren und ein Bürgerentscheid keinen Platz. Bei einem Bebauungsplan ist ein Bürgerbegehren sehr wohl möglich. Ich stelle fest, dass die Regelung der CSU sowohl die kommunale Planungshoheit als auch die Bürgerbeteiligung stärkt. Wer etwas anderes sagt, hat das Ganze leider nicht kapiert.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt sage ich noch zwei Sätze: Natürlich ist eine Umstellung des Verfahrens damit verbunden, dass Bauungspläne neu aufgestellt werden müssen. Dafür brauchen wir Zeit, und deshalb ist ein vorübergehendes Zurückgehen der Anträge ganz logisch. Das konnte jeder voraussagen. Der entscheidende Schlag gegen die Windkraft onshore ist mit der Neuregelung im EEG gekommen. Die Einspeisevergütungen für die Windkraft onshore sind deutlich reduziert worden. Die Windkraft in Bayern ist wegen der geringeren Windhöffigkeit nicht mehr so rentabel wie im Norden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): 10 H war schlimmer!)

Die Ministerin hat mit dem Hinweis, 30 % der Ausschreibungen für Süddeutschland reservieren zu wollen, die Möglichkeit dafür eröffnet, dass es auch in Zukunft bei uns Windkraftanlagen unter den Bedingungen der Ausschreibung gibt. Ich weiß, dass das etwas kompliziert ist. Wer es kapiert, dem ist es recht. Dem anderen kann ich nicht helfen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9224 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Ich darf darum bitten, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die CSU und die SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bevor ich die namentliche Abstimmung aufrufe, teile ich Ihnen mit, dass ich Sie bitte, sofort danach wieder Platz zu nehmen. Wir werden außerhalb der Tagesordnung eine Abstimmung durchführen.

Ich komme jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9253. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Ich eröffne jetzt die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16.26 bis 16.31 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Wir schließen den Abstimmungsvorgang und zählen außerhalb des Saales aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie jetzt bitten, wieder Platz zu nehmen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Außerhalb der Tagesordnung rufe ich im Einvernehmen mit allen Fraktionen auf:

Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2015 wurde die Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags beantragt. Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen sogleich zu Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen auf Drucksache 17/9175 zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses angenommen.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Ausnahmegenehmigung mehr für Glyphosat! (Drs. 17/9225)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Glyphosateinsatz endlich effektiv einschränken! (Drs. 17/9254)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Glyphosat - auf belastbare Forschungsergebnisse setzen und mögliche Alternativen entwickeln (Drs. 17/9255)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal beschäftigt uns im Hohen Haus das Thema Glyphosat. Dieses Mal geht es um die Anwendung auf Nichtkulturland. Darunter versteht man Freilandflächen, die nicht landwirtschaft-

lich, gärtnerisch oder forstwirtschaftlich genutzt werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Danke, Frau Präsidentin. – Wenn man auf diesen Flächen glyphosathaltige Mittel anwenden will, braucht man eine Ausnahmegenehmigung nach § 12 Absatz 2 des Pflanzenschutzgesetzes. Die Anträge für diese Ausnahmegenehmigungen kommen etwa zu gleichen Teilen von öffentlichen Einrichtungen sowie von Gewerbebetrieben und in sehr geringer Anzahl auch von privaten Antragstellern. Wir haben die Staatsregierung gefragt, welche Kontrollen es hier gibt und welche Ergebnisse dazu vorliegen.

Die Ergebnisse sind ernüchternd. Das Institut für Pflanzenschutz der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft führt diese Kontrollen durch und hat in den vergangenen drei Jahren bei 75 % der Kontrollen Verstöße festgestellt, von denen mehr als zwei Drittel mit Bußgeldern geahndet wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Zahlen belegen deutlich den unsachgemäßen Gebrauch von glyphosathaltigen Mitteln. Hier fehlt es offensichtlich sowohl bei den öffentlichen Einrichtungen als auch bei den Gewerbebetrieben an der nötigen Sachkunde. Diese Ergebnisse können wir doch nicht ignorieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei gibt es zu Glyphosat genug Alternativen. Es gibt thermische Verfahren mit Heißluft und Wasserdampf, mechanische Verfahren, die Infrarotbehandlung und vieles mehr.

Sie wissen, Glyphosat ist ein gefährlicher Stoff. Er wurde von der WHO als wahrscheinlich für Menschen krebserregend eingestuft. Wir haben im Plenum bereits mehrmals über Glyphosat diskutiert. Sie werden vermutlich wieder argumentieren, dass das Bundesinstitut für Risikobewertung und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit – EFSA – diesem Argument nicht folgen wollen; aber Sie wissen auch, dass fast 100 renommierte Wissenschaftler in einem offenen Brief die Bewertung der EFSA als wissenschaftlich unakzeptabel kritisiert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man das Vorsorgeprinzip ernst nimmt, darf es nach der WHO-Bewertung und erst recht nach dem offenen Brief der Wissenschaftler keine Verlängerung der Zulassung von Glyphosat geben; denn die Unschädlichkeit von Glyphosat ist nicht bewiesen und kann bisher auch nicht zweifelsfrei bewiesen werden. Eine Erteilung

von Ausnahmegenehmigungen widerspricht deshalb genau diesem Vorsorgeprinzip. Dies gilt insbesondere dann, wenn es methodische Alternativen zum Glyphosateinsatz gibt.

Wir haben heute schon viele Beispiele aus anderen Bundesländern gehört. Hier sind andere Bundesländer weiter als Bayern. Nordrhein-Westfalen hat bereits per Erlass bestimmt, dass es aus Gründen der Vorsorge keine Ausnahmegenehmigungen mehr erteilt. Das Bundesland Rheinland-Pfalz hat ebenfalls aus Gründen der Vorsorge das Ausbringen von Glyphosat auf öffentlichen Flächen untersagt. Es geht also.

Nach dem Vorsorgeprinzip, dem auch die Bayerische Staatsregierung verpflichtet ist, muss die Anwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel so weit wie möglich reduziert werden. Deshalb darf es dafür keine Ausnahmegenehmigungen mehr geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere an die letzte Sitzung des Umweltausschusses. Darin haben wir konstruktiv über das Thema Glyphosat debattiert. Wir waren uns alle einig, dass dieses Pflanzengift in privaten Händen nichts verloren hat. Unsere Anfrage hat gezeigt, dass es in öffentlichen Einrichtungen genauso wenig verloren hat. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den nachgezogenen Dringlichkeitsanträgen: Dem Antrag der SPD-Fraktion stimmen wir dieses Mal zu. Er ist uns beim letzten Mal nicht weit genug gegangen. Die Zielrichtung allerdings stimmt. Deshalb werden wir ihm dieses Mal zustimmen. Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist ein Berichtsantrag; er schadet nicht. Ihm werden wir auch zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als nächsten Redner bitte ich den Kollegen Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Umweltministerin! – Sie ist nicht da. – Deutschland ist bei der Bewertung des Wirkstoffs Glyphosat Berichterstatter für die Europäische Union und trägt somit maßgeblich zu der Entscheidung bei, ob das Pflanzenschutzmittel über den Monat Juni 2016 hinaus zugelassen bleibt. Das Bundesinstitut für Risikobewertung – BfR - übernimmt hierbei die gesundheitliche Bewertung des Pflanzenschutzmittels. Wie bereits erwähnt, werden jährlich

700.000 Tonnen des Wirkstoffs weltweit eingesetzt, davon 6.000 Tonnen in Deutschland.

Glyphosat ist rund um den Globus das am meisten eingesetzte Breitbandherbizid. Sein Handelsname ist Roundup. Das Problem bei diesem Mittel ist allerdings: Seit geraumer Zeit besteht der Verdacht, dass es krebserzeugend sein könnte. Die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation hat im Juli 2015 den Wirkstoff Glyphosat als wahrscheinlich krebserzeugend für den Menschen eingestuft. Das BfR wiederum relativierte die Einstufung seitens der WHO, gibt den Wissenschaftlern der WHO aber in einer Stellungnahme im Internet, die im Oktober an die Öffentlichkeit gelangt ist, teilweise recht.

Diese völlig unterschiedlichen Einschätzungen der WHO und des Bundesinstituts für Risikobewertung resultieren wohl aus der Unterschiedlichkeit der Bewertungsansätze. Während die WHO glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel mit krebserzeugendem Gefahrenpotenzial identifiziert, untersucht das BfR in seiner Risikobewertung für die Europäische Union lediglich den reinen Wirkstoff Glyphosat, berücksichtigt dabei aber auch die reale Aufnahmemenge bei bestimmungsgemäßer Anwendung.

Ein Mittel wie Roundup – dafür gibt es auch andere Handelsnamen – besteht nicht nur aus Glyphosat, sondern aus einem Cocktail von Chemikalien. Das Bundesinstitut für Risikobewertung kommt bei der Beurteilung des glyphosathaltigen Cocktails zu dem Ergebnis, dass der Wirkstoff und somit der Cocktail wahrscheinlich krebserzeugend ist. Nichtsdestoweniger gibt die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit am 30. Oktober dieses Jahres eine finale Gesundheitsbewertung an die Europäische Union mit dem Ergebnis, dass bei sachgerechter Anwendung von Glyphosat keine krebserzeugenden bzw. erbgutverändernden Risiken für die Menschen zu erwarten sind. Keine! Damit bestätigte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit mehrheitlich die gesundheitliche Bewertung des Bundesinstituts für Risikobewertung.

Nun aber lese ich einen Protestbrief, er wurde gerade genannt. Er ist von 96 – bei den GRÜNEN sind es 99 – Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterzeichnet, die wirklich eine internationale Reputation haben. Sie beklagen, das BfR habe wissenschaftlich unakzeptable Wirkstoffbewertungen vorgenommen.

Wie schon gesagt, einmal wird nur der Stoff bewertet, einmal der Cocktail, das Produkt. Eine abschließende Klärung der Frage, ob glyphosathaltige Herbizide das Krebsrisiko beim Menschen erhöhen, bleibt unbeant-

wortet. Es drängt sich jedoch der Verdacht auf, dass der Wirkstoff Glyphosat wohl nicht grundlos im Fokus einer solch kontrovers geführten Debatte steht.

An der Stelle möchte ich an das Atrazin erinnern. Der Wirkstoff Atrazin war sozusagen das Vorgängermodell von Glyphosat. Damals hat es geheißt, der Stoff baut sich ab, man findet Atrazin nicht im Grundwasser. Es ist aber genau das Gegenteil eingetreten. Wir finden Atrazin heute im Grundwasser und müssen Pflanzenschutzmittel aufwendig aus Brunnen herausholen, obwohl die Landwirtschaft sich qualifiziert, immer wieder versucht, die Menge zu reduzieren, und sich wirklich dafür einsetzt, die Menschen und die Umwelt zu schonen.

Wir dürfen nicht tatenlos zusehen. Der großflächige Einsatz von Glyphosat beeinträchtigt nämlich auch die biologische Vielfalt. Wenn die Pflanzen, die als Nahrung für die Tiere dienen sollen, abgestorben sind, dann ist ihre Nahrung ganz einfach weg. Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass aus angeblichen Nachhaltigkeitsgründen Äcker hektarweise totgespritzt werden, um, wie man es nennt, eine nachhaltige Bewirtschaftung sicherzustellen. Das muss meiner Meinung nach aufhören.

Außerdem ist Glyphosat ein Wasserschadstoff. Viele, sogar die meisten heimischen Gewässer, sind mittlerweile mit Glyphosat belastet. Die dort lebenden Fische werden jedoch nicht nur von Glyphosat, sondern auch von Nitrat, Phosphat, Gülle und Mikroplastik traktiert und im wahrsten Sinne des Wortes umgebracht. Die Folge ist, dass rund 85 % der in Bayern heimischen 80 Fischarten mittlerweile auf der Roten Liste der massiv bedrohten Tierarten stehen. Ich darf hier insbesondere auf die Aussagen des Landesfischereipräsidenten hinweisen, Herrn Professor Albert Göttle, der das in einer Anhörung im Landtag bestätigt hat.

Wo findet man Glyphosat noch? – In Urinproben von Menschen, in Haferflocken, in Mehl, in Brötchen und sogar in der Muttermilch. Das heißt also, wir müssen etwas tun. Können wir es wirklich weiter verantworten, Glyphosat wie bisher in diesem Umfang einzusetzen? – Acht der sechzehn Bundesländer bereiten auf Bundesebene bereits eine Einschränkung des Glyphosateinsatzes vor. Auch Kommunen verzichten inzwischen auf den Einsatz dieses Mittels.

Beim Gesundheitsschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir das Vorsorgeprinzip anwenden, wie wir es auch beim Wasserrecht tun. Es gibt begründete Zweifel. Diese begründeten Zweifel sollten uns dazu anregen, ein wirksames Verbot jetzt in Teilbereichen durchzusetzen oder die Anwendung massiv zurückzu-

fahren. Der Preis für ein Nichthandeln wäre, dass Menschen geschädigt werden. Das wollen wir doch alle nicht.

Die von den GRÜNEN geforderten Regelungen würden wahrscheinlich vor allem die Bundesbahn treffen. Wenn wir die Ausnahmegenehmigungen nicht mehr erteilen, dann werden wir unter Umständen Probleme mit den Gleiskörpern bekommen. Die genannten physikalischen Maßnahmen sind mit Sicherheit möglich, aber vom flächendeckenden Abflammen sind auch die Tiere betroffen. Deshalb sollte man sich die Verwendung physikalischer Maßnahmen gut überlegen.

Die FREIEN WÄHLER stellen einen Berichts Antrag. Wissen ist immer wichtig, deshalb glaube ich: Dieser Antrag ist zu unterstützen.

Wir fordern ein grundsätzliches Verbot der Anwendung von glyphosathaltigen Herbiziden zur Ernteerleichterung. Wenn ich von einem grundsätzlichen Verbot spreche, dann weiß der Jurist, wovon ich rede. Es ist nicht einzusehen, dass wir solche Mittel anwenden, um die Ernte besser einzufahren zu können. Wir fordern eine Begrenzung der maximalen Ausbringungsmenge. Das wirkt sofort, nicht irgendwann, sondern sofort. Wir fordern ein Verbot des Handels und der Anwendung von Glyphosat für den Privatbereich. Ich darf an die Diskussion im Ausschuss erinnern. Wir alle waren uns einig: Unsere Landwirte müssen fundierte Kenntnisse nachweisen und sich schulen lassen, damit sie mit so einem Stoff umgehen können. Er darf nur richtig dosiert eingesetzt werden. Die große Gefahr ist nämlich die Überdosierung. Ich glaube, diese Forderung ist angesichts dessen gerechtfertigt. Schließlich fordern wir ein Verbot der Anwendung auf öffentlichen Wegen und Plätzen.

Zur Argumentation der CSU: Es wird immer davon gesprochen, dass die Mittel, die nachkommen, schlechter sein werden. Es kann aber auch sein, dass ein Mittel besser wird. Man hat das auch beim Atrazin gesehen, als Nachfolge kam dann das Glyphosat.

Abschließend möchte ich mich noch beim Fraktionsvorsitzenden der SPD, Markus Rinderspacher, für seine tolle Rede heute herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Nächster Redner ist Herr Kollege Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie ein bisschen ruhiger wären, auch ohne Glocke.

Glyphosat, dieses Wort haben wir heute schon oft gehört, ist wohl der bekannteste und berühmteste, am höchsten gelobte oder auch verteufeltste Wirkstoff, den die Pflanzenschutzmittel heutzutage weltweit enthalten. Er ist auch bekannt unter dem Umgangsnamen des Hauptproduktes Roundup oder Roundup Ready, mit der Zusatzbezeichnung Max oder wie auch immer. Das Thema wird mittlerweile weltweit diskutiert, unter anderem auch von der Weltgesundheitsorganisation - WHO -; das haben wir gerade gehört. Die WHO hat das Mittel als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit - EFSA - hat das Mittel hingegen als wahrscheinlich nicht krebserregend eingestuft. Das Untersuchungsergebnis ist erst im November herausgekommen. Wir haben auch gehört, dass fast 100 – laut der Presse von heute genau 96 – Wissenschaftler die EFSA stark kritisiert haben. Angeblich weist die Studie gravierende Mängel auf. Die Vorwürfe richten sich auch gegen das Bundesinstitut für Risikobewertung, das den Stoff im Auftrag ebenfalls geprüft hat.

Die GRÜNEN fordern in Ihrem Antrag, dass die zuständigen Behörden angewiesen werden, für den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln keine Ausnahmegenehmigungen nach § 12 Absatz 2 des Pflanzenschutzgesetzes mehr zu erteilen. Wie der Name aber schon sagt, eine Ausnahmegenehmigung braucht man, wenn etwas Außergewöhnliches vorliegt. Deshalb ist es ja eine Ausnahme. Wir haben gehört, das steht mittlerweile 50 % zu 50 %. 50 % der Antragsteller sind Kommunen, 50 % private Antragsteller.

Die SPD fordert in Ihrem Dringlichkeitsantrag das Verbot von glyphosathaltigen Herbiziden zur Ernteerleichterung. Der Fachbegriff dafür lautet Sikkation. Bei dieser Forderung können wir mitgehen. Die SPD fordert außerdem ein Verbot des Handels und der Anwendung von Glyphosat für den Privatbereich und das Verbot für die Anwendung in den Kommunen. Schließlich fordert die SPD eine maximale Ausbringungsmenge auf landwirtschaftlich genutzten Flächen von 2.000 Gramm. Dieser Wirkstoff wird sowohl in fester Form verkauft, als Granulat, als auch in flüssiger Form. Dafür müsste man eine Milliliterangabe machen. Die SPD schreibt hier aber nur Gramm, deshalb ist der Antrag etwas ungenau. Ein Problem haben wir mit der Forderung, dass diese Menge in drei Jahren nur einmal zur Vorsaatsbehandlung verwendet werden darf. Bei uns ist Gott sei Dank nur das der Fall, weil wir keine genveränderten Pflanzen haben, die dagegen resistent wären. Das ist wahrscheinlich weltweit der Grund, warum das Mittel in die Nahrungskette gelangt: Wenn Glyphosat auf die Pflanzen gesprüht wird, dann kommt es in die Nahrungskette, und dann

findet es sich auch in den Urinproben, was der Kollege von der SPD angesprochen hat. Dort ist das Mittel dann nachweisbar.

Fachlich ist das allerdings nur auf drei Jahre begrenzt. Ob das schon reicht, da sind wir uns nicht sicher. Wie stellt man sich das Verbot für den Handel und Privat-anwendungen vor? – In der letzten Ausschusssitzung war es wieder ein Thema. Jeder von euch hat das ganze Wissen der Welt vor sich auf dem Schreibtisch: In Ebay werden 5 Liter Roundup – ich möchte jetzt keine Werbung machen – für unter 60 Euro angeboten. Wir möchten diesen Handel verbieten. Gibt es dazu schon konkrete Lösungsvorschläge? Wie stellt sich die SPD das in ihrem Dringlichkeitsantrag vor?

Beide Anträge, der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN und jener der SPD, gehen in die richtige Richtung. Deshalb lehnen wir sie nicht ab, sondern wir enthalten uns zu beiden Anträgen.

(Zurufe: Ah!)

Das ist schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir haben unseren Dringlichkeitsantrag nachgezogen. Da es ein ganz harmloser Berichts-antrag ist, dürfte hier im Raum niemand sein, der unseren Berichts-antrag ablehnt. Wir haben gehört: Wissen schadet nie.

Wir haben schon von der WHO und von der EFSA gehört. Wir haben aber auch in Bayern hervorragende Forschungsinstitute. Wie schaut es mit Weihenstephan aus? Welche Untersuchungsergebnisse gibt es dort? Was kann man vorlegen? Wie schaut es in Triesdorf aus? – Da sich Experten weltweit darüber streiten, wer recht hat, wäre es vielleicht gut, wenn wir uns mehr auf unsere bayerischen Fachleute verlassen und bei uns prüfen lassen würden, wer auf dem richtigen Weg ist.

Wir haben im Vorfeld schon über Atrazin gesprochen. Es ist schon sehr lange her, ich kann mich nur noch ganz schwach daran erinnern; Atrazin als Vorläufer von Roundup bzw. Glyphosat kann ich mir nicht vorstellen. Meines Wissens ist Atrazin ein Bodenherbizid. Glyphosat geht nur auf die grünen Pflanzenteile über. Also besteht schon in der fachlichen Anwendung ein riesengroßer Unterschied.

Der Vorredner ist auf die Belastung eingegangen. In 99 % der Gewässerproben kann man das Gott sei Dank nicht nachweisen. Das ist gut.

Ich gebe Ihnen zu 100 % recht, wenn Sie die Bundesbahn erwähnen, die ihre Gleiskörper freihalten muss.

Das sind immense Mengen – ich glaube, man verwendet circa 50 % Glyphosat und noch einen anderen Wirkstoff, den ich jetzt nicht parat habe –, die in diesen Konzentrationen auf Hunderttausenden von Schienenkilometern ausgebracht werden. Darüber müssen wir uns Gedanken machen.

In unserem Dringlichkeitsantrag werden noch die Kommunen erwähnt. Wie viele benutzen in Bayern Herbizide mit dem Wirkstoff Glyphosat?

Ich hätte natürlich auch eine Anfrage zum Plenum oder eine Schriftliche Anfrage stellen können; ich sage aber ganz ehrlich: Hier und da bin ich von der Antwort, die ich bekomme, nicht begeistert. Deshalb haben wir diesen Antrag formuliert.

In einer berühmten bayerischen Fernsehsendung ist vor Kurzem der Bürgermeister einer Gemeinde östlich von München zu Wort gekommen. Er hat gesagt, dass in seiner Gemeinde ab sofort auf die Verwendung dieses Wirkstoffes, auf diese chemische Keule verzichtet wird; die Bürgerinnen und Bürger müssten sich aber darüber im Klaren sein, dass dann nicht jeder Gehweg und jeder Straßenrand gänzlich frei von Unkraut sein werden. – Ich glaube, das muss in die Köpfe der Leute: Wenn man ein konsequentes Verbot solcher Mittel fordert, dann darf man nicht empfindlich sein, wenn die Gemeindearbeiter nicht jedes Unkraut mit dem Bunsenbrenner oder mechanisch entfernen können.

Ich darf wiederholen und zum Schluss kommen: Wir enthalten uns zu den Anträgen der GRÜNEN und der SPD. Ich bitte das Plenum, unserem Berichts-antrag zuzustimmen. Wissen schadet nie, wie der Vorredner schon gesagt hat. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Kreitmair.

Anton Kreitmair (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben hier drei Dringlichkeitsanträge zu beraten. Ob sie tatsächlich dringlich sind, werden wir gleich sehen.

Zum Antrag der GRÜNEN: Für die Fraktion der CSU stehen Verbraucherschutz, Anwenderschutz und Naturschutz ganz oben; das muss ganz oben bleiben. Das ist die Grundlage unserer Politik und unserer Entscheidungen.

Die GRÜNEN führen in ihrem Dringlichkeitsantrag zwei Begründungen an, zum einen die bei Kontrollen festgestellten Verstöße in 75 % der Fälle. Hier muss

man relativieren: Es geht um anlassbezogene Kontrollen, also wenn Anzeigen vorlagen oder Verdachtsmomente auf Verstöße. Da besteht ein Unterschied, ob man generell kontrolliert oder anlassbezogen.

Zu der zweiten Begründung, dass Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde, möchte ich das Gesagte nicht wiederholen.

Wir haben zwei Bewertungsalternativen: Wir können würfeln oder fachgerecht entscheiden. Ich bin für die fachgerechte Entscheidung. Niemand hier weiß heute, was richtig ist. Mitte des Jahres, im Juli, haben wir hier einen Dringlichkeitsantrag betreffend "Neubewertung des Pflanzenschutzmittelwirkstoffs Glyphosat" beschlossen: Nach Vorliegen der Ergebnisse des Neubewertungsverfahrens soll dem Landtag über Maßnahmen berichtet werden, die aus Sicht der Staatsregierung nötig sind und in eigener Kompetenz umsetzbar wären. Zu dem, worüber wir heute reden, wurde also bereits ein Bericht beantragt, der demnächst vorliegen wird.

Vollständigkeitshalber – ich glaube, das wurde noch nicht angesprochen – erwähne ich: Die Zulassung wäre zum 31. Dezember ausgelaufen. Sie wurde bis zum 30. Juni 2016 verlängert. Von daher ist die Situation klar.

Die Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN und der SPD müssen wir ablehnen. Politik zu gestalten, heißt Verantwortung zu übernehmen. Man kann nicht willkürlich ins Blaue hinein entscheiden. Wir haben eine ganz klare Ausgangssituation. Nach Vorliegen der Ergebnisse der Neubewertung spätestens Mitte des nächsten Jahres können wir uns hier mit der Thematik auseinandersetzen. Inhaltlich – das sage ich jetzt ganz offen – sind wir in weiten Teilen sehr nah beieinander. Wie ich soeben erwähnt habe: Politik zu gestalten, heißt Verantwortung zu übernehmen. Man kann nicht ins Blaue hinein entscheiden; man braucht eine klare Begründung, die auch rechtlich haltbar sein muss.

(Margarete Bause (GRÜNE): Vorsorge!)

Wir können dem Antrag der GRÜNEN momentan nicht zustimmen, vielleicht in weiten Teilen im Frühjahr.

Für den Privatbereich ist das Anwendungsverbot von den Verbraucherschutzministern in die Wege geleitet. Ich gehe davon aus, dass sich das automatisch erledigt. Dann brauchen wir jetzt nicht irgendetwas in den Raum zu werfen, wofür wir keine Handhabe haben. Bei den Maßnahmen für die Liegenschaften des Freistaates Bayern bin ich klar bei Ihnen.

Ich nenne gerne das Wort Bewusstseinsbildung. Kollege Kraus hat es vorher angesprochen. Die Kommunen können schon jetzt untersagen, dass diese Mittel eingesetzt werden, oder ihre Mitarbeiter darauf hinweisen. Da gibt es sehr viele Möglichkeiten.

Die SPD wollte mit ihrem nachgezogenen Antrag offenbar auch mit dabei sein. Ein Verbot der Anwendung glyphosathaltiger Herbizide zur Ernteerleichterung ist weitgehend geregelt. Es gibt noch kleinere Ausnahmen. Vielleicht muss man noch nacharbeiten. Ein Verbot des Handels und der Anwendung von Glyphosat für den Privatbereich und ein Verbot der Anwendung auf öffentlichen Wegen und Plätzen sind auf den Weg gebracht. Das ist gut so.

Der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ist ein Berichtsantrag. Dem kann man natürlich zustimmen. Im Grunde ist er aber eine Wiederholung dessen, worüber wir schon oft gesprochen haben. Das ist nichts Neues.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Was nicht schadet, schadet nicht!)

Frieden zu Weihnachten ist immer gut.

Zusammenfassend möchte ich feststellen: Der Anwenderschutz und insbesondere der Verbraucherschutz sind für uns sehr wichtig. Herr Kollege Scheuenschuhl, zum Naturschutz, zur biologischen Vielfalt und zum Absterben der Pflanzen möchte ich anmerken: Es sind keine Nutzpflanzen, sondern Unkräuter, die bewusst vernichtet werden, um Platz für andere Pflanzen zu schaffen.

Wir nehmen das Thema ernst. Wir werden Mitte des Jahres eine Neubewertung auf Bundesebene und auf Landesebene haben. Dann gilt es, hier zu entscheiden. Ich betone also noch einmal: Wir können das Signal setzen, dass wir eine sachgerechte Entscheidung treffen werden. Vielleicht kann man – das wäre mein Wunsch – auch vieles im Sinne des Verbraucherschutzes einheitlich regeln.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Kreitmair. Bleiben Sie bitte noch. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Steinberger. Bitte schön, Frau Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Lieber Kollege Kreitmair, Sie haben gesagt, für Sie sind der Verbraucherschutz und das Vorsorgeprinzip ganz wichtig. Das kann ich nur unterstreichen. Sie haben aber auch gesagt, Sie brauchen verlässliche Zahlen und Daten, um ein Verbot begründen zu können. Ich habe Ihnen eigentlich Zahlen geliefert.

Sie haben gesagt, es gibt einen Unterschied zwischen den Anwendungskontrollen und den Anlasskontrollen, und was ich genannt habe, seien alles Anlasskontrollen gewesen. Zur Verdeutlichung: Bei Anlasskontrollen hat es eine Anzeige gegeben, der man nachgeht. Dann sieht man nach, ob das gestimmt hat. Es gab aber nicht nur Anlasskontrollen, sondern mindestens genauso viele Anwendungskontrollen, bei denen es keine Anzeige gegeben hat. Im Jahr 2014 gab es 160 Anlasskontrollen bei Flächen, für die es eine Ausnahmegenehmigung gab, oder bei Flächen, für die kein Antrag gestellt worden ist. Hier wurden 75 % beanstandet.

Das heißt, es geht nicht nur um die Flächen, bei denen es eine Anzeige gegeben hat, sondern um alle Flächen, bei denen das Mittel angewendet worden ist, ob mit oder ohne Ausnahmegenehmigung. Auch die Flächen mit Ausnahmegenehmigung wurden, obwohl es keine Anzeige gab, zu 75 % beanstandet. Das ist eine Grundlage, auf der man im Sinne des Verbraucherschutzes durchaus urteilen könnte.

Sie haben von den privaten Anwendern gesprochen. Damit sind die Anwender gemeint, die in den Baumarkt gehen und sich dort Glyphosat kaufen. Darin, dass man das nicht mehr will, sind wir uns alle einig, und da ist auch der Bundesrat auf unserer Seite. Aber wir haben die Anwender wie Gewerbebetriebe oder öffentliche Einrichtungen untersucht, die eine Ausnahmegenehmigung bekommen haben. Über die Bundesratsinitiative kommen wir an diese Anwender nicht heran.

Kurz und gut: Sie sagen, dass Ihnen Verbraucherschutz und Vorsorgebezug wichtig sind. Wir haben Ihnen heute die Zahlen geliefert, die begründen, dass Sie eigentlich unserem Antrag zustimmen sollten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Steinberger. Bitte, Herr Kreitmair.

Anton Kreitmair (CSU): Bei der Genehmigung wird der Antragsteller vorher beraten; da sind wir uns noch einig. In vielen Fällen wird der Antrag im Rahmen der Beratung zurückgezogen, was auch in Ordnung und ganz wichtig ist. Das ist der erste Punkt.

Zu den Kontrollen. In Ihrem Antrag steht ganz klar, dass bei den Kontrollen in den vergangenen drei Jahren im Durchschnitt in 75 % der Fälle Verstöße festgestellt wurden. Anlasskontrolle und Kontrolle sind aber zwei verschiedene Dinge. Eine Kontrolle ist eine Pauschalkontrolle, und bei einer Anlasskontrolle liegt entweder ein Verdacht oder eine Anzeige vor. Das ist der kleine Unterschied. Von daher gibt es wirklich einen Unterschied.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kreitmair. – Nächste Wortmeldung: Staatsminister Brunner. Bitte schön.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Schutz der Verbraucher steht für die Staatsregierung gerade auch bei diesem sensiblen Thema an erster Stelle. Ich erinnere daran, dass wir uns im Juli über dieses Thema ausführlich unterhalten haben und der Landtag den Beschluss gefasst hat, dass weitere Untersuchungen von Grundwässern und Oberflächengewässern durchzuführen sind und je nach Ergebnis überlegt werden soll, welche Maßnahmen in Länderkompetenz und bayerischer Verantwortung die Folge und die Konsequenz sein können.

Die Ergebnisse wurden im Umweltausschuss in der letzten Woche von der Staatsregierung bekannt gegeben. Von 2008 bis 2014 wurden insgesamt 1.500 Untersuchungen durchgeführt. Bei 99 % der Untersuchungen sind keine Rückstände festgestellt worden. Bei den restlichen Untersuchungen sind keine Überschreitungen der strengen Trinkwassergrenzwerte von 0,1 Mikrogramm je Liter nachgewiesen worden. Diese Ergebnisse sind übrigens auf Bundesebene bestätigt worden. Außerdem hat das Landesamt für Umwelt festgestellt, dass keine Gefahr für das Grundwasser besteht.

Die Neubewertung des Wirkstoffes ist allerdings in Brüssel noch nicht abgeschlossen. Zugegebenermaßen gibt es unterschiedliche wissenschaftliche Ergebnisse bzw. Interpretationen der Untersuchungen. Sie wissen genau, die einen bewerten das Ergebnis so und die anderen anders. Ob dieses Gremium in der Lage ist, das Richtige, das Wegweisende und für die Zukunft Entscheidende festzulegen, lasse ich jetzt einmal dahingestellt.

Für mich steht der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Verbraucher nach wie vor an erster Stelle. Deswegen wird die Staatsregierung die Untersuchungen auch fortsetzen. Auf alle Fälle können wir aus meiner Sicht schon den bewährten integrierten Pflanzenschutz optimieren, also eine Kombination von mechanischem Pflanzenschutz, Bodenbearbeitung und Pflegemaßnahmen und Ergänzung eines unabdingbar notwendigen Pflanzenschutzmittels.

Ich denke, wir sollten es auch denen, die mit diesen Mitteln umgehen, ermöglichen, die Sachkompetenz zu erwerben und sie in kleinerem oder größerem Umfang anzuwenden. Die Sachkompetenz und die gute fachliche Praxis sind hier Voraussetzung.

Meine Damen und Herren, wenn das Bewertungsverfahren abgeschlossen ist, macht es Sinn, dass wir

uns damit im Bayerischen Landtag noch einmal intensiv auseinandersetzen, wie es jetzt auch Herr Kreitmair angedeutet hat. Im Übrigen, Frau Steinberger, gibt es jetzt schon eine strenge Reglementierung für den Einsatz dieses Wirkstoffes, insbesondere bei den sogenannten Nichtkulturlflächen. Das sind Wegeflächen, vielleicht auch Flächen an Bahngleisen oder Flughäfen etc., also dort, wo die Sicherheit den Einsatz dieses Wirkstoffes vordringlich erscheinen lässt und eine anderweitige Unkrautbekämpfung nur mit unzumutbarem Aufwand möglich wäre.

Noch einmal zu Ihrer Interpretation des Untersuchungsergebnisses. Ich denke, Frau Steinberger, da liegt in der Tat ein Missverständnis vor. Sie haben in Ihrer Schriftlichen Anfrage detailliert angefragt und haben auch eine Antwort bekommen. Die Anwendungskontrollen oder Anlasskontrollen, die meistens auf einer Anzeige basieren, sind von Haus aus sozusagen angelastet worden. Da ist nicht getestet worden, ob die Grenzwerte überschritten worden sind, sondern unter die genannten 75 % fallen alle Flächen, für die keine Ausnahmegenehmigung beantragt worden ist und auf denen das Mittel eingesetzt wurde. Darum ist es etwas irreführend, wenn Sie die Zahl in den Raum stellen, weil Sie eigentlich etwas vermischen, was man nicht vermischen soll.

Ich werde die Gemeinden auf alle Fälle zusätzlich über die Alternativen informieren, die sie einsetzen können. Vielleicht muss man da und dort noch die Sensibilität erhöhen, weil ich mir vorstellen kann, dass nicht jede Ausnahmegenehmigung, die beantragt wird, zwingend notwendig ist. Das sollen die Kommunen vor Ort in Eigenverantwortung überprüfen, so wie es einzelne Kommunen ja bereits vormachen.

Ich möchte den Fraktionen keine Empfehlungen geben; aber aus meiner Sicht wäre es doch ratsam abzuwarten, bis das Verfahren abgeschlossen ist, und dann noch einmal gemeinsam in den Fachausschüssen zu beraten und zu entscheiden, was wir von Bayern aus selber entscheiden können und wo wir auf Bundes- oder EU-Ebene die weitere Handhabung mitgestalten können.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Minister. Frau Steinberger hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Minister Brunner, ich freue mich, dass Sie zum Schluss noch angekündigt haben, die Kommunen sensibilisieren zu wollen. Ich glaube, dass das absolut notwendig ist. Auch wenn Sie unseren Antrag vermutlich ablehnen wollen: Die Kommunen müssen sensibilisiert werden. Ich könnte Ihnen eine Kommune als Beispiel nennen, in

der Glyphosat mit der Gießkanne ausgebracht worden ist, wo es mit Sicherheit nicht sachgerecht gemacht worden ist. Natürlich ist das auch bei den anwendungsbezogenen Kontrollen passiert, nicht nur da, wo eine Anzeige vorlag.

Ich habe mich deswegen noch einmal gemeldet, weil Sie am Anfang gesagt haben, in der letzten Woche wurde im Umweltausschuss berichtet, dass im Grundwasser – Sie haben pauschal von Gewässern gesprochen – kein Glyphosat gefunden worden ist. Das stimmt nicht. Beim Grundwasser ist es tatsächlich so, Gott sei Dank, dass die Böden diesen Stoff sehr stark festhalten, sodass er nicht stark ausgewaschen wird. In den Oberflächengewässern haben wir Glyphosat sehr wohl. Da gab es eine Anfrage. In 60 % aller Oberflächengewässer wird Glyphosat gefunden. Ich finde, das ist schon eine dramatische Aussage. Für Entwarnung ist da nicht die Zeit, und deshalb müssen wir das deshalb wirklich streng beobachten. Ich fürchte nur, dass Sie sich im nächsten Jahr der Bewertung der EFSA anschließen und mit Sicherheit keine eigenen Risikobewertungen vornehmen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Herr Minister, bitte.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Nun, Ihre Prognosen in die Zukunft hinein, was unser Verhalten angeht, will ich nicht bewerten. Bezüglich der Bewertung der Ergebnisse liegen wir auch nicht auseinander. Diese 99 % Unbedenklichkeit – das habe ich ausdrücklich gesagt –, beziehen sich aufs Grundwasser. Es ist richtig, dass wir beim Oberflächengewässer andere Ergebnisse vorliegen haben. Es gibt überhaupt keinen Dissens über die Fakten, die auf dem Tisch liegen.

Aber dennoch rate ich dazu, jetzt keinen Schnellschuss abzugeben. Bedenken Sie, dass sich Hunderte von Wissenschaftlern, die sich in dieser Sache kompetent informiert und damit auseinandergesetzt haben, nicht einig sind. Sollten wir nicht erst noch die Beratung der zuständigen Ausschüsse in Brüssel abwarten, um zu einer abschließenden Meinung im Hohen Hause zu kommen? – Ich denke, das gebietet einfach die Vernunft. Ich biete Ihnen an, dass wir uns dann noch einmal sehr sachlich und vernünftig mit der gesamten Thematik auseinandersetzen. Gleichwohl erwarte ich auch, dass man, bevor man grundsätzlich Verbote ausspricht, auch darüber diskutiert, welche Alternativen und Möglichkeiten wir in der praktischen Anwendung haben, ob das in der Landwirtschaft ist, ob das im Gartenbau ist oder, worum es eigentlich heute bei Ihrem Antrag in erster Linie geht, bei öffent-

lichen Flächen. Ich bitte zu differenzieren und zu unterscheiden und nicht alles in denselben Topf zu schmeißen; die nachgezogenen Anträge tendieren ja in diese Richtung.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9225 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und eine Enthaltung aus den Reihen der CSU. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9254 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9255 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Kohlen, Karl und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Fortsetzung des Energiedi-logs und Nachbesserung des Energieprogramms", Drucksache 17/9253, bekannt: Mit Ja haben 68 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 89. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir kommen nun zur Beratung der weiteren Dringlichkeitsanträge. Zur gemeinsamen Beratung rufe ich daher auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)
Kein übereilter Aktionismus bei EU-Feuerwaffenrichtlinie (Drs. 17/9226)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)
Änderung der EU-Feuerwaffenrichtlinie (Drs. 17/9256)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Waffenrecht: Keine Verschärfung des legalen Waffenbesitzes in Deutschland (Drs. 17/9257)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Kollege Flierl. Bitte schön, Herr Kollege Flierl.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Alexander Flierl (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Am 18. November dieses Jahres hat die EU-Kommission im Rahmen einer Pressekonferenz ihre Vorschläge zur Änderung der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie vorgestellt, also fünf Tage nach den verheerenden Terroranschlägen in Paris, diesen schrecklichen Ereignissen, die uns alle erschüttert haben. Zu Recht kann man hierbei die Frage stellen: Wie schützen wir zukünftig unsere Bevölkerung? Welche Werkzeuge und Möglichkeiten geben wir den Sicherheitsbehörden an die Hand, und wie gewährleisten wir die innere Sicherheit?

Der übliche, nicht auf Fakten basierende Reflex ist immer der Ruf nach einer Verschärfung des bestehenden Waffenrechts. Dieser Versuchung ist die Europäische Kommission erlegen. Die Terrorakte werden zum Anlass genommen, Einschränkungen für die legalen Waffenbesitzer zu fordern. Dabei wird die Tatsache komplett ignoriert, dass diese Anschläge mit Sprengstoffen und mit illegalen, verbotenen Waffen durchgeführt wurden. Es findet wieder eine unzulässige Vermengung des legalen und des illegalen Waffenbesitzes statt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Gefahr für die innere Sicherheit geht von den illegalen Waffen aus, nicht von den rechtmäßigen Waffenbesitzern.

(Beifall bei der CSU)

Ungeachtet dessen, dass sicherlich eine Vernetzung zwischen den Mitgliedstaaten notwendig ist, auch

eine bessere Vernetzung bei Auskünften aus dem nationalen Waffenregister, muss man bei den Vorschlägen schon klar festhalten, dass keine ausschließliche Zuständigkeit der EU besteht. Man muss auch den Grundgedanken der Subsidiarität ins Feld führen und feststellen, dass die Vorschläge der EU-Kommission in weiten Teilen unverhältnismäßig, unnötig und außerhalb jedes Verhältnisses stehen bezüglich des bürokratischen Aufwandes und der Kosten.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Es geht um Begrenzung und Bekämpfung von Kriminalität!)

- Darauf komme ich noch, Herr Wengert. Sie werden dann feststellen, dass das ganz klar nicht im Einklang mit den feststehenden statistischen Daten steht.

Schauen wir uns die Vorschläge einmal an: Meldepflicht für Schreckschusswaffen, Registrierung, Erfassung unbrauchbar gemachter Waffen, Beschränkung des Internethandels, Verbot des Verkaufs von Privat zu Privatperson, obwohl keinerlei Erkenntnisse des Innenministeriums zu einem möglichen Missbrauch vorliegen, ein Verbot der sogenannten B-7-Waffen, halbautomatischer Waffen, die aussehen wie vollautomatische Waffen, die bei uns allerdings seit der Waffengesetzänderung 2003 legal sind.

Besonders schwerwiegend sind allerdings die vorgeschlagenen Befristungen von Erlaubnissen auf fünf Jahre. Hier wird völlig übersehen, dass ein Jagdschein maximal für drei Jahre gelöst werden kann, dass alle drei Jahre eine Regelüberprüfung durch Abfrage des Bundeszentralregisters und des staatsanwaltlichen Ermittlungsverzeichnisses stattfindet. Insbesondere soll eine medizinische Untersuchung verpflichtend vorgesehen werden. Auch diesbezüglich haben wir bereits ausreichende Regelungen zur persönlichen Eignung in § 6 des Waffengesetzes, und es stellt sich auch die Frage, wie eine medizinische Untersuchung Bedürfnis- oder Zuverlässigkeitsfragen nachweisen soll. Diese Vorschläge zeigen eindeutig, dass in großen Teilen ein Zusammenhang mit den Terroranschlägen fehlt. Es wird klar übersehen, dass wir ein strenges Waffengesetz in Deutschland haben, das sich bewährt hat.

Deswegen verwundert mich auch der SPD-Antrag etwas, in dem ganz klar eine weitere Verschärfung des Waffenrechts gefordert wird: ein Verbot sämtlicher halbautomatischer Waffen, also auch für Jäger, für Sportschützen, insbesondere auch für Reservisten, strengere Vorschriften für den Internethandel und auch zusätzliche Auflagen für Sammler, weil hier angeblich das Risiko besteht, dass diese Waffen an Kriminelle verkauft werden. Das hat mit der Realität und mit den Erfordernissen in der Praxis nichts mehr zu

tu. Es ist weit entfernt davon und zeigt auch, dass Sie keinerlei Kenntnis der tatsächlichen gesetzlichen Bestimmungen hier bei uns im Lande haben.

(Beifall bei der CSU)

Sie verkennen auch ganz klar, dass wir kein Sicherheitsproblem durch die Besitzer legaler Waffen haben. Der Nachweis wird durch die polizeiliche Kriminalstatistik geführt. Nur 0,2 % aller Straftaten werden unter Schusswaffenverwendung verübt und fast ausschließlich durch illegale Waffen. Dies zeigt ganz klar, dass der Staat auf die Rechtstreue der Besitzer legaler Waffen vertrauen kann. Dieses Vertrauen ist eindeutig gerechtfertigt. Die Besitzer legaler Waffen brauchen es sich nicht gefallen zu lassen, dass behauptet wird, von ihnen gehe eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung aus. Sie dürfen auch nicht in diese Ecke gestellt werden.

Auch wenn unser Antrag deutlich umfassender und detailreicher ist und sich auch auf Sammler, Reservisten und Brauchtumsschützen bezieht und alle Aspekte umfasst, werden wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen, weil die FREIEN WÄHLER mit ihm die gleiche Zielrichtung verfolgen wie wir.

Ich darf Sie ersuchen, dass wir die Staatsregierung auffordern, sich auf Bundes- und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass unser funktionierendes Waffenrecht nicht durch geplante Änderungen der EU-Feuerwaffenrichtlinie zulasten der Besitzer legaler Waffen beeinträchtigt wird, dass keine Verschärfungen vorgenommen werden, die zu keiner Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung führen. Unsere Besitzer legaler Waffen brauchen keine unnötige Bürokratie, brauchen keine weiteren Kosten. Wir brauchen keine Vorschläge, die weitgehend ohne jedweden Sicherheitsgewinn sind.

Ich bitte daher um ein klares Signal für die über zwei Millionen Jäger, Sport- und Brauchtumsschützen, Reservisten sowie Waffensammler, die zuverlässig und gesetzestreu sind und keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Kollege Flierl. – Der nächste Redner ist Kollege Professor Dr. Gantzer. Bitte sehr, Herr Gantzer.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich bedauere es sehr, dass wir dieses Thema im Plenum anlässlich eines Dringlichkeitsantrages behandeln, weil es hier wirklich um ernst zu nehmende Sachargumente geht, und die kann man eigentlich im Laufe einer solchen

kurzen Diskussion gar nicht darstellen. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Anträge im Innenausschuss behandelt werden würden, unter Hinzuziehung der Fachleute des Innenministeriums. Da wären wir zu guten Ergebnissen gekommen.

(Beifall bei der SPD)

So kann ich nur sagen, liebe Kollegen und Kolleginnen, wenn ich das hier lese, was Sie seitens der CSU und seitens der FREIEN WÄHLER beantragt haben: Das sind wirklich, um es einmal im Schießjargon zu sagen, Schnellschüsse; da haben Sie aus der Hüfte geschossen. Da haben Sie auf Zuruf von Lobbyisten geschossen: Da ist wahrscheinlich die National Rifle Association an Sie herangetreten. Immer wenn in Amerika aufgrund von Schusswaffengebrauch eine Katastrophe passiert ist und ich dann die Argumente von der National Rifle Association höre:

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Wir haben Sport- und Brauchtumsschützen und Jäger! Sie können doch die illegalen nicht mit den Sportschützen gleichsetzen!)

Die argumentiert genauso wie Sie; die hat dieselben Argumente. Deswegen kann ich nur sagen: Es ist richtig, dass natürlich auch die Person entscheidend ist, wie eine Waffe gebraucht wird. Aber so, wie Sie argumentieren, nämlich dass der Waffengebrauch nicht eingeschränkt werden darf, das ist nicht richtig.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich den Antrag der CSU lese, da geht alles durcheinander. Sie wissen ja gar nicht, was genau in dieser Änderungsverordnung steht.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das wissen wir sehr wohl!)

Also, ich habe das genau aufgelistet. In unserem Dringlichkeitsantrag steht nämlich – ich gehe das jetzt einmal ganz schnell durch –: "Strengere Vorschriften, um halbautomatische Waffen zu verbieten." – Auch der Deutsche Schützenbund ist der Meinung, dass das passieren soll. Sie gipfelt sogar in dem Ausruf: Wir Schützen brauchen keine Kalaschnikow! - Das ist auch richtig. Deswegen müssen wir uns überlegen, wie weit wir diese halbautomatischen Waffen von der Kategorie B 7 in die Kategorie A aufnehmen. Das ist genau der richtige Weg, wobei wir es trotzdem zulassen wollen, dass bestimmte Waffenbesitzer eine Erlaubnis erhalten, wenn sie das für den Schießsport ausdrücklich brauchen.

"Strengere Vorschriften für Online-Waffenkäufe." – Dann wissen Sie nicht, was im Online alles möglich

ist, wie gedealt wird. Waffenkäufe werden inzwischen überwiegend übers Darknet abgewickelt.

"Vernetzung der nationalen Waffenregister. Intensiver Informationsaustausch". – Das verlangt der Deutsche Schützenbund genauso. Ich weiß gar nicht, weshalb Sie hinter dieser Forderung nicht stehen können.

(Beifall bei der SPD)

"Kriterien für Schreckschusswaffen": Gehen Sie nur zu den Fachleuten. Die Schreckschusswaffen können zu vollautomatischen Waffen umgebaut werden, und das ist auch der Fall. Fragen Sie bei der Innenministerkonferenz nach.

"Strengere Auflagen für Sammler, ...": Es ist so, dass Sammler Waffen verdealen können, die zwar unbrauchbar gemacht worden sind, die dann verkauft werden, danach aber wieder gebrauchsfähig gemacht werden.

Herr Flierl, es ist falsch, was Sie gesagt haben, dass jetzt auf einmal ein Schnellschuss seitens der EU vorgenommen worden ist. Nein, diese Vorschläge gibt es seit April 2015.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Es wurde vorgezogen!)

Im April 2015 sind die Vorschläge erarbeitet worden und sollten im Januar vorgelegt werden. Jetzt hat man sie zwei Monate vorgezogen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Wegen Terrors!)

Deswegen daraus einen Skandal zu machen, ist also völlig falsch. Das ist die richtige Linie, die die EU eingeschlagen hat. Ich verstehe jetzt auch nicht, weshalb das auf einmal das Hauptargument für Ihre Ablehnung ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen auch die Schwierigkeiten. Da stimme ich mit Ihnen überein. Wir sehen die Schwierigkeiten bei den Schützenvereinen, wenn es darum geht, dass alle fünf Jahre eine Erlaubnis überprüft werden soll, diese regelmäßigen medizinischen Untersuchungen, die angeordnet werden sollen – da sind wir genau Ihrer Meinung. Dem stimmen wir nicht zu. Wir haben alle drei Jahre sowieso eine Regelüberprüfung. Die medizinische Untersuchung braucht es nicht, weil das geprüft wird in jedem Verfahren. Ich sage aber auch – das kann ich aufgrund meines Alters sagen –: Ich bin trotzdem der Meinung, dass ein Inhaber einer Waffenberechtigungskarte ab 70 alle fünf Jahre überprüft werden sollte, gesundheitlich. Das wäre die einzige

Ausnahme, die ich bei der medizinischen Untersuchung sehen würde. Aber ansonsten brauchen wir uns nicht weiter damit zu befassen.

Ich bedauere, dass Sie das, was die Änderung der EU-Feuerwaffenrichtlinie will, nicht erkannt haben und auch einfach vom Bauch heraus und nicht mit Verstandesargumenten bedacht haben. Ich bedauere das sehr. Ich bedauere es vor allem deswegen, weil nämlich am letzten Sonntag die AfD auf Vorschlag des Bundesvorstandes der AfD auf ihrem Bundesparteitag genau das beschlossen hat, was Sie jetzt hier vorgelegt haben. Da muss ich Ihnen jetzt wirklich sagen: Wenn Sie jetzt schon AfD-Politik betreiben,

(Beifall bei der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Das ist ja peinlich! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist wirklich eine Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der CSU – Glocke der Präsidentin)

dann schwimmen Sie auf derselben Linie wie diese AfDler.

Ich sage Ihnen zum Schluss auch: Ich selber habe eine Waffenbesitzkarte. Ich selber habe eine Waffe. Ich schieße regelmäßig. Ich weiß, worüber ich rede. Als Oberst habe ich wahrscheinlich mehr geschossen als Sie alle zusammen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Ich bin also vom Fach und weiß, wovon ich rede. All denjenigen von Ihnen, die das unterschrieben haben, empfehle ich, eine Zuverlässigkeitsprüfung vornehmen zu lassen, weil sie nicht wissen, wie gefährlich Waffen sein können. Deswegen müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Gantzer. Bleiben Sie bitte noch am Pult. Herr Kollege Flierl hat um eine Zwischenbemerkung gebeten. – Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege Professor Gantzer, zunächst darf ich schon zum Ausdruck bringen, dass ich es für ungehörig und dreist finde, unseren Antrag in die Nähe der AfD zu rücken.

(Beifall bei der CSU)

Das zeigt, dass Sie sich mit unserem Antrag und dessen Inhalt nicht auseinandergesetzt haben.

(Zuruf von der SPD)

Ich kann Sie beruhigen: Ich habe eine solche Zuverlässigkeitsüberprüfung bestanden. Ich wundere mich,

dass gerade Sie als Oberst der Reserve vor diesem Hintergrund für Ihre Fraktion ein vollständiges Verbot halbautomatischer Waffen fordern. Sie sagen selbst, dass Sie eine Waffenbesitzkarte haben; Sie sind wohl aktiver Reservist gewesen. -

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Bin ich immer noch! – Heiterkeit bei der SPD)

– Immer noch; umso besser.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Flierl hat noch das Wort; bitte hören Sie ihm auch zu.

Alexander Flierl (CSU): Das kann ich nicht nachvollziehen.

Ebenso darf ich anfragen, ob Ihnen bewusst ist, wie dringlich die Angelegenheit ist. Ich habe es angedeutet. Am 18.11. war die Pressekonferenz. Bereits nächste Woche, am 7. Dezember, soll das EU-Parlament die Angelegenheit erstmalig behandeln. Dann soll ein Vorschlag an den EU-Rat erfolgen, der im Januar oder Februar 2016 diese Angelegenheit behandelt. Die Sache ist also dringlich. Die Sache muss heute abgestimmt werden, wenn wir unsere Haltung zum Ausdruck bringen wollen, dass sich die Staatsregierung auf Bundes- und Europaebene gegen weitere Verschärfungen des legalen Waffenbesitzes einsetzen soll.

Wenn Sie mir genau zugehört hätten, Professor Gantzer, dann hätten Sie feststellen können, dass ich nicht kritisiere, dass der Informationsfluss zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden soll, dass ich nicht kritisiere, dass eine erleichterte Abfrage auch bei den nationalen Waffenregistern erfolgen kann. Mir geht es einzig und allein darum, dass wiederum unzulässig eine Verknüpfung zwischen den Terroranschlägen und einer Beschränkung des legalen Waffenbesitzes vorgenommen wird, um nicht mehr und nicht weniger.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Flierl, kommen Sie bitte langsam zum Schluss.

Alexander Flierl (CSU): Dazu sind Ihre Vorschläge untauglich. Mit Ihren Vorschlägen und mit Ihrer Verschärfung tragen Sie nur dazu bei, dass rechtmäßige Waffenbesitzer kriminalisiert werden -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Flierl, Ihre zwei Minuten sind um.

Alexander Flierl (CSU): –, die keine Gefahr für die innere Sicherheit und Ordnung darstellen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Herr Gantzer, bitte.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Lieber Herr Flierl, ein Blick ins Waffenregister hat mir gezeigt, dass Sie auch Inhaber einer Waffenbesitzkarte sind. Deswegen weiß ich, dass Sie eine bestimmte fachliche Ahnung von der ganzen Sache haben. Deshalb sage ich noch einmal, nachdem ich Ihren Beitrag gehört habe: Es wäre wirklich gut gewesen, wenn wir uns nicht in einer so kurzen Aussprache mit der gesamten Problematik beschäftigt hätten, sondern im Innenausschuss, in dem Sie auch Mitglied sind, wenn wir uns also im Innenausschuss in einer Sondersitzung – denn dringlich ist es ja – damit beschäftigt hätten und zu einer gemeinsamen Beschlussempfehlung gekommen wären und dann die Staatsregierung vor uns hergetrieben hätten, damit sie aktiv wird. Das hätte ich durchaus begrüßt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommt mein großes Aber: Lieber Herr Flierl, ich sehe, Sie kennen wahrscheinlich nicht ganz genau den Antrag, der auf dem AfD-Bundeskongress beschlossen worden ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der ist wurscht!)

– Nein. Ich muss leider sagen: Das ist derselbe Antrag, den Sie gestellt haben; derselbe Antrag, der von den FREIEN WÄHLERN kommt.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Nein, das ist nicht wurscht.

(Alexander Flierl (CSU): Selbstverständlich ist mir das egal! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir lesen doch nicht alles, was die Deppen verabschieden, und machen dann nichts mehr!)

Sie bedienen damit eine ganz bestimmte Klientel. Das ist nicht richtig. Ich habe Ihnen ganz klar gesagt: Wir können über viele Punkte diskutieren. Herr Flierl hat mir gerade zugestimmt, dass wir in mindestens zwei Punkten übereinstimmen.

(Zurufe von der CSU – Anhaltende Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen! Herr Gantzer hat noch das Wort. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

– Herr Waschler, bitte etwas mehr Ruhe.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Nachdem Herr Herrmann sich so aufregt - - Ich habe nicht nachgesehen: Haben Sie denn einen Waffenschein, Herr Herrmann?

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Ich bedauere, dass wir nicht zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Ich wünsche Ihnen schöne Weihnachten.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Professor Gantzer. – Liebe Kollegen und Kolleginnen, auch wenn das Thema manche emotional aufwühlen mag, bitte ich doch, darauf zu achten, mir auch zu folgen, wenn ich mehrfach mit der Glocke und auch ausdrücklich um Ruhe bitte.

(Beifall bei der SPD)

Das mache ich bei jedem Redner, egal von welcher Seite, genauso. Ich möchte, dass dies auch akzeptiert wird. – Nächster Redner ist Herr Aiwanger. Bitte.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist wichtig, dass wir auch in aufgeregten Zeiten einen kühlen Kopf bewahren. Die Debatte zeigt ja, dass wir selbst in diesem Haus nicht einmal in der Lage sind, dieses Thema sachlich abzuarbeiten. Wir legen uns sehr schnell mit gegenseitigen Schuldvorwürfen und mit Chaossprüchen selbst lahm. Wie soll da erst die Bevölkerung draußen mit diesem Thema umgehen, wenn am Wirtshaustisch oder sonst wo über ein Attentat oder über Waffenbesitz diskutiert wird, wenn schon wir es nicht hinbekommen?

Ich glaube, es ist wichtig, die beiden Dinge gezielt auseinanderzuhalten: Was ist nötig, um illegalen Waffenbesitz, um Sprengstoffschmuggel und dergleichen lahmzulegen? – Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass diesbezüglich alles getan werden muss. Es ist erschreckend genug, meine Damen und Herren, dass Sprengstoff in großen Mengen über Grenzen geschafft werden kann und dies keiner mehr merkt – die Grenzen sind offen; das ist eben so –, dass im Internet Waffen bestellt werden können, dass Waffenbestandteile bestellt werden können, die zwar eigentlich verboten sind, aber trotzdem in Umlauf kommen. Das müssen wir regeln. Das müssen wir trockenlegen, so-

weit es geht. Machen wir uns aber nichts vor: Am Ende ist es nicht die Waffe, die tötet, sondern es ist durchaus der kranke Kopf, die Ideologie. Auch dort müssen wir ansetzen. Einem kranken Gehirn werden wir niemals alle Werkzeuge entziehen können, damit keine anderen Menschen getötet werden können. Dort müssen wir ansetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, bezüglich des legalen Waffenbesitzes erwarte ich jetzt aber schon, dass wir uns auch mit breiter Brust vor unsere Schützenvereine, vor unsere Jäger, vor unsere Reservisten, vor unsere Waffensammler und vor unsere Brauchtumsschützen stellen. Das sind ehrenwerte Leute, mindestens so ehrenwert wie der Durchschnitt der Bevölkerung, meine Damen und Herren. Sie werden strengen Prüfungen unterzogen; sie müssen strenge Prüfungen ablegen, werden regelmäßig durchgecheckt, ob sie noch zuverlässig sind. Meine Damen und Herren, diese Vereine und Verbände leisten auch einen großen Beitrag zur Gesellschaftsarbeit, zur Jugendarbeit. In den Schützenvereinen wird jungen Menschen, die vielleicht ansonsten vor dem Computer Blödsinn machen oder irgendwo nervös werden und nur noch aufgeregt sind, beigebracht, den Körper wieder zu beherrschen, sich zu konzentrieren und in der Gruppe Verantwortung zu übernehmen.

Die Volksfeste, die Schützenumzüge – meine Damen und Herren, wer möchte das denn missen? Das sind aber diejenigen Verbände, die heute im Kreuzfeuer eines allgemeinen Angriffs stehen. Mit der EU-Feuerwaffenrichtlinie erfolgt ganz klar ein Angriff auf diesen Personenkreis, indem es heißt, dass sie sich alle paar Jahre einem Gesundheitscheck unterziehen müssten, dass sie regelmäßig neue Anträge stellen müssten, um ihre Waffen weiterführen zu dürfen. – Meine Damen und Herren, damit wird diesen Verbänden ohne Not, ja zusätzlich das Leben schwergemacht. Wir sind heute schon froh, wenn wir in diesen Verbänden noch Ehrenamtliche und Übungsleiter haben, die mit den jungen Menschen arbeiten. Wenn wir sie mit Bürokratie überziehen, werden viele die Fahnen strecken, weil sie sich das nicht mehr zumuten wollen. Derjenige aber, der eine Affinität zu Waffen hat, wird dann nicht mehr unter staatlicher Kontrolle ordentlich angeleitet und im Umgang mit einer Waffe geschult. Er sucht sich entsprechende Möglichkeiten vielleicht an anderer Stelle und wird damit eher zur Gefahr für die Bevölkerung, als wenn er in einem sauberen System, das wir in Deutschland haben, ordentlich betreut wird.

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir diesen legalen Waffenbesitz gegen überzogene Angriffe verteidigen

müssen. Insbesondere Jäger und Sportschützen sind von den Verschärfungen auszunehmen. Wir müssen uns vor sie stellen und sie aufrufen, noch mehr Verbandsarbeit zu leisten und zum Beispiel noch mehr junge Leute im Umgang mit Luftdruckwaffen zu schulen. Die Verbandsmitglieder, die die jungen Leute schulen, stehen auf dem Boden des Grundgesetzes und bringen sich für die Gesellschaft ein. Aus diesen Verbänden gehen nicht die Amokläufer von morgen hervor. Auch deshalb sind die überzogenen Vorschriften der EU-Feuerwaffenrichtlinie abzulehnen und abzuwehren.

Der Antrag der SPD-Fraktion ist in vielen Teilen gar nicht so schlecht. Was mir aber völlig gegen den Strich geht, ist die Aussage zu den halbautomatischen Waffen. Eine halbautomatische Waffe ist kein Maschinengewehr, keine Kalaschnikow. Letztere sind vollautomatische Waffen, aus denen nach einmaliger Betätigung des Abzugs Feuerstöße herauskommen. Halbautomatische Waffen sind heute beispielsweise bei der Wildschweinbejagung die gängigsten Waffen. Der Abzug wird durchgezogen, dann fällt ein Schuss, und das dreimal hintereinander. Dann ist das Magazin leer - fertig!

Gerade die SPD, die sich in der Vergangenheit massiv für das Einführen der Nachtzielgeräte eingesetzt hat, will jetzt den Jägern die Waffen, die bei der Tageswildschweinjagd dringend nötig sind, wegnehmen. Wenn Sie heute Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes zu dem Thema Nachtzieltechnik befragen, dann werden sie die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und sagen, dass diese vor dem Hintergrund der jetzigen Gefährdungslage überhaupt nicht mehr befürwortet werden können. Schon damals hat das BKA diese Technik abgelehnt.

Wenn der Jägerschaft die Waffen abgenommen werden sollen, die in der Praxis dringend nötig sind, dann ist das der fachlich falsche Ansatz, der - im wahrsten Sinne des Wortes - in den Wald führt. Belasst den Jägern diese Waffen! Belasst den Sportschützen vergleichbare Waffen! Beide Gruppen brauchen sie für ihre Übung.

Auch in Bezug auf dieses Thema gilt: Herunter mit den Emotionen! Genau hinsehen! Illegale Waffentechniken, Schmuggel und illegaler Besitz sind schärfstens zu verfolgen. Insoweit haben Sie uns völlig an Ihrer Seite. Lasst aber bitte die ordentlichen Waffenbesitzer, die ihre Waffen legal besitzen, in Ruhe. Nehmt ihnen die Angst, dass sie ohne Not mit Verschärfungen konfrontiert werden. Lasst diese Leute weiterhin in Ruhe ihrer Arbeit bzw. ihrem Hobby nachgehen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das sind wir als Hohes Haus diesen Verbänden schuldig. Es dauert nicht mehr lang bis zu den nächsten Neujahrsempfängen der Schützenvereine. Dort sitzen wir in der ersten Reihe und nehmen das Essen dankend zu uns. Wollen wir dann in den Landtag gehen und ihnen das Leben unnötig schwermachen? Das sollten wir nicht tun.

Unser Anliegen ist es, die legalen Waffenbesitzer zu unterstützen. Wir stimmen dem CSU-Antrag zu und lehnen den SPD-Antrag, vor allem wegen der Passage zu den halbautomatischen Waffen, ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Aiwanger. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze. Bitte schön, Frau Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Kollege Aiwanger, dass Sie bei den Neujahrsempfängen der Schützenvereine immer etwas zu essen bekommen, dürfte wohl kein ausreichendes Argument für Ihren Antrag sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Europäischen Union ein Waffenproblem. Die EU-Kommission schätzt, dass rund 80 Millionen rechtmäßig für den zivilen Gebrauch erworbene Waffen vorhanden sind. Laut Bestandsaufnahme der Kommission zur Eindämmung des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen von vor zwei Jahren war der Verbleib von rund einer halben Million Schusswaffen, die in der EU "verloren gegangen oder gestohlen" worden sind, nach wie vor ungeklärt.

Gleichzeitig haben wir ein großes Problem damit, dass Schusswaffen aus Drittländern eingeführt werden. Auch der Online-Waffenhandel im Darknet ist eine große Herausforderung und ein ungelöstes Problem.

Wir GRÜNEN wollen Verbindlichkeit und Sicherheit für die europäische und damit auch für die bayerische Bevölkerung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen das Sicherheitsrisiko verringern. Das ist möglich durch die Bekämpfung des illegalen Schusswaffenhandels in Europa. Diese Aufgabe muss Priorität haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, illegaler Waffenbesitz hat nicht nur etwas mit dem Terrorismus, sondern auch mit den Amokläufen, die wir in unregelmäßigen Abständen an verschiedenen Schulen in ganz Europa erleben, zu tun. Deswegen sind wir GRÜNEN der Meinung, dass der Vorstoß der EU-Kommission sehr begrüßenswert ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Er stellt zumindest einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass dies der Fall ist, wird zum einen daran deutlich, dass die Waffenlobby dagegen Sturm läuft, und zum anderen daran, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER munter hinterherrennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Beliebigkeit und Laissez-faire sind beim Thema Waffen nicht vertretbar.

Herr Kollege Flierl, der Antrag der CSU-Fraktion ist auch inhaltlich nicht korrekt. Wenn Sie behaupten, die Neufassung des Waffenrechts in der EU sei ein Schnellschuss, dann haben Sie sich mit den Beratungen auf europäischer Ebene überhaupt nicht auseinandergesetzt. Kollege Gantzer hat bereits erwähnt, dass über entsprechende Neuregelungen seit Langem diskutiert wird. Seit Jahren gibt es entsprechende Konsultationen unter den 28 Mitgliedstaaten. Angesichts dessen davon zu sprechen, dass die EU-Kommission das neue Waffenrecht aus dem Ärmel geschüttelt habe, ist unzulässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU scheint sich mit den Inhalten des Kommissionsvorschlags nicht richtig auseinandergesetzt zu haben; dazu findet sich jedenfalls kein einziges Wort in Ihrem Antrag. Kollege Gantzer hat einige Punkte schon genannt. Auf zwei möchte ich genauer eingehen.

Ich verstehe wirklich nicht, wie Sie von der CSU gegen strengere Reglementierungen des Online-Waffenhandels sein können. Ich erinnere an die Kalaschnikow, die ein Islamist im August in einem Thalys-Zug zwischen Amsterdam und Paris dabei hatte. Verschiedene Waffenbestandteile waren im Internet gekauft und dann zur Kalaschnikow zusammengebaut worden. Ich verstehe nicht, wie die CSU der Meinung sein kann, dass wir den Online-Handel im Darknet nicht stärker reglementieren sollten. Das ist für mich unbegreiflich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ferner kann ich nicht nachvollziehen, warum Sie EU-einheitliche Regelungen zur Kennzeichnung von Feuerwaffen ablehnen. Damit wäre es möglich, besser zurückzuverfolgen, woher die Waffen kommen und wo sie sich befinden.

Das sind alles vernünftige Vorschläge, über die man diskutieren kann. Das geschieht gerade auf europäischer Ebene. Dass Sie sich in diese Beratungen gleich mit einem Veto hineinwerfen wollen, ergibt in unseren Augen keinen Sinn.

Ich möchte noch einen dritten Punkt ansprechen. Sie von der CSU-Fraktion beklagen in Ihrem Antrag eine "Vermischung von legalem und illegalem Waffenbesitz". Das ist aber das Abbild der Realität. Viele illegale Waffen waren zu einem früheren Zeitpunkt legale Waffen. Diesem Umstand müssen wir doch auch auf europäischer Ebene Rechnung tragen. Die daraus resultierenden Probleme gilt es anzupacken. Deshalb ist es wichtig und gut, dass auf europäischer Ebene darüber verhandelt wird.

Ich kann zusammenfassen: Die CSU versucht, die Anstrengungen der EU zur Eindämmung von Waffengewalt zu torpedieren. Mit ihrem Antrag stellt sich die CSU gegen mehr Sicherheit und gegen mehr Verbindlichkeit waffenrechtlicher Regelungen in Europa und damit auch in Bayern.

Auch die FREIEN WÄHLER hoppeln der Waffenlobby hinterher.

Die SPD-Fraktion hat einen recht guten Antrag gestellt; viele Punkte können wir mittragen. Zu zwei Punkten – Ablehnung der zeitlichen Beschränkung der waffenrechtlichen Erlaubnis und der regelmäßigen medizinischen Untersuchungen – haben wir aber noch Diskussionsbedarf. Deshalb werden wir uns zu dem Antrag der SPD-Fraktion der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Schulze. – Jetzt hat sich Staatssekretär Eck zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht alles wiederholen; Kollege Flierl hat bereits alles bis in das letzte Detail geschildert. Danach wurden aber weitere Reden gehalten. Dass hier von "Waffenlobby" gesprochen wird und davon, dass wir sie unterstützen würden, ist ein starkes Stück.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden hier von Jägern, Sportschützen und Waffensammlern. Angesichts dessen ist es – ich wiederhole mich an dieser Stelle – ein starkes Stück, wenn hier zu solchen Ausdrücken gegriffen wird.

Wir müssen ein Stück weit differenzieren, wenn es um die Frage geht, worüber wir hier eigentlich reden. Die Richtlinie der EU hat mit der Bekämpfung des illegalen Waffenhandels nur sehr wenig zu tun. Dazu hat die EU vielmehr einen Aktionsplan angekündigt, auf den wir uns konzentrieren sollten. Beides ist also voneinander zu trennen.

Lieber Herr Kollege Gantzer, ich schätze Sie sehr. Aber Ihre Formulierung, Sie müssten die Staatsregierung vor sich hertreiben, hat mich dann doch dazu motiviert, hier noch einmal das Wort zu ergreifen. Schauen wir uns die Entwicklung der Zahl der Waffenbesitzer in Bayern an: Im Jahr 2008 waren es 367.000, am 31. Oktober 2015 nur noch 220.000, also 147.000 Waffenbesitzer weniger. Die Anzahl der Schusswaffen ist um 282.000 Waffen gesunken. Demgegenüber sind die Kontrollen von 2.326 auf 20.169 gestiegen. Vor diesem Hintergrund muss die Staatsregierung nicht getrieben werden. Die aktuelle Situation ist ausgezeichnet. Ich will uns jetzt nicht mit anderen Bundesländern vergleichen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Machen Sie das!)

Insgesamt befinden wir uns auf einem ganz tollen und ausgezeichneten Weg. Aus diesem Grund bitte ich darum, dieses Thema differenziert zu betrachten. Wir sind der Meinung, dass wir keine Änderung der Richtlinie brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Jetzt hat sich noch Herr Kollege Dr. Florian Herrmann zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Herrmann.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss noch ein paar Sätze zu diesem Thema sagen. Überraschenderweise geht es wild durcheinander. Als wir uns gestern in unserer Fraktion Gedanken über dieses Thema gemacht haben, bin ich davon ausgegangen, dass Konsens besteht. Deshalb wundere ich mich wirklich sehr über die Ausführungen von Professor Gantzer, die eine unangemessene Schärfe in die Diskussion bringen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie den Tenor unseres Antrags und die Begründung lesen - -

(Florian von Brunn (SPD): Wie kann man einen Tenor lesen?)

– Indem man einfach ein Wort nach dem anderen liest, darüber nachdenkt und dann redet, nicht umgekehrt. So kann man es zum Beispiel machen.

(Beifall bei der CSU)

Uns geht es darum, keinen übereilten Aktionismus zu betreiben. Das ist der erste Kritikpunkt. Eine Regelung, die erst später hätte diskutiert werden sollen, sollte nicht aus Anlass der Terroranschläge vorgezogen werden. Dies erweckt nämlich den falschen Eindruck, dass legaler Waffenbesitz mit Terroranschlägen zusammenhängt. Dieser Eindruck ist falsch. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens geht es uns darum, dass mit der Änderung der Feuerwaffenrichtlinie keine Beeinträchtigungen entstehen sollen, die im Hinblick auf die Verbesserung der inneren Sicherheit nicht gerechtfertigt sind und unnötige Hürden für Sportschützen, Brauchtumschützen, für die Sammler und für die Jagd aufbauen. Genau um diese Zielgruppe geht es. Deshalb sollte kein Aktionismus betrieben werden. Stattdessen sollte man sich in Ruhe überlegen, welche der Maßnahmen, die von der EU-Richtlinie erfasst werden, sinnvoll sind. Als Stichworte nenne ich die bessere Vernetzung der nationalen Waffenregister und Schreckschusswaffen, über die man durchaus diskutieren kann. Das hat Herr Kollege Flierl ausdrücklich angesprochen. Mit unserem Dringlichkeitsantrag beabsichtigen wir nicht, jegliche Änderung der Richtlinie abzulehnen. Das haben wir sehr genau differenziert.

Wir wollen jedoch deutlich machen, dass wir diesen Reflex ablehnen. Irgendwo geschieht ein schrecklicher Amoklauf oder ein Terroranschlag. Schließlich erfolgt der automatische Reflex: Wir verschärfen die Regelungen. Damit werden diejenigen beeinträchtigt, die mit der Sache gar nichts zu tun haben, nämlich die Sportschützen, die Brauchtumsschützen, die Jäger und die Sammler. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das will ich sehr deutlich herausstellen.

Herr Kollege Professor Gantzer, ich finde es wirklich unverschämt, dieses Thema in die Nähe der AfD zu rücken. Das halte ich schlichtweg für unverschämt.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten auch generell aufhören, auf diesem Niveau miteinander zu diskutieren. Wenn Sie der Meinung sind, dass unser Antrag falsch ist, können wir gerne darüber reden. Es entspricht jedoch nicht dem Niveau und der Würde dieses Hauses, unseren Antrag mit dem Vergleich zur AfD zu diskreditieren.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Macht doch keine Werbung für diese Partei!)

Dies ist mit der Würde dieses Hauses nicht vereinbar. Das will ich sehr deutlich sagen.

Wir sollten das Thema ohne Aufregung behandeln. Wir sind hier der Bayerische Landtag. Das wird selbstverständlich auf europäischer Ebene in aller Ruhe diskutiert werden. Sicher werden wir als Bayerischer Landtag noch die eine oder andere Gelegenheit haben, uns über die Details zu unterhalten. Schon heute sollte klar aus der Debatte hervorgehen, dass es bestimmte Regelungen gibt, die wir nicht benötigen und deshalb auch nicht wollen. Mit Ausnahme der GRÜNEN besteht unter den Fraktionen Einigkeit. Dazu zählt die fünfjährige Frist inklusive Gesundheitskontrolle. Die Regelungen des bestehenden deutschen Waffenrechts gehen bereits darüber hinaus. Die Kontrollen sind schon jetzt so scharf und so streng, dass es nicht notwendig ist, mit einem großen Aufwand darüber hinauszugehen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Waffensammler eingehen. Wir sollten wirklich aufpassen, dass der bürokratische Aufwand nicht zu hoch wird, wenn dies nicht erforderlich ist. Mit der EU-Richtlinie soll jede unbrauchbar gemachte Waffe registriert werden, egal wo sich diese befindet. Dieser bürokratische Aufwand steht überhaupt nicht im Verhältnis zum Nutzen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und um deutliche Abrüstung, lieber Professor Gantzer, im Niveau der Diskussion.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herrmann. – Jetzt hat sich Professor Gantzer zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Lieber Herr Herrmann, in Anbetracht der vorherigen Ausführungen und Ihrer Ausführungen frage ich Sie, weshalb Sie als Vorsitzender des Innenausschusses nicht dafür gesorgt haben, dass dieses Thema auf die Tagesordnung des Innenausschusses kommt.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Professor Gantzer. – Herr Dr. Herrmann, bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Jede Fraktion kann Anträge stellen. Wir haben den Antrag heute als Dringlichkeitsantrag gestellt, weil Sie, lieber Herr Kollege, genau wissen, dass wir keine Sitzung mehr vor Weihnachten haben. Da dieses Thema jedoch wichtig ist, wollen wir ein deutliches Signal Richtung Brüssel senden.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wir hätten eine Sondersitzung machen können! – Widerspruch bei der CSU)

– Lieber Herr Kollege, ich glaube, wir merken, dass es Ihnen offenbar nicht ganz so ernst mit dem Thema ist, wie wir es für notwendig halten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/9226 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/9256 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/9257 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Eine Enthaltung?

(Josef Zellmeier (CSU): Ich habe mich zu Wort gemeldet!)

– Sie haben sich gemeldet. – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir haben jetzt 18.00 Uhr.

(Zurufe von der SPD: 17.59 Uhr!)

– Welche Uhrzeit gilt jetzt?

(Josef Zellmeier (CSU): Ich möchte eine Erklärung zur Abstimmung abgeben! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist Kabarett!)

– Ist das eine Erklärung zur Abstimmung für die Fraktion?

(Josef Zellmeier (CSU): Für mich!)

– Für Sie persönlich. – Herr Kollege Zellmeier hat sich zu einer persönlichen Erklärung zur Abstimmung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Zellmeier.

(Heiterkeit)

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mit voller Überzeugung bei der Haltung der CSU. Wir wollen übrigens auch das Gleiche wie die FREIEN WÄHLER. Ich möchte an dieser Stelle nur betonen, dass das Wort "dringlich" bei den Dringlichkeitsanträgen manchmal etwas irreführend ist. Bei dem Antrag, den die CSU eingebracht hat, handelt es sich tatsächlich einmal um einen Antrag, der dringlich ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Erklärung zur Abstimmung! – Diana Stachowitz (SPD): Wollen Sie vielleicht sagen, dass Sie dem Antrag doch zugestimmt haben?)

Warum Herr Kollege Professor Dr. Gantzer dies infrage stellt, verstehe ich nicht. Deshalb war es eigentlich die Pflicht eines jeden Kollegen hier, dem zu folgen, weil hier eine Dringlichkeit gegeben ist. Entsprechend war auch mein Abstimmungsverhalten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir haben bereits abgestimmt. Unsere vereinbarte Endzeit 18.00 Uhr ist nun erreicht. Ich kann somit den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/9227 betreffend "3. Startbahn: Klarheit für die Menschen – Entscheidung jetzt!" nicht mehr aufrufen. Er wird daher in den federführenden Ausschuss verwiesen. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9228 bis einschließlich 17/9233 und die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9258 bis einschließlich 17/9260 werden ebenfalls in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich schließe damit die Sitzung und wünsche der CSU-Fraktion eine friedliche und besinnliche Weihnachts-

feier. Allen anderen wünsche ich einen wunderbaren
Abend. Danke schön.

(Schluss: 18.01 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Eigenverantwortliche Schule stärken: Schulbezogene Stellenausschreibungen und -besetzungen ermöglichen
 Drs. 17/7655, 17/9167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Joachim Unterländer, Judith Gerlach u.a. CSU
 Mehrere geringfügige Beschäftigungen neben einer Hauptbeschäftigung zulassen
 Drs. 17/7690, 17/9153 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Europäische Datenschutz-Grundverordnung – hohe Standards sicherstellen!
Drs. 17/7762, 17/9171 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias,
Martina Fehlner u.a. SPD
Verbleib des Staatsarchivs in Würzburg
Drs. 17/7763, 17/9095 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Annette Karl, Natascha Kohlen u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bewährte Standards im Handwerk und den Freien Berufen schützen
Drs. 17/7894, 17/9152 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Vorgehen der Staatsregierung und der Behörden im Salmonellen-Skandal
aus rechtlicher Sicht
Drs. 17/8092, 17/9068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorgänge um Bayern-Ei umfassend aufklären
Drs. 17/8105, 17/9069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Herbert Woerlein SPD
Erlaubniserfordernis für gewerbsmäßige Hundetrainer
nach § 11 Abs. 1 Tierschutzgesetz
Drs. 17/8214, 17/9070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Barrierefreier Bahnhof Burgkunstadt
Drs. 17/8222, 17/9118 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl SPD
Bayernweite Informationsoffensive gegen Torfnutzung ins Leben rufen
Drs. 17/8306, 17/9168 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen u.a. SPD
Traumapädagogik – ein Fortbildungsangebot für unsere Lehrkräfte
Drs. 17/8377, 17/9166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Öffnung des „Kulturfonds Bayern“ für die Förderung kommunaler Kulturzentren – Ausweitung auf alle Gemeinden im „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“
Drs. 17/8406, 17/9065 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Absturz eines F-16 US-Kampfbjets – Transparente Aufklärung und Schutz der Bevölkerung sicherstellen
Drs. 17/8422, 17/9071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Irreführende Werbung für Kinderlebensmittel stärker bekämpfen
Drs. 17/8424, 17/9072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Genehmigung für neuen Verkehrslandeplatz Coburg
Drs. 17/8434, 17/9119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Flugzeugabsturz eines US-Kampffjets in Engelmansreuth (Oberfranken)
Drs. 17/8443, 17/9073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Umsetzung der SEVESO III-Richtlinie auf Bundesebene
Drs. 17/8538, 17/9169 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Torfnutzung bei staatlichen Stellen und den bayerischen Gartenschauen
Drs. 17/8666, 17/9170 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Stöttner u.a. und Fraktion (CSU)
Gesundheitswirtschaft in Bayern – Zahlen, Daten, Fakten
Drs. 17/8684, 17/9120 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Luftfahrt Ausbildung in Bayern standardisieren
Drs. 17/8761, 17/9091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.12.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion SPD; Fortsetzung des Energiedialogs und Nachbesserung des Energieprogramms (Drucksache 17/9253)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther							
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	89	0